

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



25. Juli 1988
Jg. 9 Nr. 15

G 7756 D Preis:
2,50 DM

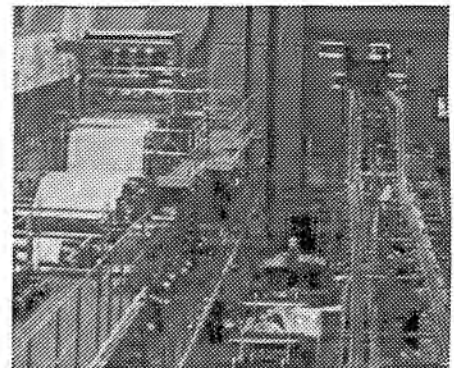
SOLIDARITÄT FÜR EIN



FREIES KANAKY !



Urteil des Bundesarbeitsgericht zu Warnstreiks: Weitere Fessel für das Streikrecht Seite 7



Verlags- und Druckzentrum Stuttgart: Freies Wochenende und Fünftagewoche sind schon verloren Seite 22



CDU-Parteitag und Paragraph 218: Die Union diskutiert übers Menschenbild — die Gewalt Gottes und die Gewalt des Staates Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658 Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn

4

Bundeshaushalt: Keine Rede von „Finanzkrise“

5

Innenministerium: Zimmermann will Tamilen abschieben

7

Bundesarbeitsgericht: Weitere Fessel fürs Streikrecht

7

USA: US-Flotte im Golf von Iran — Es wird weitergeschossen

8

Luft- und Raumfahrtindustrie: Daimler schluckt MBB: größter Rüstungskonzern der EG
Jäger 90: Großprojekt europäischer Rüstung

10

11

Auslandsberichterstattung

BRD in Ghana: Gegen Antikolonialismus — Einbindung in den Weltmarkt

12

Türkei: Unterdrückung sozialistischer Presse

13

Türkei: „... zum Tode verurteilt“

14

Kanaky: Kampf um Unabhängigkeit

14

Schweiz: Basler Regierung räumt Zentrum gegen breiten Widerstand

15

Internationale Meldungen

16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Nachschlagewerk über westdeutsche Konzerne

18

Michael Stürmer über „Machtmanagement“

18

DGB zur Deregulierung des Fernmeldewesens

18

Befreiungspädagogik in Südafrika

Bertelsmann-Stiftung: Preisverleihung für „innovative“ Tarifpolitik

19

taz-Waffensammlung für FMLN wiederbelebt

Ende Mai hat das Nationale Plenum der „tageszeitung“ (taz) beschlossen, die Kampagne „Waffen für El Salvador“ für die salvadorianische Befreiungsbewegung Frente Farabundo Martí para el liberacion nacional (FMLN) wiederaufzunehmen. Seit November 1980 waren hierfür fast 4,1 Mio. DM auf dem taz-Konto gesammelt worden. Besonders in den beiden letzten Jahren aber gab es in der grün-alternativen Linken heftige Auseinandersetzungen um die „Angemessenheit“ des bewaffneten Befreiungskampfes in den zentralamerikanischen Ländern. Aufgrund der zunehmend reservierten Haltung der taz hatte das Solidaritätskomitee nun vorgeschlagen, das nach wie vor bestehende Spendenkonto einem noch zu gründenden Trägerverein zu übergeben. Immerhin waren auch ohne Kampagne allein im letzten Jahr wieder fast 50000 DM gespendet worden. Überraschend beschloß dann aber eine große Mehrheit des taz-Plenums, die Sammlung und Kampagne wiederzubeleben. Die taz selbst spricht von einem Zusammenhang mit den Diskussionen um die Linie der Zeitung, die nicht jegliche Radikalität verlieren dürfe. Zudem wird in El Salvador nach dem Wahlsieg der rechtsextremistischen ARENA-Partei bei den Parlamentswahlen im März 1988 mit einem neuen Aufschwung der Klassenkämpfe und einer Offensive der FMLN gerechnet. — (ank)

Sharpeville-Sechs: Hinrichtung verschoben

Die südafrikanische Regierung hat am 12. Juli die Urteilsvollstreckung gegen die Sharpeville-Sechs auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Die Regierung wolle damit den Sechs das Recht geben, alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, erklärte Justizminister Kobie Coetsee. Am 13. Juni hatte der Oberste Gerichtshof abgelehnt, das Verfahren neu aufzunehmen. Er hielt die Anträge der Verteidigung für „nicht stichhaltig und absurd“, eine erneute Vernehmung eines Zeugen, der seine unter Polizeifolter erpresste Aussagen widerrufen hatte, sei eine „nutzlose Übung“. Jetzt haben die Anwälte mehr Zeit, um beim Obersten Richter Berufung gegen diese Entscheidung einzulegen. Dieser hatte aber schon im Dezember 1987 eine Revision des Falles abgelehnt.

„Ich bin sicher, daß meine Klienten erleichtert sind, obwohl sie natürlich lieber aus der Todeszelle rauskommen würden. Sie sind seit dem 13. Dezember 1985 in der Todeszelle. Diese Entscheidung geht nicht soweit, daß man sagen

kann, es besteht mit Sicherheit Hoffnung“, kommentierte Prakash Diar, einer der Anwälte der Sharpeville-Sechs, den jetzigen Regierungsbeschuß (Independent, 13.7.88). Es ist ein Erfolg der nationalen und internationalen Solidarität mit den Sechs, daß die südafrikanische Justiz ihren gnadenlosen Terror gegen die Widerstandskämpfer nicht durchziehen kann. Die Rassisten sind in den letzten Monaten unter Druck gekommen (Appelle des Weltwirtschaftsgipfels in Toronto und der EG-Konferenz in



Hannover für die Begnadigung der Sechs). Aber mit dieser Entscheidung demonstrieren sie erneut, daß sie nicht an eine Begnadigung denken. Deshalb ist die Fortsetzung der Solidarität wichtig. Erfreulich sind die in den letzten Wochen erfolgten Aktivitäten der westdeutschen Gewerkschaften. Zuletzt hat der IG-Metall Vorsitzende Steinkühler am vergangenen Samstag auf dem NUMSA-Kongreß in Südafrika die Aufhebung der Todesurteile gegen die Sharpeville Sechs und die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert. — (chb)

Solidaritätsaktion für britische Seeleute

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe hat eine Solidaritätsaktion zugunsten streikender britischer Seeleute gestartet. Die Aktion soll 2300 Seeleute der britischen Fährgesellschaft „P&O European Ferries Dover“ unterstützen. Diese waren Anfang des Jahres gegen Rationalisierungspläne der P&O-Kapitalisten in den Streik getreten. P&O wollte auf den Fährn 24-Stunden-Dienstbereitschaft

(16 Stunden bezahlte Arbeit, 8 Stunden Essenszeit mit Rufbereitschaft) anstelle der bisherigen 12-Stunden-Schichten, eine Senkung der Wochenlöhne um umgerechnet 75 bis 135 DM und eine Verkleinerung der Mannschaften pro Fährschiff um 15 Mann durchsetzen. Seit März sind alle 2300 Seeleute von P&O gekündigt, im Mai verfügte ein Gericht die Beschlagnahme des gesamten Vermögens ihrer Gewerkschaft NUS. Der ÖTV-Gewerkschaftstag hat eine Solidaritätsresolution mit den streikenden Seeleuten verabschiedet. Die Rote Hilfe hat ein Spendenkonto eingerichtet (Postgiroamt Dortmund, Kto. Nr. 191100-462, Kennwort: „Britische Seeleute“) und ein Faltblatt herausgegeben, das über den Kampf der britischen Seeleute informiert und beim Bundesvorstand der Roten Hilfe bestellt werden kann: Rote Hilfe e.V., Bundesvorstand, Postfach 6444, 2300 Kiel 14. — (rül)

Zwei Kurden verhaftet, eine Abschiebung

Am 6. Juli hat die Bundesanwaltschaft seit Beginn ihrer Verfolgung kurdischer Organisationen den nunmehr 17. Kurden wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ angeklagt und inhaftiert. Selhatin Celik wurde zu diesem Zweck unter einem Vorwand auf die Ausländerbehörde Bochum zitiert und dort festgenommen. Am

nächsten Tag folgte Verhaftung Nr. 18: Die Kurdin Meral Aslan, erst kürzlich in die BRD eingereist, wurde in Wuppertal ebenfalls wegen § 129a inhaftiert und ist seitdem ebenso wie S. Celik in Isolationshaft. Eine Woche später wurde in Hannover der seit Februar wegen der gleichen Beschuldigung inhaftierte Kurde Bozan Öztürk ohne irgendeine Erklärung freigelassen. Noch im Februar hatte Rebmann über ihn in einer Presseerklärung behauptet, Öztürk habe u.a. 1987 an einem „Volksgericht“ der PKK in Hannover mitgewirkt. Öztürk war im Februar auf einer Polizeiwache inhaftiert worden, als er dort nach seinem Neffen fragte — der sich, wie sich dabei herausstellte, kurz zuvor der Polizei als „Kronzeuge“ gestellt hatte. Damit sind von nunmehr 18 Angeklagten 13 in Haft. In der gleichen Woche wurde in Hamburg der Kurde B., bei Polizei wie türkischen Regierungsstellen als aktives Mitglied des kurdischen Arbeitervereins seit langem bekannt, in die Türkei abgeschoben. B. hatte vorher vergeblich versucht, als Asylbewerber anerkannt zu werden. Obwohl bekannt war, daß er nach Ablehnung seiner Anträge in ein anderes Land reisen wollte, wurde er am 16.6. unter fadenscheinigen Vorwänden in Abschiebehaft genommen und Mitte Juli in die Türkei abgeschoben. In Istanbul angekommen, wurde B. sofort inhaftiert und nach zwei Tagen „zur Beobachtung“ vorläufig freigelassen. — (rül)

Neuerscheinung

Kurdistan-Rundbrief

Inhalt: Nachrichten über die Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes in Kurdistan, über die Zusammenarbeit der BRD mit dem türkischen Regime, über den Widerstand in der Türkei, über die Verfolgung fortschrittlicher Türken und Kurden in der BRD und den Widerstand dagegen, über Aktionen gegen die Türkeihilfe der BRD.

Herausgeber: C.E.D.R.I., Feyka Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes Hamburg, Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes Gießen, AK Kurdistan München.

Erscheint vierzehntägig, 4 Seiten DIN-A-4, im GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1. Erstes Erscheinungsdatum: August. Ein Jahresabonnement kostet 30 DM,- DM.

Bestellungen ab sofort an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1.

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Verlags- und Druckzentrum Stuttgart: Freies Wochenende und Fünftageweche sind schon verloren 22

Spionagevorwurf: Postgewerkschafter zu acht Monaten verurteilt 22

Repression: Heftige Kritik an Gauweiler 23

SPD-Regierungserklärung: Für die Ärmsten bleibt kaum was 23

Arbeitsorganisation bei fuba: „Leitstände“ und „Qualitätszirkel“ eliminieren Kopfarbeit 24

Polizeiterror am 1. Mai: Offener Brief und Protokolle 25

Republikaner: Funktionär unterstützt NPD 25

Internationale Verkehrsausstellung: Verkehrspolitik maßgeschneidert für Expansion und Profit 26
Aktionswoche zur Ausstellung 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 29

HBV-Frauenausschuß: Beschlüsse der Bundesfrauenkonferenz 29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Kinofilme

Als die Liebe laufen lernte: Anti-Aufklärung über Aufklärungsfilme 30
Sammy und Rosie tun es: Arme Boheme unter Margaret Thatcher 30
Die Dämonen: Propaganda für christliche Erneuerung 31

Versicherungen: Deregulierung durch Selbständige 31

§ 218: Die Union diskutiert übers Menschenbild 32

Spezialberichte

Politische Gefangene in der Türkei: Interview mit Dursun Karatas, angeklagt im Dev-Sol-Prozeß 34

Titelbild: Zeichnung zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Kanaky

— Aktuell in Bonn —

Kanzleramt empfängt Unita-Chef

Der Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt Teltschik hat am 12. Juli den Führer der mit Südafrika kooperierenden angolanischen Unita, Jonas Savimbi, im Kanzleramt empfangen. Über Inhalt und Ergebnis der Gespräche wurde nichts bekanntgegeben. Die US-Regierung verlangt in Ägypten in Verhandlungen mit der angolanischen Regierung den Abzug der kubanischen Truppen. Offenbar will die Bundesregierung gleichzeitig die Hilfe für Savimbi verstärken.

Monopolkommission billigt Konzentration

Die Fusionswelle unter den Kapitalisten (letztes Beispiel: Die Westdeutsche Lan-

land“ für Asylbewerber sei. Mit der Aufhebung der EG-Grenzkontrollen werde dies noch zunehmen. „Gesetzgeberische Möglichkeiten“ seien „erschöpft“. Demagogisch übergeht Zimmermann, daß das jüngste „Asylverfahrensgesetz“ noch gar nicht verabschiedet ist, und bereitet schon die nächste Hetzkampagne vor: Aufhebung der EG-Grenzkontrollen nur bei Aufhebung des Asylrechts.

Zimmermann: BKA EG-weit

Bundesinnenminister Zimmermann hat das Bundeskriminalamt (BKA) beauftragt, ein Konzept für eine EG-weite Bekämpfung der „organisierten Kriminalität“ zu entwickeln. In der EG bereits abgesprochen sei grenzüberschreitende Fahndung, ein Sofort austausch von In-

Einführung eines neuen § 130b StGB („Befürwortung von Straftaten“ in Schriften, auf Versammlungen usw. soll mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren verfolgt werden) fanden die Zustimmung der Ländermehrheit und liegen damit im Herbst dem Bundestag zur Beratung vor. (Bundesratsdrucksache 238/88)

Postreform durch den Bundesrat

Ebenfalls am 8. Juli beriet der Bundesrat das Postreformgesetz. Die Dreiteilung der Post in Postdienst, Postbankdienst und Telekom wurde gebilligt. Zusätzlich verlangen die Bundesländer einen „Poststrukturat“, der zur Hälfte mit Bundesratsvertretern besetzt sein soll und bei wichtigen Infrastruktur-Entscheidungen mitentscheiden soll. Die geplanten Besoldungsänderungen sollen nur mit Zustimmung der Länder in Kraft treten, und von den Ablieferungen der Postunternehmen an den Bundeshaushalt verlangen die Länder die Hälfte für sich.

SPD beantragt neues Ausländergesetz

Die SPD hat einen Antrag im Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung zu einem neuen Ausländergesetz auffordert. Darin willigt die SPD u.a. in eine „Differenzierung der Aufenthaltserlaubnis“ (vorübergehender oder dauernder Aufenthalt) ein. Statt daß die Kapitalisten Sprachkurse bezahlen, sollen die Ausländerbehörden den Ausländern auferlegen dürfen, Sprachkurse zu besuchen. Politische Betätigung soll „nach dem allgemeinen Straf-, Vereins- und Versammlungsrecht“ erlaubt sein. Ausweisungen bei Strafen ab 1 Jahr Haft. Einbürgerung soll erst nach zehn Jahren möglich werden. Vom Wahlrecht ist im ganzen Antrag keine Rede.

(Drucksache 11/2598)

Was kommt demnächst?

Am 21. Juli führt Generalbundesanwalt Rebmann seine Halbjahres-Presskonferenz durch und nimmt dort u.a. zu den Kurdenverfolgungen Stellung. Im August führt die SPD in Münster ihren Parteitag durch. Ebenfalls im August fährt Außenminister Genscher nach Moskau. Aufgabe: Vorbereitung des Kohl-Besuchs im Moskau. Der ist für Oktober geplant. Vorher will Kohl noch in der VR Polen als Staatsbesucher empfangen werden. Ende August tagt die gemeinsame Arbeitsgruppe der Koalitionsparteien, die die Rentenreform vorbereiten soll, zum letzten Mal, um dann ihr Ergebnis dem zuständigen Arbeitsministerium zur Ausarbeitung des Gesetzentwurfs zur Rentenreform zuzuleiten. Im Oktober wählt die FDP auf ihrem Wiesbadener Parteitag die neue Parteiführung.



Mindestens 2,4 Mrd. DM Bundesmittel fordert eine Arbeitsgruppe der Unionsparteien unter deren innenpolitischem Sprecher Gerster als „Eingliederungshilfe“ für „Deutsche“ aus Osteuropa. Für die 150 000 in diesem Jahr erwarteten Ausiedler, die höchste Zahl seit 30 Jahren, müßten Wohnungen gebaut und Deutschkurse finanziert werden. Die Bundesanstalt für Arbeit müsse Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme beginnen. Bild: Zimmermann bei „Rußlanddeutschen“ in Wiesbaden 1987.

desbank und die Hessische Landesbank wollen fusionieren) stößt bei der von der Bundesregierung eingesetzten „Monopolkommission“ auf keine Gegenwehr. In ihrem am 7. Juli veröffentlichten 7. Hauptgutachten lehnt die Kommission selbst die von der Bundesregierung geplante Kartellnovelle gegen Monopolbildungen im Einzelhandel als „nicht angebracht“ ab.

Zimmermann: Mit der EG gegen das Asylrecht

Zimmermann versucht einen neuen Anlauf, um das Asylrecht auch im Grundgesetz aufzuheben. Bei Vorlage seiner „Halbjahresbilanz Asyl“ erklärte er, die steigende Zahl von Asylbewerbern zeige, daß die BRD in der EG „Hauptziel-

formationen und die gemeinsame Nutzung kriminaltechnischer Einrichtungen, teilte er am 14.7. auf einer CSU-Veranstaltung in Bad Tölz mit. Noch im Laufe dieses Sommers solle mit der Umsetzung des BKA-Konzepts begonnen werden.

Bundesrat billigt Strafrechtsverschärfungen

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Bundesrat am 8. Juli den von der Bundesregierung beantragten neuen Sicherheitsgesetzen zugestimmt. Kronzeugenregelung, Strafrechtsverschärfung beim Demonstrationsstrafrecht, Vorbeugehaft bei Landfriedensbruchverdacht, Verpflichtung von Demonstrationsleitungen „zur Zusammenarbeit ... (mit) Behörden“.

Bundeshaushalt 1989

Keine Rede von „Finanzkrise“ Die Konzerne werden reichlich bedient

Die Aufregung in den Regierungsparteien und in der bürgerlichen Öffentlichkeit über die Steuerreform hat sich schnell wieder gelegt. Die CSU ist in Klausur gegangen und hat danach ihre große Zufriedenheit über die erreichte Reform verkündet, DIHT-Chef Stihl ergänzte, die Reform sei viel besser als ihr Ruf. Warum auch nicht? Die Senkung des Spitzensteuersatzes und die damit verbundene Senkung der Körperschaftssteuer sind bei den Aufregungen der letzten Wochen nie ernstlich in Gefahr gewesen und nun allen Kapitalisten sicher, der „lineare Tarifverlauf“ und die damit erreichte starke Steuer senkung für Bezieher hoher und höchster Einkommen kann ebenfalls planmäßig in Kraft treten.

Kohls Zeitplanung

Die zeitliche Planung des Kabinetts bis zu den nächsten Bundestagswahlen steht damit in großen Zügen schon fest. Bereits am 15. Juni ist der Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform im Bundestag eingebracht worden und soll dort womöglich bis Jahresende verabschiedet werden. Ergänzt wird dieser Gesetzentwurf durch eine Fülle weiterer Angriffe auf die Lohnabhängigen, die entweder im Herbst erstmalig in den Bundestag kommen oder sogar schon zur Schlußabstimmung vorliegen werden. So ist der Gesetzentwurf zur Postreform in erster Lesung durch den Bundesrat und soll, so die Absicht von Schwarz-Schilling, bis Jahresende verabschiedet sein. Das Ende letzten Jahres von Zimmermann vorgelegte Gesetzgebungspaket zur Strafrechtsverschärfung gegen Demonstranten inkl. Kronzeugenregelung ist ebenfalls durch den Bundesrat und geht nun dem Bundestag zu. Weiter werden anstehen: Weitere Verschärfung des Asylrechts, Verabschiedung des Gesetzentwurfs zum Dienstleistungsabend und von Blüms AZO-Novelle, Beginn der Beratungen über die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und über die Rentenreform. Bis Ende des Jahres wird damit eine Fülle von Gemeinheiten gegen die Lohnabhängigen entweder in Kraft oder zumindest in den Einzelheiten bekannt sein. Zusätzlich werden zum 1.1.1989 die nun beschlossenen Erhöhungen der indirekten Steuern um insgesamt 8 Mrd. DM in Kraft treten. Dagegen auftretender Widerstand wird der Koalition bei Wahlen kaum Schwierigkeiten machen können, da 1989 lediglich Kommunalwahlen und die Europawahlen stattfinden. Zum 1.1.1990 tritt dann der Steuersenkungsteil aus der jetzt be-

schlossenen Reform in Kraft und soll der Koalition bei vier Landtagswahlen (Saarland, NRW, Niedersachsen und Bayern) und bei der Bundestagswahl im November/Dezember des gleichen Jahres zum Sieg verhelfen. Im gleichen Jahr 1990 läuft auch der Metalltarifvertrag aus, so daß die Metallkapitalisten Gelegenheit haben werden, bei den Tarifverhandlungen den Vorteil der gesenkten Steuern direkt lohnkostensenkend in Rechnung zu stellen.

Offenbar wird diese Planung bei den Kapitalisten, die sowieso durch die guten Konjunkturnachrichten bei gleichzeitigem Tariffrieden in guter Stimmung sind, für aussichtsreich gehalten. „Die Investoren würden ihre früher aufgestellten Pläne verwirklichen oder sogar Revisionen nach oben vornehmen“, faßte Bundesbankvizepräsident Prof. Schlesinger Anfang Juli die Lage bei den großen Konzernen zusammen. Gleichzeitig bestätigte er Stoltenbergs Erwartung eines wieder steigenden Bundesbankgewinns. 5 Mrd. DM Gewinnabführung sind im Haushalt 1989 eingeplant, in den Jahren darauf sogar jährlich 7 Mrd. DM. Die Erträge aus den Devisenreserven der Bundesbank (Ende 1987 mit umgerechnet 83,2 Mrd. Dollar die größten Devisenreserven der Welt) helfen so der Bundesregierung weiter beim Haushalt

und erleichtern es Kohl und Stoltenberg, eine an der Fortsetzung der Weltmarktexpansion interessierte Meute von Beserverdienenden um die Kapitalisten zu scharen.

Haushalt: Kürzungen der Arbeitslosenversicherung

Der am 7. Juli im Kabinett verabschiedete Entwurf für den Haushalt 1989 setzt diese Linie fort. Noch nicht im einzelnen festgelegt sind die neuerlichen Kürzungen der Arbeitslosengeldansprüche. Fest steht schon, daß die schon jetzt völlig unzureichenden Arbeitslosengeldansprüche von jugendlichen Arbeitslosen weiter verringert werden sollen, um diese in eine Lage zu bringen, in der sie jede von den Kapitalisten zugemutete Arbeit annehmen. Späths Drohungen vom Frühsommer gegen angeblich „arbeits-scheue“ Jugendliche bringen den Kapitalisten so rasch Früchte. Weitere „Einsparungen“ bei der Bundesanstalt müssen noch ausgehandelt werden, wobei man im Arbeitsministerium schon andeutet, daß wohl vor allem bei den Umschulungen im handwerklichen Bereich gestrichen werden soll. Das entsprechende „Begleitgesetz“ zum Haushalt 1989 soll im Herbst zur Haushaltsberatung vorliegen.



Nach Protesten von Kapitalisten gegen die neue Erdgassteuer zeichnet sich inzwischen eine Einigungslinie mit dem Kabinett ab. Aus dem Finanzministerium verlautet, man wolle nur solches Erdgas besteuern, das als Heizstoff verbraucht werde. Damit wird der industrielle Gasverbrauch z.B. bei der Düngemittelherstellung von der Besteuerung ausgenommen. VEBA-Chef von Benningsen-Förder (rechts: auf der BDI-MV 87) hatte eine solche Gassteuer „aus Wettbewerbsgründen“ zugunsten von Heizöl und Kernkraft vehement unterstützt.



Am 14. Juli empfing der Zentralbankrat Kanzler Kohl zum Gespräch. Man habe „die aktuelle Lage sowie Fragen der europäischen Integration“ erörtert, verlautete nachher. Das „Handelsblatt“ deutet an, daß der Zentralbankrat von der Regierung weitere Maßnahmen erwartet, um die BRD für Kapitalanleger noch „attraktiver“ zu machen. Unter „europäischer Integration“ dürfte vor allem der spanische Beitritt zum EWS-Währungssystem verhandelt worden sein. Die spanische Regierung hat den Beitritt zum EWS beschlossen. Mit dem Beitritt ist die Verpflichtung verbunden, den Kurs der spanischen Währung zu den anderen EWS-Währungen stabil zu halten. Das verstärkt die Abhängigkeit der spanischen Regierung von den Konzernen der EWS-Länder, allen voran der BRD. Bild: Kohl beim BDI.

... und deutlich mehr Konzernaufträge

Genauso energisch wie beim weiteren Abbau des Versicherungsschutzes der Lohnabhängigen gegen Arbeitslosigkeit kommt der Haushaltsplan 1989 den Wünschen der Kapitalisten nach zusätzlichen Staatsaufträgen zur Sicherung ihrer Expansion nach.

Beispiel Rüstung: Mit einem Volumen von 53,3 Mrd. DM allein beim offiziellen Verteidigungsetat steigen die Rüstungsausgaben stärker an, als bisher schon in der „mittelfristigen Finanzplanung“ vorgesehen. Für den Kauf von neuem Gerät und Munition sind 1989 über 22 Mrd. DM geplant, u.a. 1,3 Mrd. DM für die Beschaffung neuer Kampffahrzeuge (Leo II u.a.). Über andere Beschaffungsvorhaben wird in diesen Wochen — während der angeblichen „Sommerpause“ — zwischen dem Ministerium und den Rüstungskonzernen verhandelt. Fest im Plan ist u.a. die Beschaffung weiterer 30 Tornados (wahrscheinlich 1990). Auch auf die Werften kommen zahlreiche neue Aufträge zu: Vier zusätzliche Fregatten 123 (Stückpreis 650 Mio. DM), vier Fregatten vom Typ NATO 90 und zwölf neue U-Boote sollen die Marinerüstung vorantreiben. (1) Das Hauptrüstungsgeschäft aber wird in den nächsten Jahren der „Jäger 90“ werden (siehe S. 10/11) und an Daimler-Benz gehen.

Beispiel Luft- und Raumfahrt: „Bis zum Jahre 2000 werden vom Bund Programme mit einem Gesamtvolumen von 90 Mrd. DM initiiert“, verkündete unlängst der 1987 zur „Koordinierung der Luft- und Raumfahrt“ zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium berufene frühere Münchener CSU-Abgeordnete Riedl. (2) Die Absicht der Bundesregie-

rung, in den nächsten Jahren westdeutschen Konzernen die Führung im Luft- und Raumfahrtgeschäft in Westeuropa zu erobern, wird Konzernen wie Daimler-Benz und MAN (u.a. am Ariane-Programm beteiligt) Aufträge wie nie zuvor verschaffen. Allein das Forschungsministerium steuert dazu im nächsten Jahr 1,3 Mrd. DM Mittel für Raumfahrtprogramme zu, vom Wirtschaftsministerium kommen weitere 524 Mio. DM „Altlastenübernahme“ zugunsten des Airbus-Programms. Bei der angestrebten Neuordnung des westeuropäischen „Airbus-Konsortiums“ verlangt die BRD für sich die Stellung des Finanzdirektors. Dieser soll berechtigt sein, die Kostenkalkulationen von allen im Airbus-Programm beteiligten Konzernen zu überprüfen. Damit gewänne die BRD auch im zivilen Flugzeugbau in Westeuropa eine Schlüsselstellung.

Beispiel Post- und Fernmeldewesen: Die Bundespost wird ihre Investitionen in neue Fernmeldeetze für die Kapitalisten weiter ausdehnen. Das soll allen großen Konzernen schnellere und preisgünstigere Geschäftsverbindungen ermöglichen und sichert zugleich den im Fernmeldegewerbe tätigen Elektrokonzernen weiter sprudelnde Staatsaufträge. Im laufenden Jahr investiert die Post 8,8 Mrd. DM in den weiteren Ausbau der Fernmeldeetze, davon 1,5 Mrd. DM in den Ausbau der Breitbandverkabelung und 1,3 Mrd. DM in Funkeinrichtungen. Unter Funkeinrichtungen gefaßt sind dabei auch Satelliten und dazugehörige Funkstationen, für die 600 Mio. DM ausgegeben werden sollen. Wie die Postreform auch den im Satellitengeschäft tätigen Konzernen Aufträge verschafft, demonstrierte Anfang Juni Postminister Schwarz-Schilling, als er das bisherige Fernmeldemonopol der „Intelsat“ für

den Fernmeldeverkehr zwischen der BRD und den USA aufhob und der „Pan American Satellite Corporation“ die Einrichtung einer zusätzlichen Satellitenverbindung genehmigte. Der dazu erforderliche Satellit wurde wenige Wochen später von der ersten „Ariane 4“ in den Weltraum transportiert. Hauptempfänger von Post-Aufträgen aber ist weiterhin die Siemens AG, die erst vor wenigen Wochen den Zuschlag für den weiteren Ausbau des „Datex-P“-Systems erhielt. Umfang der Aufträge allein für dieses Programm bis 1995: 500 Mio. DM.

Noch von anderer Stelle wird die Siemens AG durch Staatsaufträge gefüttert: Für die Entwicklung des 4-Megabit-Speichers erhält der Konzern im kommenden Jahr erneut 320 Mio. DM aus dem Haushalt des Forschungsministeriums. Das reicht Siemens noch nicht: Eine vom Forschungsministerium eingesetzte „Expertengruppe“ hatte schon im letzten Jahr die Forderung erhoben, für die Entwicklung dieses Speichers mindestens 1 Mrd. DM jährlich im Bundeshaushalt bereitzustellen, um der BRD bei dieser Technologie weltweit eine Schlüsselstellung zu sichern.

Beispiel Fernverkehr: Hier plant das Verkehrsministerium bis 1992 jährlich 6,25 Mrd. DM für den weiteren Ausbau des Fernstraßennetzes (1987: 5,8 Mrd. DM) sowie Investitionszuschüsse für die Bundesbahn in Höhe von 4,2 Mrd. DM (1987: 3,7 Mrd. DM), so daß also auch für die Baukonzerne weitere Aufträge sicher sind. Sollte es der Bundesregierung auch noch gelingen, die geplante „Liberalisierung der öffentlichen Auftragsmärkte“ EG-weit durchzusetzen, d.h. EG-weite Bewerbungen um staatliche Aufträge zu ermöglichen, so könnte sich den im Eisenbahngeschäft engagier-



Kaum ist die Steuerreform verabschiedet, mahnen die Kapitalisten die nächste Steuersenkung an: die Aufhebung der Gewerbesteuer (Aufkommen 1987: 31 Mrd. DM) müsse umgehend in Angriff genommen werden.

ten Konzernen (Krupp und Thyssen z.B.) noch manches Geschäft aufzun. Immerhin steigt z.B. der Haushalt der EG-Kommission von 1988 bis 1992 bei weitgehend stagnierenden Ausgaben im Agrarbereich um fast 40% auf 125,6 Mrd. DM an. Auch im Hinblick auf solche EG-weiten Geschäfte verlangt die Thyssen AG vehement die Einrichtung einer ersten Fahrverbindung für ihr „Transrapid“-Zugsystem.

*

Mit einer „Finanzkrise“ der Regierung Kohl ist es also nicht weit her. Im Gegenteil: Die großen Konzerne werden von dieser Regierung im neuen Haushalt in einem Umfang mit Staatsaufträgen bedacht wie nie zuvor, zusätzlich zu der nun in Kraft gesetzten Steuersenkung. Die Bekämpfung der Ansprüche insbesondere der sowieso schlecht verdienenden Lohnabhängigen, von den Kapitalisten seit Jahren propagiert und von dieser Regierung zur Leitlinie ihrer Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik gemacht, bringt den großen Konzernen so auch im neuen Haushalt wieder reiche Früchte. Bei ihrem Bestreben, sich zu europaweit führenden Konzernen in jeder Branche aufzuschwingen, verhilft ihnen diese staatliche Rückendeckung oft zu genau der Kapitalkraft, die erforderlich ist, um sich gegen die Konkurrenz anderer Konzerne durchzusetzen. Ohne Kritik dieses Expansionismus der großen Konzerne wird auch die gewerkschaftliche Kritik an der Steuer- und Sozialpolitik der Regierung weitgehend wirkungslos bleiben.

Quellenhinweis: (1) Wehrdienst, 24.5.1988; (2) Handelsblatt, 6.7.88; weitere Quellen: Bulletin der Bundesregierung vom 9.7.88, Finanzbericht 1988, hrsg. vom Bundesfinanzministerium, Bundestagsdrucksache 11/2478 — (rül)

Innenministerium

Zimmermann will Tamilen abschieben

Laut Ausländerzentralregister leben derzeit 27714 srilankische Staatsangehörige, die meisten Tamilen, in der BRD; davon 14000 in NRW, fast 3000 in Westberlin und je etwa 2500 in Baden-Württemberg und Niedersachsen. Innenminister Zimmermann hat nun ein Programm aufgestellt, „mit dem die freiwillige Rückführung der Tamilen auch aus der BRD, dem Hauptzielland dieser Flüchtlingsgruppe in Europa, zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Gang gesetzt werden kann.“ Im Bundeshaushalt des nächsten Jahres sind dafür 7,5 Millionen Mark vorgesehen, das Programm soll über zwei Jahre laufen. „Die Bereitstellung der Mittel hängt jedoch davon ab, daß sich die Länder insgesamt mit einem gleich hohen Beitrag beteiligen.“ Jeder erwachsene tamilische Flüchtling soll neben den Flugkosten eine Summe von 300 Mark erhalten, Jugendliche bis zum Alter von zwölf Jahren die Hälfte. Die Überbrückungshilfe soll jedoch 1000 Mark je Familie nicht übersteigen. Zimmermanns Ziel: „... alle Möglichkeiten (sollen) ausgeschöpft werden, um durch die Rückführung ausländischer Flüchtlinge insbesondere die Länder und Gemeinden von immer drückender werdenden Sozialhilfekosten zu entlasten.“ Mit der Repatriierung von nur je 1000 Flüchtlingen 1989 und 1990 sollen so wenigstens 200 Millionen Mark gespart werden. Hier ist auf einmal von Flüchtlingen allgemein und nicht mehr von Tamilen insbesondere die Rede, was sich ja auch deckt mit den Verhandlungen der Innenministerkonferenz in Celle im April diesen Jahres, wo es darum ging, die Grenzen dicht zu machen für ankommende Flüchtlinge, und die, die hier sind, schnell wieder loszuwerden.

Zimmermann beruft sich ausdrücklich auf den UN-Flüchtlingskommissar. Aufgrund zahlreicher Proteste und Anfragen sah dieser sich genötigt, mit einer — von der Presse allerdings kaum beachteten — Presseerklärung zu reagieren. Tenor: UNHCR setze sich ausschließlich für die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen in ihr Heimatland ein, mit Betonung auf „freiwillig“; es gebe Verbesserungen in der Sicherheitslage in Sri Lanka, eine pauschale Sicherheitsgarantie könne jedoch nicht gegeben werden; stabilisiert habe sich die Lage in zwei Provinzen, in die mit Hilfe eines UNHCR-Programms freiwillig Flüchtlinge aus Indien zurückgekehrt seien; eine Rückkehr aus Europa sei nur möglich ohne äußeren Druck, in kleinen Zahlen und schrittweise; UNHCR bemühe sich, in Konsultationen mit den europäischen Regierungen darum, die

freiwillige Rückkehr zu koordinieren.

Über die Freiwilligkeit der Rückkehr tamilischer Flüchtlinge aus Südinien bestehen allerdings Zweifel, da UNHCR nicht in Indien, sondern erst in Sri Lanka tätig wird. Nach Einschätzung von amnesty international sind ein Jahr nach dem Einmarsch der indischen Armee im Norden und Osten Sri Lankas Morde, Folterungen und die Methode des „Verschwinden-Lassens“ an der Tagesordnung, und als neuere Quelle der Gewalt gegenüber der tamilischen Zivilbevölkerung tritt die indische „Friedenstruppe“ auf. Auch aus den Mitteilungen des Südasiens-Büros in Wuppertal geht keineswegs hervor, daß die Lage in Sri Lanka ruhig, sicher und stabil ist.

Selbsthilfeorganisationen der tamilischen Flüchtlinge, Flüchtlingsräte und Initiativen haben bereits verschiedene Protestaktionen durchgeführt bzw. geplant. Der Flüchtlingsrat Oberhausen führt Infostände durch und will Stellungnahmen von Politikern einholen. In Hagen soll eine Veranstaltung mit Tamilen und W. Keller vom Südasiens-Büro stattfinden. Eine Vielzahl von Briefen mit der Forderung nach Richtigstellung bzw. Stellungnahmen gingen an UNHCR und die Innenminister der Länder. Ein Vertreter des Innensenators in Westberlin äußerte, daß unabhängig von den Plänen des BMI keine Tamilen abgeschoben würden, da man sich die Reaktion der öffentlichen Meinung darauf nicht leisten könne. NRW-Innenminister Schnoor erklärte, daß man angesichts der unsicheren Lage in Sri Lanka Flüchtlinge nicht zur „freiwilligen Rückkehr“ zwingen könne. Zimmermanns Pläne scheinen vorerst gescheitert, sind aber sicher nicht vom Tisch.

Quellenhinweis: FAZ v. 5.7.88; Pressemitteilung des UNHCR v. 4.7.88 — (ti)

Bundesarbeitsgericht

Weitere Fessel fürs Streikrecht

Mit einer ganzen Serie reaktionärer Urteile hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) den Gewerkschaften an absehbaren Brennpunkten künftiger Arbeitskämpfe Knebel angelegt.

In der Tarifrunde um die 35-Stunden-Woche 1987 griffen IG Metall wie auch HBV und ÖTV zur Taktik, die Kapitalisten mit massiven Warnstreiks während der Verhandlungen unter Druck zu setzen. Am 21.6.88 hat das BAG seine frühere Rechtsprechung revidiert. Auch Warnstreiks sollen nun dem Ultima-ratio-Prinzip unterliegen, sind daher künftig nur zulässig, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. „Die Organisation von Warnstreiks wird

künftig für den Tarifvertragspartner und die Öffentlichkeit das Indiz dafür sein, daß die Gewerkschaft die Verhandlungen für gescheitert ansieht. Der Warnstreik gilt als die förmliche Erklärung des Scheiterns mit allen Folgen, die eine solche Erklärung nach den Schlichtungsabkommen, die in vielen Branchen bestehen, vorsieht.“ (Handelsblatt, 28.6.88) Dieses BAG-Urteil bringt den geänderten § 116 AFG erst richtig zur Geltung. Das *politische* Druckmittel „Neue Beweglichkeit“ wird aus der Welt geschafft, und die Gewerkschaft in jedem Tarifkonflikt vor das Wagnis gestellt, mit einem bezirklich angelegten Arbeitskampf eine bundesweite Aussperrung zu riskieren.

Anfang Juni vollzog das BAG in Abkehr von früherer Rechtssprechung eine weitere, besonders zynische Ausweitung der Aussperrung. Danach sollen künftig auch Schwerbehinderte und erkrankte Arbeitnehmer ausgesperrt werden dürfen bei Verlust von Ansprüchen auf Lohn- und Lohnersatzleistungen.

Mitte Juli legte das BAG die schriftliche Begründung eines Urteils vom 12.1.88 vor, nachdem ein Solidaritäts- oder Sympathiestreik in der Regel rechtswidrig sei, und der geschädigte Unternehmer Schadensersatzansprüche geltend machen kann. Konkret bezieht sich dieses Urteil auf Solidaritätsstreiks der ÖTV während des Metallstreiks 1984. Das BAG bestätigte damit einen Spruch von 1985, machte die Argumentation jedoch wasserdicht. Ein Arbeitskampf muß demnach unmittelbar dem Abschluß eines umkämpften Tarifvertrages dienen und darauf gerichtet sein, den Widerstand des Tarifpartners zu brechen, mit dem die angestrebte Vereinbarung getroffen werden soll. Zur Bedeutung dieser Entscheidung schreibt das Handelsblatt vom 12.7.88:

„Auch die deutschen Gewerkschaften rüsten sich für den Gemeinsamen EG-Binnenmarkt ab 1992. In diesem Zusammenhang erwägen sie auch die Intensivierung des Solidaritätsstreiks, der ihr Beitrag zu einer grenzüberschreitenden Tarifpolitik sein soll. Das BAG hat jetzt

Mit zwei weiteren Urteilen vom Juni legte das BAG für „legale“ *Tarifikämpfe* Sprengsätze zur Illegalisierung. Bei einem Warnstreik der HBV während des Tarifkonflikts 1985 kam es durch Streikende zur Absperrung eines Kaufhauses. Während des Streiks in der Druckindustrie 1984 wurde durch einen „Menschenaufmarsch“ das Druckzentrum Stuttgart-Möhringen blockiert, nachdem der Bezirkssekretär der IG DruPa zweimal überfahren worden war. Das BAG urteilte jeweils auf „unerlaubte Handlungen“ und auf Schadensersatzpflicht, da „Eingriff in den eingerichteten Gewerbebetrieb“. — (cls)

USA

US-Flotte im Golf von Iran — Es wird weiter geschossen

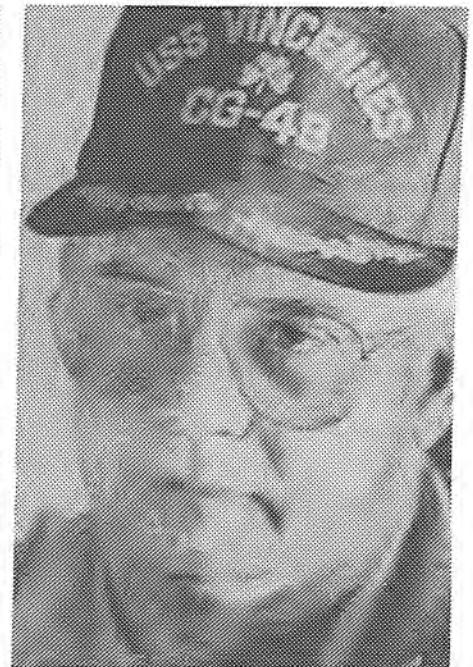
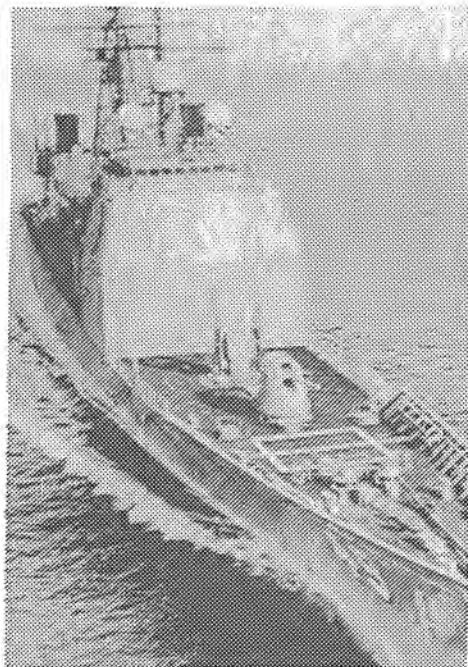
Die Verteidigung des Abschusses des iranischen Verkehrsflugzeugs durch US-Vizepräsident Bush vor dem UN-Sicherheitsrat hat bestätigt, daß der Abschluß kein „tragischer Unfall“ war, sondern voll als mögliches Nebenprodukt des Operationsauftrags der US-Flotte im Golf von Iran eingeplant war. Zugleich drohte Bush dem Iran, daß die US-Imperialisten „tun werden, was nötig ist, um die Freiheit der Schifffahrt in diesem lebenswichtigen Gebiet der Welt aufrecht zu erhalten, und daß sie alle nötigen Maßnahmen ergreifen werden, um ihre Streitkräfte dort zu beschützen“. Weiter sagte er, daß Iran „ein erhebliches Maß an Verantwortung an dem, was geschehen sei, zu tragen habe“, weil es einem zivilen Flugzeug erlaubte, seine Route über einem Kriegsschiff beizubehalten, das sich in einem Gefecht befand. Nebenbei, der wahrscheinliche Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, Michael Dukakis, äußerte sich fast gleichlautend mit Bush.

Der Auftritt des Vizepräsidenten und nicht des UN-Botschafters ist natürlich im Licht des US-Präsidentschaftswahlkampfes zu sehen. Bushs Wahlkampfteam sei überrascht gewesen von der großen Zustimmung, die Bushs Verteidigung des Kapitäns der „Vincennes“ gefunden habe, schreibt die Presse. Das Argument der Selbstverteidigung wird bei jeder Aggression der USA aufgetischt und findet immer seine Gläubigen. Es ist der Propagandamaschine der Bourgeoisie gelungen, in vielen Köpfen den festen Glauben zu verankern, daß die USA überall die „freie Welt“ und die Demokratie beschützen und zum Undank dafür auch noch angegriffen werden. Es braucht offensichtlich mehr als ein Vietnam und eine unpopuläre und augenscheinlich verbrecherische Zentralamerika-Politik, um diesen Glauben nachhaltig zu erschüttern. Dazu kommt, daß es der Propaganda gelungen ist, die Gefangenhaltung des Personals der US-Botschaft in Teheran nach dem Sturz des Schahs von 1979 bis 1981 für 444 Tage und die Hilflosigkeit der USA, einschließlich der kläglich mißglückten Befreiungsoperation, als nationale Schande einzublauen. Nicht zu vergessen der Tod von 240 GIs im Libanon durch „schiitische Kommandos“ und der Tod von 35 Seeleuten auf dem Kriegsschiff „Stark“ durch eine irakische Luft-Boden-Rakete im letzten Jahr. Für einige „Patrioten“ muß der Tod von 290 „Schiiten“ durch ein US-Kriegsschiff geradezu Balsam gewesen sein. In einer Umfrage lehnten 61% der Befrag-

ten die Kompensation der Opfer durch die USA ab. Der Beitrag Philadelphias zur Völkerverständigung ist die öffentliche Ankündigung, daß ein Schwester-schiff der „Vincennes“ im Hafen festgemacht habe und von der Öffentlichkeit besichtigt werden könne.

Lügendergebäude brechen zusammen

Die Position der gerechten Selbstverteidigung des angegriffenen Unschuldigen ist von Anfang an der Kern der Lügen- und Desinformationsoperation des Pentagons gewesen, und die Medien haben staatstragend, kritiklos nachgebetet. Der Abschluß wird ein für alle Mal als „tragischer Fehler“ klassifiziert. Der Abschluß des koreanischen Verkehrsflugzeugs 1983 durch sowjetische Kampfflugzeuge wird als unvergleichbar erklärt, die Presse ist zu Diensten. Natürlich brechen die Lügen über angebliche Kursabweichungen, Tiefflug und hohe Geschwindigkeit bald zusammen. Bis dahin konnten aber diverse Theorien verbreitet werden: Das Verkehrsflugzeug hätte den Luftraum über dem Kriegsschiff — das mitten im kommerziellen Flugkorridor lag — meiden müssen; eine F-14 sei hinter dem Airbus geflogen; der Airbus sei mit nackten Leichen aus dem Iran-Irak-Krieg vollgestopft gewesen. Daß das Flugzeug sich noch über iranischem Territorium befand, als die „Vincennes“ die Raketen abfeuerte, fällt keinem kritischen Reporter auf. Das paßt ja auch nicht in die Selbstverteidigungsstory. Keine Erwähnung auch, daß die in den USA gebauten und an den Schah gelieferten F-14 gar nicht mit Luft-Boden-Raketen ausgerüstet sind und mit normalen Bomben im Tiefflug über die „Vincennes“ hätten fliegen müssen, um sie zu treffen. Danach werden die Klagen über die unzulänglichen Computer-Programme aufgetischt, die in der modernen Kriegsführung mit Flugabwehrraketen bestimmen, wer Freund und Feind ist. Inzwischen sind derlei Theorien teils von den Vorsitzenden der Verteidigungsausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus, teils vom Pentagon als blanker Unsinn zurückgewiesen worden. Die US-Regierung erwägt, den Familien der Opfer Entschädigung zu zahlen — aus „humanitären Gründen“, nicht als Schuldeingeständnis. Darüber hinaus hüllen sich Regierung und Parlamentsführung bis zur Fertigstellung des Untersuchungsberichts in Schweigen. Die Forderung nach Abzug der US-Flotte aus dem Golf wird von keinem bürgerli-



Von links: Stabschef Admiral Crowe, die USS „Vincennes“ und ihr Kapitän Rogers

chen Politiker erhoben.

Der Abschluß des Verkehrsflugzeugs durch die „Vincennes“ ist nicht die erste Gefährdung des zivilen Luftverkehrs durch die über 30 Kriegsschiffe der US-Flotte im Golf. Die „Washington Post“ zitiert Verantwortliche im Flugverkehr in den Vereinigten Arabischen Emiraten, die über zahlreiche gefährliche Eingriffe der US-Flotte in den zivilen Luftverkehr berichten: Anweisungen für Kursänderungen, die zu Zusammenstößen geführt hätten, wenn die Piloten sie nicht ignoriert hätten. Die „Vincennes“ sei besonders notorisch dafür. Mit ihrer hochmodernen Elektronik konnte die „Vincennes“ den gesamten Funkverkehr zwischen dem Airbus und den Kontrolltürmen abhören. Ein Experte, zitiert im „Boston Globe“, wies darauf hin, daß es, selbst wenn der Airbus widersprüchliche Transpondersignale ausgestrahlt haben sollte, wegen der unterschiedlichen Frequenzen der Radarsignale „total unmöglich sei, daß eine elektronische Anzeige eine F-14 mit einem Verkehrsflugzeug verwechseln könnte — es sei denn, die Elektronik sei wirklich durcheinander“. Es spricht also alles dafür, daß der Abschluß kein „tragischer Fehler“, sondern eingeplant, wenn nicht sogar geplant war.

Der Schießbefehl bleibt

Nachdem letztes Jahr das Kriegsschiff „Stark“ von zwei Exocet-Raketen, abgefeuert von einem irakischen Mirage-Jet, getroffen worden war und der Kapitän keine Abwehrmaßnahmen getroffen hatte, haben die Befehlshaber der US-Kriegsschiffe im Golf freie Hand, auf Objekte zu feuern, die sie als feindlich empfinden. Jedes Kriegsschiff erhält eine „20-Meilen-Blase“ um sich als „Sicherheitszone“ — eine Art US-Ho-

heitsgebiet 10000 Meilen von den USA entfernt. Wer in diese Zone eindringt, wird zum feindlichen Objekt erklärt und kann abgeschossen werden. Nach dem Abschluß des iranischen Airbus hat die US-Regierung sofort erklärt, daß es keine Änderung der Politik im Golf geben werde und keine Änderung der Befehlslage für die Flotte. Diese Entschlossenheit der US-Imperialisten, den eingeschlagenen Kurs beizubehalten, wird unterstrichen durch die Meldung am 11.7., daß ein Admiral der nächste Befehlshaber des „US Central Commands“, zu dem die Golf-Flotte gehört, werde und nicht ein Armeegeneral, wie nach dem normalen Rotationsplan vorgesehen. Das „Central Command“ entwickelte sich aus der 1980 von Präsident Carter geschaffenen „Schnellen Einsatztruppe“. Der Befehlshaber-Kandidat, Vize-Admiral Henry Mustin, ist bekannt als ein erfahrener Seemann, der „an erstmal Schießen in gefährlichen Situationen glaubt“. Der jetzige Befehlshaber ist ein Marine-Infanterie-General. In dem Zeitungsbericht wird die wachsende Bedeutung der Marine zitiert. Die große Bedrohung im Golf sei auf dem Meer und in der Luft, nicht zu Land, wie das „Desaster“ des Airbus-Abschlusses bestätige. 1980 sei die primäre Bedrohung in einem von der Sowjetunion unterstützten Landangriff auf die Ölfelder des Persischen Golfs gesehen worden.

Eine neue globale Strategie

Diese Einzelheiten sind Ausdruck einer neuen, sich herausbildenden imperialen Strategie der USA. Am 18.4. brachte das „Wallstreet Journal“, mindestens ebenso reaktionär wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, einen Artikel mit dem Titel: „Jackson würde die Außenpolitik so umorientieren, wie es nach

Expertenmeinung schon lange überfällig ist“. Man stutzt, will das „Wallstreet Journal“ Jesse Jackson als Präsidenten haben? Keine Angst, Jackson hat natürlich die falschen Ziele, aber die Objekte seiner Außenpolitik seien richtig: die Länder der Dritten Welt. Jackson „argumentiert, daß die USA zuviel Aufmerksamkeit der Rivalität der Supermächte schenken und zu wenig der anwachsenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Entwicklungsländer“. Ein Papier der „Koalition für eine Neue Außenpolitik“ beschreibt diese neue Strategie genauer: Während die USA sich auf die Konfrontation mit der Sowjetunion auf dem Boden und im Weltraum konzentriert haben, sei ihnen die Kontrolle über die Entwicklungsländer zunehmend entglitten. Nach der neuen Strategie müßten die USA mehr Gewicht darauf legen, ihnen freundliche Länder oder freundliche Strömungen in nicht so freundlichen Ländern zu unterstützen — und natürlich drohen, wenn sie nicht so wollen wie „Uncle Sam“. Das ist einsichtig. Konfrontation mit der Sowjetunion bringt wesentlich weniger Profit als „freundliche Regierungen“ und Niedrigstlöhne in Entwicklungsländern. Es ist nicht nur der Druck der öffentlichen Meinung, der den Erz-Antikommunisten Reagan dazu bringt, mit dem „bösen Imperium“ Abrüstungsabkommen abzuschließen. Für die „neue Außenpolitik“ sind Interkontinentalraketen und Wasserstoffbomben nicht so gut geeignet — geschweige denn Reagans „Star War“-Gerätschaften. Eine große Flotte mit Zerstörern, Flugzeugträgern und Marine-Infanterietruppen auf allen Meeren war dagegen schon immer gut für Kanonenboot-Politik.

Quellenhinweis: New York Times, 15.7.88, Philadelphia Inquirer, 6.-17.7.88, Revolutionary Worker, 11.7.88 — (her. ger)

Luft- und Raumfahrtindustrie

Daimler-Benz schluckt MBB: Größter Rüstungskonzern der EG

Nach längeren Verhandlungen ist die Sache perfekt und wird noch in diesem Jahr über die Bühne gehen. Daimler-Benz verleibt sich Messerschmidt-Bölkow-Blohm ein, indem es über 30% der MBB-Anteile übernimmt. Die Anteile der Bundesländer Hamburg, Bremen und Bayern werden dadurch von über 50% auf rund 36% sinken, da der Daimler-Benz-Einstieg über eine Kapitalerhöhung durchgeführt wird. Nachdem der Daimler-Konzern 1985 bereits die Rüstungsunternehmen MTU, Dornier und AEG geschluckt hat, steht er nach der Fusion mit MBB in der BRD konkurrenzlos als Hersteller im Flugzeugbau da.

Für die MBB-Fusion hat der Daimler-Konzern bei der Bundesregierung Bedingungen durchgesetzt, die ihm gewaltige Gewinne garantieren: Während der hochgradig gewinnträchtige MBB-Teil für militärische Luftfahrt und Raumfahrt ins Daimler-Reich eingegliedert wird, wird der subventionsbedürftige Bereich

bei der Preisgestaltung überhaupt noch dem Konzern dreinreden?

Dieser „Neuordnung der Luft- und Raumfahrtindustrie“ mißt die Bundesregierung große politische Bedeutung bei; das wird schon daran deutlich, daß praktisch ausschließlich für den Daimler-Deal ein Staatssekretär zum Koordinator für die „deutsche Luft- und Raumfahrt“ bestellt wurde. Ziel ist die Bündelung der Forschungs- und Produktionskapazitäten sowie Garantierung von Kontinuität bei Forschung und Entwicklung. Für den Forschungs- und Entwicklungsbereich ist eine Trennung von militärischem und zivilem Flugzeugbau und Raumfahrtprojekten gar nicht mehr möglich. Das Flugsteuerungssystem z.B. wurde vom Tornado über den Airbus bis jetzt zum geplanten Jäger 90 von Hydraulik über Elektronik zur Lichtfaser weiterentwickelt. Die Ergebnisse der Flugzeugentwicklungen werden wiederum weiterverwandt bei der Arbeit an den Weltraumfahrzeugen Hermes und Sän-

gute Flugzeuge für billigeres Geld in den USA zu kaufen gibt, wie die SPD der Bundesregierung vorhält. Solch eine Aufrüstung würde aber der Schlagkraft des BRD-Rüstungspotentials wenig dienen. Und gerade beim Projekt Jäger 90 wird sich das Zusammenwirken von Daimler-Benz und seinen Töchtern zum Wohle westdeutscher Kriegsfähigkeit erstmals zeigen müssen: Den BRD-Anteil von 33% am Flugzeugbau übernimmt MBB, MTU ist im selben Verhältnis am Bau der Triebwerke beteiligt und voraussichtlich wird das Radarsystem von AEG kommen. Damit ist Daimler-Benz mit Abstand die Nummer eins im europäischen Projekt Jäger 90.

Natürlich hat die Daimler-MBB-Fusion insgesamt eine europäische Dimension. Nicht nur dadurch, daß Daimler-Benz nun zum größten Rüstungskonzern in Europa wird. Es gibt nicht mehr viele Rüstungsprojekte in Europa, an denen Daimler nicht beteiligt wäre. Darüber hinaus werden die Bemühungen zunehmen, Erweiterungen und Beteiligungen in Europa vorzunehmen. Ein erster Hinweis dafür stellt der Erwerb von Aktien des größten italienischen Flugzeugherstellers Fiat durch die Deutsche Bank dar, die nun immerhin der viertgrößte Aktionär ist. Die Sorge, dem gigantischen Rüstungskonzern Daimler ohne große Gegenmittel ausgeliefert zu sein, mag die französische Regierung endgültig dazu bewegen haben, aus dem Projekt Jäger 90 auszusteigen und ein eigenes Jagdflugzeug zu planen und zu bauen. Die Achse Frankreich-BRD ist auf jeden Fall nicht die einzige Schiene, auf der die BRD im Bereich europäischer Rüstung fährt, und eine engere Kooperation mit z.B. Italien hätte ja zumindest ihre historische Belastungsprobe schon hinter sich.

Die Vorteile der Fusion sind deutlich: Daimler-Benz wird durch die MBB-Übernahme tüchtig verdienen; Staatssekretär Riedl hat für die Luft- und Raumfahrt Programme von 90 Milliarden DM durch den Bund angekündigt. Die Bundesregierung sieht die Wehrtechnik weiter gebündelt und international unabhängig, was sie kriegsplanerisch ungebundener und in Europa dominierender macht. Folgen werden steigende Verteidigungshaushalte und Rationalisierungen in den beteiligten Betrieben sein. Die SPD-Opposition läßt die Sache durchgehen. Zwar hat Fraktionssprecher Roth öffentlich vor einem „militärisch-industriellen Komplex“ gewarnt, dies aber erst, nachdem die ganzen Verhandlungen zwischen Daimler-Benz und der Regierung abgeschlossen waren. Der Vorstandsvorsitzende Reuter (SPD) findet im Übrigen auch in seiner Partei Unterstützung, wie etwa durch Bremens Bürgermeister Wedemeier, der die Fusion wärmstens begrüßte.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Die Welt, Frankfurter Rundschau, 2. bis 13. Juli 1988, Wehrtechnik 6/88 — (jok)



Die Luftrüstung von Daimler-Benz ab 1935 war entscheidend für Hitlers Kriegsvorbereitungen. Bild: Hitler, Göring und Daimler-Vorstandsvorsitzender Kissel.

der zivilen Luftfahrt (Airbus) in eine eigene Gesellschaft verwandelt und weiterhin von der Bundesregierung gepäpelt. Allein im nächsten Jahr zahlt die Regierung 524 Millionen DM für den Airbus. Die zu erwartenden großen Forschungs- und Produktionsaufträge im Bereich der Raumfahrt sowie der ständige Bedarf an Militärgut lassen die Gewinnerwartung des von Daimler zu übernehmenden MBB-Teils dagegen großartig wirken. Und wer kann künftig

ger. Dies alles unter einheitlicher Regie von Daimler-Benz stattfinden zu lassen, ist Plan der Regierung. Technologisch und produktionstechnisch soll damit die Luftrüstung vollkommen unabhängig insbesondere von den USA sein, wie auch die wirtschaftliche und kriegstechnische Nutzung des Weltraums eigenständig ermöglicht wird.

Daher ist die führende Beteiligung der BRD am Jäger 90 für die Regierung so wichtig. Es mag sein, daß es ähnlich

Jäger 90: Großprojekt europäischer Rüstung

Gewissermaßen seine letzte Amtshandlung vollbrachte Wörner als Verteidigungsminister, indem er das Projekt Jäger 90 durch die Bundestagsausschüsse für Verteidigung und Haushalt brachte und mit den Verteidigungsministern aus Großbritannien, Italien und Spanien ein entsprechendes Memorandum für die Entwicklungsphase unterzeichnete. Der mit dieser Entwicklung verbundene Gewinn an Hochtechnologie werde die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb erheblich stärken, erklärte Wörner bei diesem Anlaß. Damit schob er noch einmal ein Argument nach gegen diejenigen, die zwar die Notwendigkeit eines neuen Jagdflugzeuges für die Bundeswehr bejahen, allerdings für etwas Billigeres als die europäische Eigenentwicklung plädieren. Zu diesen Freunden der Bundeswehr gehören die Sozialdemokraten.

Jagdflugzeuge fallen bei der Luftwaffe unter die Kategorie Luftabwehr und lassen sich deshalb rüstungspolitisch ganz gut als notwendig verkaufen. Wörner: „Wir brauchen ein Jagdflugzeug, das der Bedrohung aus der laufenden Modernisierung der Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes gerecht wird“. Aufgabe von Jagdflugzeugen ist zunächst das Beschießen von anderen feindlichen Flugzeugen, sie sind die Instrumente des Luftkampfes. Sie müssen kurze Reaktionszeiten haben, also schnell in der Luft sein, hohe Kampfdauer, Wendigkeit und Schnelligkeit. Darüber, wo der Luftkampf aber stattfindet, ist durch den Begriff Luftabwehr nichts ausgesagt. Die Jäger können natürlich feindliche Flugzeuge bekämpfen, die z.B. den eigenen Panzervormarsch behindern wollen, sie können Luftbegleitungen für Bomberverbände bilden, sie können die Lufthoheit für die Operationsfreiheit der eigenen Truppen herstellen. Im Rahmen des FOFA-Konzepts der NATO erscheinen derartige Einsatzverwendungen im Krieg wahrscheinlich, denn das Ziel sind ja tiefe Schläge im Hinterland der Sowjetunion und ihrer Verbündeten durch Luftwaffe und Raketenartillerie. Die Planung und Beschaf-

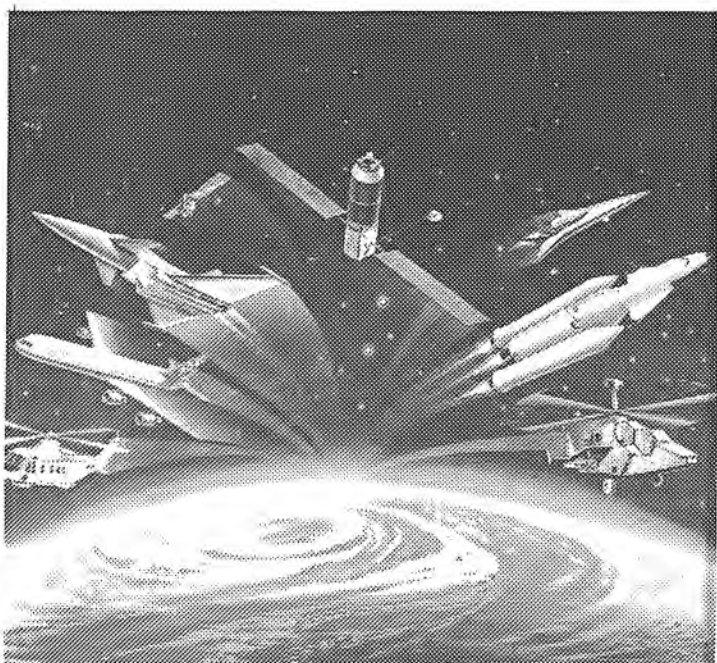
fung des neuen Jagdflugzeuges stellt daher auch einen erneuten Akt der Bedrohung für die Länder des Warschauer Vertrages dar.

Nachdem Frankreich ausgestiegen ist, wird der Jäger 90 jetzt von der BRD (33 %), Großbritannien (33 %), Italien (21 %) und Spanien (13 %) gemeinsam entwickelt. Für die Entwicklungsphase des Jäger 90 bezahlt die Bundesregierung zunächst 5,85 Milliarden DM. Mit einer erheblichen Kostensteigerung darf gerechnet werden. Anschließend will die BRD mindestens 200 Exemplare für die Luftwaffe kaufen, auf weitere 50 besteht eine Option. Um die Vorgaben für das Jagdflugzeug erfüllen zu können (Kampfeignung sowohl für den Nah- wie für den Fernbereich im Unter- und Überschallbereich und das bei jedem Wetter), werden praktisch alle Teile völlig neu entwickelt, wozu eine Reihe von Konsortien gebildet wurden. Neben MBB sind MTU und AEG beteiligt, wenn es um den Antrieb, die Technologie, die Waffenanlage und Munition geht.

Als besondere Neuerungen gelten die Weiterentwicklung der Flugzeugsteuerung „Fly by wire“ (gerade erst im Airbus 320 zur Anwendung gekommen) durch das Lichtfasersystem „Fly by light“ und die Verwendung moderner Werkstoffe, wodurch das ganze Flugzeug eine Leermasse von nur noch 9500 kg haben soll. Dieses geringe Gewicht hat natürlich Auswirkungen auf die Menge an Waffen und Munition, die der Jäger mit sich führen kann.

Die Ergebnisse dieser Entwicklungen sollen nach Darstellung des MBB-Geschäftsführers Vogel (Europ. Wehrkunde 4/88) für die anstehenden Großprojekte in der Raumfahrt weiterverwandelt und fortgetrieben werden. Nach der Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane, die übrigens demnächst erstmalig NATO-Aufklärungssatelliten ins All befördern wird, und der Entwicklung des Raumgleiters Hermes hat MBB bereits mit der Arbeit an einem wiederverwendbaren zweistufigen Raumtransporter „Sänger“ begonnen. Diese Projekte werden ausgiebig von der Bundesregierung gefördert und haben zum Ziel, Europa zu einer Weltraummacht auszubauen. Der angestrebte Nutzen ist sowohl kommerziell wie militärisch.

Quellenhinweis: Europäische Wehrkunde 4/88, Wehrtechnik 7/88, Soldat und Technik 7/88, bw-aktuell 9. u. 18.5.88, Wehrdienst 1129/1988



Mit dem Einstieg bei MBB eignet sich Daimler-Benz folgende Palette an Luft- und Raumfahrtprojekten an: (von links) Hubschrauber NH 90, Airbus, Jäger 90, Satellit Kopernikus, Raumstation Columbus, Raumtransporter Sänger, Ariane mit Raumgleiter Hermes, Panzerabwehrhubschrauber 2. Das Bild wie auch die Einzeldarstellung des Jäger 90 entstammen aufwendigen Anzeigen von MBB in einschlägigen Fachzeitschriften.

BRD in Ghana

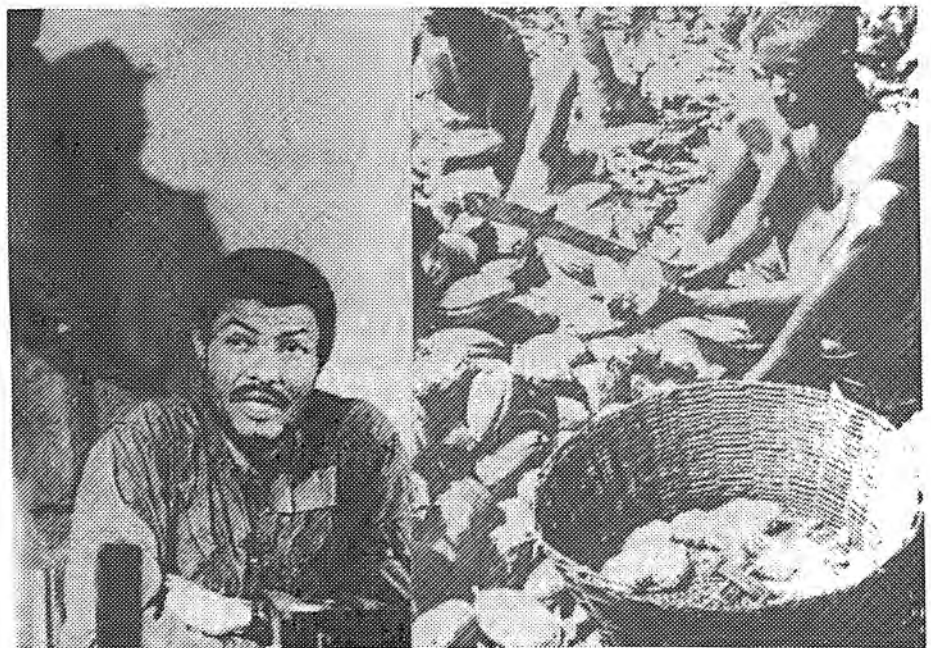
Gegen Antikolonialismus: Einbindung in den Weltmarkt

Die erneute Unterwerfung und Ausplünderung des westafrikanischen Ghana, dessen sogenannte „völkerrechtliche Unabhängigkeit“ von der panafrikanistischen CPP unter Kwame Nkrumahs 1957 erkämpft wurde, ist zu einem nicht geringen Teil auf den Einfluß bundesdeutscher Außenpolitik zurückzuführen. Schon damals mußte Ghana, dessen landwirtschaftliche Ausrichtung auf das Exportprodukt Kakao unter der britischen Kolonialherrschaft erzwungen worden war, über 60% seiner Devisen aus dem Kakaoexport ziehen und war wie heute den großen Preisschwankungen dieses Produktes auf dem Weltmarkt völlig ausgesetzt. Nutznießer war u.a. das BRD-Kapital, nach den USA weltweit zweitgrößter Abnehmer für Rohkakao. In erster Linie war der stetige Preisverfall von Kakao auf die Außenzölle der EWG zurückzuführen, die Ghanas Konkurrenten im Kakaoexport, die EWG-assoziierten Länder (vor allem die Elfenbeinküste) bevorzugten. Dieser Zustand war beim Besuch einer ghanaischen Delegation im Oktober 1957 in Bonn Hauptverhandlungspunkt. Die BRD-Regierung machte hierbei klar, wer die Handelsbedingungen bestimmt. Die von Ghana angestrebte Ausnahmeregelung für die westdeutschen Einfuhrzölle kam nicht zustande. Stattdessen ging die Bundesregierung in die Offensive und baute als zweitgrößter „Handelspartner“ nach Großbritannien ihren Einfluß aus: Im August 1959 wurde in Bonn mit dem ghanaischen Finanzminister eine Bundesbürgschaft für die Lieferung von Investitionsgütern mit einem Gesamtwert von 200 Mio. DM vereinbart. Außerdem wurde bei diesen Verhandlungen ein Handelsabkommen und ein Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, befristet auf drei Jahre, abgeschlossen.

Dies reichte, um dem BRD-Kapital den Weg auf den ghanaischen Markt zu bahnen. Im September schloß ein Industriekonsortium (Ferro-Stahl AG/Essen, Strabag-Bau/Köln, Didier-Werke/Wiesbaden) mit der ghanaischen Regierung einen Rahmenvertrag über die Errichtung und den Betrieb von Industriebetrieben und über den dazugehörenden Straßenbau ab. Auch nur der Ansatz eines Handlungsspielraumes für die erste Unabhängigkeitsregierung wurde durch den 60%igen Preisverfall des Kakaoproduktes in der Zeit von 1959 bis 1965 zunichtegemacht. Nach einem andeutungsweisen Versuch des linken Flügels der CPP zur Verstaatlichung ausländischer Niederlassungen senkte die BRD drastisch ihre Exporte. Nkrumah demen-

tierte daraufhin diese Bestrebungen. Die BRD-Imperialisten gingen weiter in die Offensive: Im Februar 1962 schloß die Klöckner-Humboldt-Deutz AG ein größeres Geschäft zur Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen sowie die Ausbildung von Technikern zur Bedienung der Maschinen ab.

1964 war Ghana in akuten Devisenschwierigkeiten und wurde von den Imperialisten an den IWF verwiesen. Die Forderungen des IWF zur Kredit-



Die ghanaische Militärregierung unter Rawlings treibt die Kleinbauern zur erneuten Intensivierung des Kakaoanbaus an.

vergabe liefen für Nkrumah auf die Aufgabe seines Entwicklungsprogramms hinaus. Ein Jahr lang wurde ohne Ergebnis verhandelt. 1966 wurde Nkrumah durch einen Militärputsch mit Unterstützung des CIA und der BRD (über die Friedrich-Ebert-Stiftung, SPD) gestürzt. Über diese Stiftung wurde bis 1969 mit Bundesmitteln in Höhe von 1,4 Mio. DM die Propagandaarbeit des vom Soziologieprofessor K.A. Busia geleiteten „National Centre for Civic Education“ unterstützt. Busia versprach dem BRD-Kapital, im Falle einer finanziellen Unterstützung des von ihm geplanten Putsches größtmögliche Zugeständnisse für seine Handelsniederlassungen zu gewähren. (1)

Die folgenden Jahre brachten in nahtloser Abfolge IWF-Abkommen, in denen der Fonds alle der Regierung Nkrumahs gemachten Auflagen umsetzt. Die Zerschlagung antikolonialer Bestrebungen war also aufgrund der Einbindung Ghanas in den Weltmarkt gelungen. Die

Unterwerfung unter das IWF- und Weltbankdiktat hatten und haben die landwirtschaftlichen Produzenten, die Kleinbauern zu tragen. Die ständig betriebene Abwertung der nationalen Währung, eine der Auflagen des IWF, verteuerte ihren Ankauf von landwirtschaftlichen Geräten und ließ die Einnahmen aus der Kakaoproduktion drastisch sinken. Schon 1968 hatten 30% der tief verschuldeten Farmer ihre Farmen für langfristige Anleihen verpfändet. (2) Der „Weltbank-Report“ über Ghana von 1984 stellte zynisch fest: „Die Kakaoproduktion ist bedenklich ständig gesunken. Die realen Erzeugerpreise sind fast auf ein Drittel der frühen 60er Jahre gefallen. Gleichzeitig haben die Verschlechterung des Transportwesens, der Mangel an Insektiziden und Ersatzteilen

für Sprühmaschinen und die unwirksamen Maßnahmen der Kakao-Vermarktungsbehörde zum drastischen Niedergang beigetragen. . . um den Abwärtstrend der Produktion aufzuhalten, braucht das kurzfristige Wiederaufbauprogramm der Regierung technische und finanzielle Unterstützung von außen, damit die Kakaoexporte vom gegenwärtigen Stand von 180000 t auf 300000 t 1986 anwachsen.“ Die imperialistischen Geldgeber haben die seit 1981 an die Regierung gepushten Militärs auf die erneute einseitige Ausrichtung der Landwirtschaft für den Kakaoexport genagelt. Die Landbevölkerung, welche Anfang der siebziger Jahre vermehrt in die Städte getrieben wurde, soll jetzt wieder zur Aufnahme der Kakaoproduktion durch eine Anhebung der Erzeugerpreise als Anreiz zurückgetrieben werden. Die Erneuerung der Kakaopflanzungen ist eine auf mehrere Jahre ausgerichtete Arbeit. Die Kakaobehörde hob den Erzeugerpreis in den letzten Jahren von 85 auf

140 Cedi pro kg an. Durch die im gleichen Atemzug vom IWF geforderte drastische Geldabwertung mußte ein Bauer 1986 58 kg Kakao verkaufen, um sich die nötigen importierten Sprühergeräte und Düngemittel kaufen zu können. Trotz weiterer Erhöhung der Erzeugerpreise mußte er 1987 mehr als das Dreifache dafür produzieren — 179 kg. (3) Weiter zielen die Imperialisten auf Massenentlassungen bei den staatlichen Vermarktungsbehörden: „Die Beseitigung der Vermarktungskosten, die für diese Arbeitskräfte aufgewendet werden müssen, kann möglicherweise die Erzeugerpreise um 2000 Cedi pro Tonne oder 16% des gegenwärtigen Preisniveaus erhöhen.“ (4) Von den 100000 Lohnabhängigen der Vermarktungsbehörde für Kakao wurden mittlerweile 20000 entlassen. (5)

Holzeinschlag als „Devisenbringer“

Ein weiteres Exportprodukt, mit dem die Imperialisten die Einbindung Ghanas in den Weltmarkt betreiben, ist Holz. Ein Drittel des Landes ist von Wald bedeckt. 1985 fand in Ghana die 1. Internationale Ausstellung für Holz und Holzverarbeitungsindustrie, GIFEX, statt. Eine Delegation der baden-württembergischen Landesregierung führte in dieser Zeit Verhandlungen über die Ausdehnung des Holzhandels und die verstärkte Kooperation zwischen Firmen in Baden-Württemberg und Ghana. Die Ergebnisse wurden im regierungsoffiziellen Ghana-Bulletin im April 1985 veröffentlicht: „Das Land Baden-Württemberg hat beschlossen, die Errichtung eines Zentrums für die Reparatur, die Wartung und die Ausbildung an landwirtschaftlichen Maschinen zusammen mit dem nötigen Gerät und Beratungsdienst in der Ostregion Ghanas zu finanzieren . . . Ghana hat der Bereitstellung eines kostenlosen Grundstückes für das geplante Zentrum zugestimmt, außerdem der zoll- und steuerfreien Einfuhr aller Anlagen im Zusammenhang mit dem Projekt der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Ghana.“

1984 zielten die imperialistischen Geldgeber im Weltbank-Report über Ghana in diese Stoßrichtung: „Die kürzliche Wechselkursanpassung hat Exporte von Holz und Holzprodukten ziemlich attraktiv gemacht, und ein massiver Zufluß von Ersatzteilen und Holzmaschinen kann in den nächsten drei Jahren schnelle Gewinne bringen. Vertikale Integration und höherwertige Produktion müssen hauptsächlich erforscht werden, damit die Industrie wieder auf ihren Füßen stehen kann.“ Die Rundholzausfuhr erhöhte sich 1985 auf 150 000 Kubikmeter im Wert von 10,5 Mio. US-\$. Für 1986 wurde der gesamte Exportwert auf das Sechsfache veranschlagt. (5) Dies verdeutlicht, mit welcher Hast die Imperialisten den Holzeinschlag voran-

treiben konnten. Das Organ der holzverarbeitenden Industrie der BRD vermeldet im September 86: „Der zweite ausschlaggebende Faktor war die Verbesserung des Eisenbahntransportwesens der westlichen Landesregion, die einen schnelleren Abtransport des Holzes zum Hafen von Takoradi ermöglicht. Der Hafen selbst ist derzeit aber noch ein großer Engpaß, da seine Verladeeinrichtungen als völlig überaltert und reparaturbedürftig gelten.“ Das vom IWF erzwungene staatliche Sanierungsprogramm war auf die Erschließung der Waldbestände Ghanas durch Reparatur und Erneuerung von Gleisanlagen ausgerichtet. Unter brutalen Arbeitsbedingungen mußten ghanaische Arbeiter innerhalb von neun Monaten 45 km Gleisstrecke verlegen.

Die zweite internationale Holzausstellung 1987 zielte im Interesse des BRD-Kapitals auf den Export von verarbeitetem Holz.

Die Lage der arbeitenden Bevölkerung hat sich unter dem Sanierungsprogramm des IWF drastisch verschlechtert. Die Freigabe des Wechselkurses — seit September 86 wird dieser wöchentlich durch eine Dollarauktion in der Zentralbank ermittelt — bewirkte eine Abwertung des Cedi um 5300% seit 1983. Der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn liegt in diesem Jahr bei 112 Cedi pro Tag, das ist kaum mehr als umgerechnet eine Mark. Landarbeiter bekommen etwa 200 Cedi pro Tag. Grundnahrungsmittel wie 1 Kilo Mehl kosten dagegen 250 Cedi, ein Kilo Zucker 275 Cedi. Das ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel.

Antiimperialistische Bewegung

Zwischen den Gewerkschaften Ghanas und der Studentenbewegung gibt es mittlerweile gemeinsame Aktionen gegen die Unterwerfung unter die imperialistischen Geldgeber. Die ghanaische Opposition bezieht sich zu großen Teilen auf die panafrikanistischen antikolonialen Bestrebungen der ersten Unabhängigkeitsregierung. 1986 veröffentlichte die United Revolutionary Front in ihrem Organ folgende Standpunkte: „... Heute wird das Regime nur noch aufrechterhalten durch seine enge Allianz mit dem Finanzkapital, das direkt repräsentiert ist durch den IWF, nur aufrechterhalten durch die Konzentration von Zerstörungs- und Einschüchterungswaffen in den Händen einer kleinen Handvoll von Militärbütteln . . . Außenminister Botchway sagt, daß wir auf alle Fälle, koste es was es wolle, Geld leihen müssen (sogar wenn Arbeiter verhungern), um genug Kakao, Holz, Gold zu produzieren, um es zu verkaufen. Die Gläubiger (IWF, Weltbank) sagen, sie geben uns Geld, damit wir Kakao z.B. billig produzieren, um es in allen Erdteilen zu verkaufen. Sie können uns jedoch keinen Preis dafür garantieren. Nun,



Der ghanaische Gewerkschaftsverband forderte 1985, keine weiteren Verpflichtungen gegenüber den imperialistischen Geldgebern einzugehen.

Botchway möchte sicher sein, daß wir den Industrieländern erlauben, ihre Kartoffeln, ihr Hundefutter, ihre Videos, Autos, Waffen zu verkaufen . . . wir sollten die richtige Lösung wählen — produzieren, was wir essen und zu verkaufen versuchen, weiter zu produzieren, was wir nicht notwendigerweise essen . . . Aber unser Hauptinteresse muß es sein, uns selbst zu ernähren. Um dies durchzusetzen, müssen die Arbeiter entscheiden, was mit dem Geld geschieht, das wir aus der Produktion des Kakaos, Holzes bekommen.“

Quellenhinweise: (1) Stern, Nr. 51/65; (2) Deutsch-Afrikanische-Gesellschaft, Betrachtungen zum Unabhängigkeitstag 1957; (3) Die Zeit, 8.1.88; (4) Weltbank-Report 1984; (5) Die Welt, 6.2.87 — (arr)

Türkei

Unterdrückung sozialistischer Presse

In den letzten ein, zwei Jahren haben Zeitschriften mit sozialistischer Zielsetzung ihr Erscheinen in der Türkei aufgenommen. Man nutzte die geringen Freiräume, die das Regime eröffnete, um der europäischen Öffentlichkeit „Demokratie“ vorzuspielen, und das Erstarken der Arbeiterbewegung. Die Veröffentlichungstätigkeit ist ständig von staatlicher Repression bedroht. Die Zeitschrift „Toplumsal Kurtulus“ wurde am 9. Mai 1988 erstmals beschlagnahmt, der Chefredakteur Felemez Ak wurde verhaftet. Mindestens vier weitere Zeitschriften wurden von Beschlagnahmen von teilweise mehreren Ausgaben betroffen. Selbst die bürgerliche Presse wird verschärft zensiert. Die Tageszeitung „Milliyet“ veröffentlichte auf der Titelseite den ersten Teil eines Interviews mit PKK-Chef „Apo“ Öcalan inklusive Fotos. Die Zeitung wurde noch in der Nacht beschlagnahmt, der zweite Teil

des Interviews konnte ebenfalls nicht erscheinen. Einer der Redakteure der linksliberalen „Cumhuriyet“ wurde festgenommen, bald darauf aber wieder freigelassen. Am 13. und 14. Juni wurden mehrere Redakteure und Autoren von „Toplumsal Kurtulus“, darunter ein Rechtsanwalt, ohne Begründung verhaftet. Einige sind wieder auf freiem Fuß, drei Mitarbeiter befinden sich jedoch weiterhin in Haft. Mittlerweile wurde als Grund der Inhaftierung Propaganda für „die“ Kurden und für Kommunismus sowie Billigung von Straftaten genannt. Wegen ähnlicher Vorwürfe war Anfang des Jahres der Chefredakteur der (aufgelösten) Zeitschrift „Yeni Gundem“, Cengiz Turhan, zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Da das Urteil wegen der Einlegung der Berufung noch nicht rechtskräftig ist, wurde Cengiz gegen Kaution vom Vollzug der Untersuchungshaft verschont.

Fünf sozialistische Zeitschriften haben aufgrund der Unterdrückung eine Kampagne unter dem Motto „Die sozialistische Presse kann nicht zum Schweigen gebracht werden!“ begonnen. Sie fordern Pressefreiheit und rufen „die gesamte Presse, die Demokraten und die demokratischen Institutionen“ auf, ihre Forderungen nach „Anwendung der Pressefreiheit im weitesten Sinn und Beendigung der Unterdrückung der sozialistischen Presse“ zu unterstützen. Mehrere Mitarbeiter sind am 7.7. in den Hungerstreik getreten.

Die Arbeiter- und die Studentenbewegung haben sich im letzten Jahr stark entwickelt und zahlreiche Protestaktionen gegen die Regierung durchgeführt. Das Regime fürchtet nun eine mögliche Verbindung der sozialistischen Presse zu den Massen und eine Verbreitung sozialistischen Bewußtseins. — (dev, Mak)

Türkei

„... zum Tod durch Hunger verurteilt“

So beschrieb ein Abgeordneter der regierenden Mutterlandspartei ANAP die wirtschaftliche Situation der Türkei. In der Tat ist die Kaufkraft der Löhne seit 1980 um 50% gesunken, der Anteil der Löhne am Volkseinkommen macht nur noch 15,5% aus, 1977 waren es noch 38% gewesen.

Ministerpräsident Özal schreibt in der Handelsblatt-Beilage vom 24.5.88: „Die liberale Wirtschaftspolitik, die die Türkei seither (seit 1980, d. Verf.) verfolgt hat, macht sich bereits in der Umstrukturierung der Wirtschaft bemerkbar, die jetzt sehr viel offener, liberaler und marktorientierter geworden ist.“ Diktieren werden die „Wirtschaftsreformen“ vor allem von den Imperialisten. Die Auslandsverschuldung der Türkei wuchs von 20 Milliarden Dollar 1980 auf 38

Mrd. Dollar 1987. Allein 1988 müssen 7,25 Mrd. Dollar an Kapital und Zinsen zurückgezahlt werden. Teilweise wird die Kreditrückzahlung durch Abwertung erkaufte. Die Lira verlor seit 1980 real 30% an Wert. Bürgerliche Ökonomen beschreiben einen Kreislauf von Abwertung, Kaufkraftverlust und Inflation einerseits, Steigerung ausländischer Kapitalinvestitionen und Unternehmensgründungen andererseits. 37 westdeutsche Unternehmen haben 1986 in ihren türkischen Werken 1,5 Mrd. DM Umsatz gemacht. Die ausländischen Direktinvestitionen belaufen sich auf rund 1,8 Mrd. Dollar.

Mit der Vergabe von Krediten haben die Imperialisten die Türkei unter ihre Kontrolle gebracht. Internationaler Währungsfonds und OECD gaben in den 60er Jahren 560 Mio. Dollar, 1979-82 weitere 1,9 Mrd. Dollar Kredite. Die EG räumte besonders günstige Kredite für 560 Mio. Ecu sowie weitere Darlehen zu Marktbedingungen von 115 Mio. Ecu ein. Ein drittes Vorhaben über 600 Ecu liegt wegen des Militärputsches seit 1981 auf Eis. Verbunden mit der Kreditvergabe war die Forderung nach Umstrukturierung der Wirtschaft. Das Programm Özals sieht dementsprechend aus: Senkung und Streichung öffentlicher Subventionen; Anreize für private Investitionen; Lohnsenkungen, Streikverbot, Aufhebung der Preisbindung; Liberalisierung der Handelsbestimmungen und Steuergesetze. Derzeit werden vier Freihandelszonen eingerichtet, in denen die Kapitalisten keinerlei Steuern und Außenhandelsabgaben zahlen, Kapital und Gewinne unbeschränkt transferiert werden können, Streiks und Aussperrungen für zehn Jahre verboten sind, Vorschriften über Qualität und Preise aufgehoben sind und insbesondere Niedriglöhne vereinbart werden dürfen. Diese Maßnahmen zielen vor allem auf ausländische Investoren, denn trotz aller „Liberalisierung“ machen die ausländischen Investitionen in der Türkei erst 0,2% der weltweiten Auslandsinvestitionen aus.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei vom imperialistischen Ausland zeigt sich auch in einem deutlichen Leistungsbilanzdefizit. Die Importe übersteigen die Exporte um 3,6 Mrd. Dollar. Die Steigerung der Exporterlöse, von denen 60% in die Schuldendeckung gehen, soll vor allem durch den industriellen Sektor gelingen — für den wiederum Investitionsgüter importiert werden.

Zufrieden sind die Imperialisten dennoch nicht: Die Kreditzinsen von 120% schreckten Investoren ebenso ab wie die Inflationsrate von fast 70%. Europäische Banken und Kapitalistenverbände warnten vor sozialen Unruhen: Verschlechterte sich die Lebenslage der Arbeiter weiter, bedrohe dieses Protestpotential die Stabilität. Özal selbst mußte inzwischen eingestehen, daß er ein Scheitern seiner Regierung für möglich halte. — (Mak)

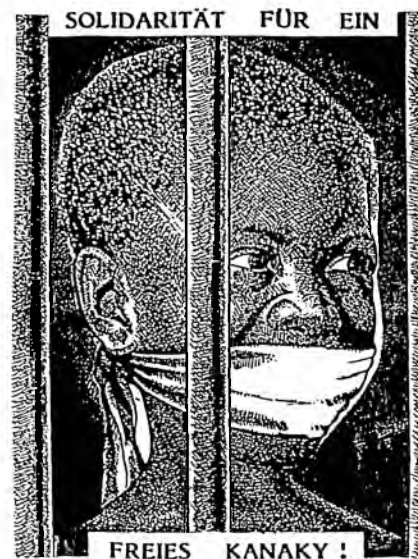
Kanaky

Kampf um Unabhängigkeit

Im folgenden veröffentlichen wir aus Verlautbarungen der kanakischen Befreiungsfront FLNKS über neue Entwicklungen der französischen Kolonialpolitik und des Kampfes des kanakischen Volkes. — (sie)

„Neu-Kaledonien“: Das kanakische Volk kämpft um seine Unabhängigkeit von Frankreich

Die UN-Vollversammlung hat am 2. 12.86 mit überwältigender Mehrheit — die BRD stimmte mit Frankreich dagegen! — „Neu-Kaledonien“ in die Liste der zu entkolonisierenden Länder und Völker aufgenommen und diese Ent-



scheidung am 28.10.87 noch einmal bestätigt. Die „neu-kaledonischen“ Inseln wurden 1853 von Frankreich annektiert. Damals wohnten dort 60000 Kanaken. Nach zwei von 5000 Soldaten der französischen Armee blutig niedergeschlagenen Aufständen 1878 und 1917 waren es nur noch 27000! Heute, 1988, leben wieder ca. 70000 Kanaken in ihrem Land. Ihnen stehen 11000 von Frankreich entsandte Soldaten . . . und kaserierte Polizisten . . . gegenüber. Haben 5500000 Franzosen 70000 Kanaken den Krieg erklärt? Die Bevölkerung der Insel Ouvéa hat es so verstanden. Gemeinsam beschloß sie, die Gendarmerie-Station zu entwerfen. Da die Gendarmen sofort Schüsse abgaben, kam es zur Tragödie: Zwei Kanaken wurden verletzt, drei Gendarmen getötet. Alle anderen Gendarmen wurden in einer unterirdischen Höhle als Kriegsgefangene festgehalten. Ziel: Ernennung eines Vermittlers durch die französische Regierung, um gemäß den UN-Resolutionen

gemeinsam einen Plan für die Unabhängigkeit auszuhandeln. Statt zu verhandeln, ließ die französische Regierung die Höhle am 5.5.88 durch die Operation „Viktor“ gewaltsam stürmen. Bilanz: ein einseitiges Massaker. Alle Gefangenen waren gesund und unverletzt und wurden so befreit. 19 Kanaken wurden ermordet, z.T. nachdem sie sich bereits ergeben hatten. Aufgrund der Ereignisse von Ouvéa wurden 31 Kanaken festgenommen und per Militärflugzeug in französische Gefängnisse abtransportiert.

Gezielte Einwanderungs- und Siedlungspolitik

„Wir werden nicht die letzten Mohikaner des Pazifiks sein“, warnte noch kürzlich Jean-Marie Tjibaou, Präsident der provisorischen Kanakischen Regierung, in einer Botschaft an das französische Volk.

Für den 24. April 1988 jedoch hatte die französische Regierung in Kanaky gleichzeitig mit der 1. Runde der französischen Präsidentschaftswahl Wahlen über ein neues Statut — das 14. in wenigen Jahren — angesetzt. Durch dieses Statut sieht sich das Volk der Kanaken als Volk mit eigener Identität praktisch ausgelöscht. Dem kolonisierten Volk, seit über 100 Jahren zielstrebig in die Minderheit gebracht, soll nun definitiv der Garaus gemacht werden.

Der Nickel-Boom der 70er Jahre — Kanaky verfügt über ca. 25 % der Welt-Nickelreserven — wurde von Frankreich zum Ausgangspunkt genommen, um durch eine gezielte Einwanderungs- und Siedlungspolitik die Kanaken endgültig, d.h. auch zahlenmäßig zur Minderheit im eigenen Land zu machen. Mit der Volkszählung von 1983 konnte erfolgreicher Vollzug gemeldet werden: Die Kanaken bildeten nunmehr nur noch 42 % der neu-kaledonischen Bevölkerung. Damit konnte ein sog. „Referendum über die Unabhängigkeit“ gewagt werden. Ein solches Vorgehen widersprach allerdings klar dem UN-Beschluß vom 2.12.86, der deutlich feststellt, daß Neu-Kaledonien und die Kanaken zu den entkolonisierenden Ländern und Völkern gehört, so daß über die Unabhängigkeit allein das kolonisierte Volk, also die Kanaken, zu entscheiden hätten. Dennoch fand am 13.9.87 ein sog. „Referendum“ statt. Von der FLNKS, der kanakischen Befreiungsbewegung, zum Boykott aufgerufen, verweigerten gut 82 % der Kanaken die Teilnahme an der Abstimmung. Bei einer daraus resultierenden Wahlbeteiligung von 58,9 % sprachen sich 98,3 % der Wählenden dafür aus, als Franzosen weiterhin Franzosen zu bleiben. Bereits 1984 war unter einer sozialistischen Regierung der Widerstand an einem neuen Autonomie-Statut entflammt. Die im März 1986 in Frankreich neu gewählte rechte Regierung ersetzte den Neo-Kolonialismus der Sozialisten durch platt-repressiven Kolo-

nialismus schlimmster Prägung. Polizei und Militär „nomadisierten“ wie im Algerienkrieg rund um die kanakischen Stämme und Dörfer. Die lokale Rechte und extreme Rechte, in der ehemalige Algerien-Franzosen eine wichtige Rolle spielen, baute ungehindert Milizen auf, legte Waffenlager und „Abschußlisten“ an.

Unterstützt unsere kanakischen Brüder

Appell des Komitees der Familien der kanakischen politischen Gefangenen von Ouvéa

31 Angehörige unserer Stämme und Familien in Ouvéa sind gefangen genommen worden, weil sie für die *Befreiung ihres Landes* gekämpft haben. Unter unmenschlichen Bedingungen — einige waren schwer verletzt — wurden sie von „Neu-Kaledonien“ nach Frankreich . . . (deportiert.)

Sie wurden ihren Familien, ihren Freunden entrissen und sind heute voneinander und von der äußeren Welt isoliert, haben kaum Kleidung, sind kulturell entwurzelt. Wir vertrauen sie Euch an. Die 31 kanakischen politischen Ge-

fangenen aus Ouvéa brauchen moralische und menschliche Unterstützung, um selbst im Gefängnis weiter kämpfen zu können, um noch an die zukünftige Unabhängigkeit und an ein sozialistisches Kanaky glauben zu können.

Wir, das Komitee der Familien aus Ouvéa, appellieren daher an unsere Freunde in Europa, finanziell und moralisch eine „Patenschaft“ für unsere gefangenen kanakischen Brüder zu übernehmen . . .

Ebenso appellieren wir an unsere europäischen Freunde. Denn das Komitee der Familien benötigt enorme Finanzmittel, um einerseits die aus der Gefangenschaft entstehenden Bedürfnisse unserer Brüder erfüllen zu können, um andererseits den *Prozeß gegen den Kolonialismus und die an der Menschheit im Kanakischen Volk begangenen Verbrechen* vorbereiten zu können.

Für das Komitee der Familien — Djim Ounéi, Vertreter des FLNKS in Europa Kontaktpersonen in der BRD: D. und A. Piermont, Postfach 210232, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/1873 oder 169198; Spendenkonto: A. Piermont, wg. Kanaken, Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 22002067, BLZ 38050000

Schweiz

Basler Regierung räumt Zentrum gegen breiten Widerstand

Über 7000 Menschen demonstrierten am 25. Juni in Basel gegen die von der Regierung des Kantons Basel-Stadt durchgesetzte polizeiliche Räumung der „Alten Stadtgärtnerei“. Damit erreichten die Protestaktionen gegen die Politik der Basler Regierung einen vorläufigen Höhepunkt. Am Morgen des 21. Juni

hatten starke Polizeikräfte mehrere hundert Besetzer von dem als alternatives Kultur- und Kommunikationszentrum genutzten Areal vertrieben. unmittelbar danach wurden die Gebäude und Glashäuser der Stadtgärtnerei abgerissen.

Auf die massiven Proteste gegen den Abriß reagierte die Staatsmacht mit bru-



Zürich 1980: Tagelange, schwere Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Demonstranten und brutal vorgehenden Polizeieinheiten



Nach vier Tagen endete der Anfang Juli begonnene Streik der knapp 10000 Arbeiter des mexikanischen VW-Werkes in Pueblo mit einer Lohnerhöhung um 25 %. Die unabhängige Betriebsgewerkschaft von VW hatte 48 % gefordert, die VW-Geschäftsleitung nur 22 % geboten. Ebenso wie in den zwei vorausgegangenen Lohnkämpfen 1987/88 konnten die VW-Arbeiter die Lohnsenkungen nicht vollständig auffangen. Neben massiven Lohnsenkungen will die VW-Geschäftsleitung zusätzlich über 1500 Beschäftigte wegrationalisieren, um, wie der VW-Mexiko-Chef M. Josephi bereits 1987 ankündigte, „in den Kosten schlanker“ zu werden. Nach Schließung des US-Werks beabsichtigt VW, von Mexiko und Brasilien her eine Exportoffensive einzuleiten. — (sie)

Brasilien: Militär gegen Streikende

Ende Mai streikten die 25000 Arbeiter des staatlichen Stahlkonzerns CSN in Volta Redonda für drei Tage. Sie verlangten Lohnerhöhungen um 105 %. Die Löhne werden durch die hohe Inflationsrate, die von Mai 1987 bis Mai 1988 360 % und im Mai 1988 immer noch fast 20 % betrug, auf einen Elendsstandard gedrückt. Zudem verlangten sie die Wiedereinstellung der 1987 während eines Streiks entlassenen Kollegen. Nachdem die Regierung das Stahlwerk von über 600 Militärs mit zehn gepanzerten Fahrzeugen besetzen ließ, mußte die Gewerkschaft den Streik absagen.

Anfang Juni streikten die Stahlarbeiter erneut, ohne jedoch ihre Forderungen durchsetzen zu können. — (sie)

USA: Betriebs-schließungsgesetz

Senat und Abgeordnetenhaus haben mit vetosicherer Mehrheit ein Betriebs-schließungsgesetz verabschiedet, wonach erstmals den Firmen eine Informationspflicht bei Massenentlassungen und Schließungen auferlegt wird und die Beschäftigten einen Kündigungsschutz erhalten. Nach einer Untersuchung des Arbeitsministeriums wurden 1987 64 % der Beschäftigten überhaupt nicht über Massenentlassungen informiert, weitere 16 % erst kurz vor der Entlassung. — (sie)

Italien: Streikrecht eingeschränkt

Mitte Juli beschloß der italienische Senat ein Gesetz über die Neuregelung des Streikrechts im öffentlichen Dienst. Außer den Republikanern und der revolutionären Linken stimmten alle anderen Parteien dem Gesetz zu. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Der von der Regierung eingebrachte Entwurf garantiert einerseits das Recht auf Streik, andererseits auch das „Recht des Bürgers“ auf elementare öffentliche Dienstleistungen. Im Gesundheitswesen, dem Transport, der Herstellung und Verteilung von Energie, dem Zivilschutz, der Justizverwaltung, der Post einschließlich Fernmeldewesen, Funk und Fernsehen, dem Erziehungswesen, der Zolllabfertigung für verderbliche Ware sowie der Müllabfuhr darf künftig nur mit bestimmten Auflagen gestreikt werden. Streiks müssen fünf Tage vorher angekündigt werden. Weiter muß eine „Norm“ erfüllt werden, wonach in den bestreikten Sektoren eine Mindestversorgung garantiert werden muß, anderenfalls kann die Regierung Beschäftigte zwangsverpflichten. Eine Regreßpflicht für Gewerkschaftsverstöße ist vorgesehen, Ausführungsbestimmungen stehen noch aus. Der verabschiedete Gesetzentwurf beschränkt zudem die Teilnahme an Tarifverhandlungen auf die großen Gewerkschaften wie die CGIL, die CISL und die UIL, die dem vor dem Inkrafttreten stehenden Gesetzentwurf weitgehend zustimmten. Basiskomitees (Cobas) zum Beispiel der Lokomotivführer rufen zu Streiks gegen das Antistreikgesetz auf, die schon Ende Juli beginnen sollen. — (sie)

talen Übergriffen: Knüppel- und Reizgaseinsätze, Festnahmen und Mißhandlungen waren an der Tagesordnung, mehrere Tage lang verhängte die Polizei ein Versammlungs- und Demonstrationsverbot. Bei den Demonstrationen im Anschluß an die Räumung wurde CN- und CS-Gas eingesetzt, Polizeieinheiten schossen mit Gummigeschossen wahllos in die Menge. Unter dem Schutz der Polizei wüteten Schlägerbanden (nach Recherchen einer Basler Zeitung eine Gruppe, die sich „Hooligans“ nennt und aus einer Fußballfan-Bande hervorgegangen ist) unter den Demonstranten. Verhaftete wurden von Polizisten bei der Festnahme und in den Zellen verprügelt. Mindestens 85 Menschen wurden im Zusammenhang mit der Räumung und den Demonstrationen in den darauffolgenden Tagen festgenommen.

Nach der Räumung hatte der verantwortliche Polizeidirektor Schnyder Be-

richte, wonach solche Schlägertrupps im Einvernehmen mit der Polizei Demonstranten mit Eisenstangen zusammenschlagen hätten, als „Seiltrick“ der Linken abgetan, um die Polizei zu diffamieren. Daraufhin meldeten sich bei der Redaktion der „Basler Zeitung“ mehr als zehn Personen, die glaubhaft berichteten, solche Szenen miterlebt zu haben. Eine Untersuchung steht bis heute aus. Unter ungeklärten Umständen wurde bei den Auseinandersetzungen in der Nacht nach der Räumung ein Feuerwehrmann schwer verletzt, als er von einem Molotow-Cocktail getroffen wurde. Die Polizei macht, ohne konkrete Anhaltspunkte dafür zu haben, die Demonstranten dafür verantwortlich, die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchter Tötung. Durchaus möglich wäre es, daß der Molotow-Cocktail von einem Mitglied der „Hooligans“ geworfen wurde, die Tage zuvor dabei beobachtet wurden, wie sie Benzin in Flaschen abfüllten.

Mit der Räumung der „Alten Stadtgärtnerei“ hat die bürgerliche Regierungsmehrheit in Basel (die konservativ-liberalen Parteien FDP, LDP/DSP sowie die faschistische NA) einen seit zehn Monaten andauernden politischen Konflikt mit einer Säuberungsaktion gewaltsam beendet. Ende August vergangenen Jahres war ein bis dahin bestehender Nutzungsvertrag der auf dem Areal der Stadtgärtnerei tätigen politischen und kulturellen Initiativen ausgelaufen. Die Regierungsmehrheit plant dort einen „Grünpark“ mit Bar und Buschlaufe. Schon vor Ablauf des Nutzungsvertrags waren dagegen über 5000 Unterschriften gesammelt worden. Den verschiedenen Gruppen, die das Gelände auch nach Ablauf des Nutzungsvertrags für vielfältige Veranstaltungen, Treffen und Konzerte nutzten, gelang über eine breite Öffentlichkeit eine breite Verankerung des Projekts. Das zeigte sich am deutlichsten am 8. Mai 1988, als in einer

Azania: Entlassungen nach Streik

Der Gewerkschaftsverband COSATU klagte Ende Juni die Nichtwiedereinstellung von 227 Arbeitern in fünf Betrieben an, die während des Streiks von COSATU und NACTU Anfang Juni u.a. gegen das neue Arbeitsgesetz entlassen worden waren. Die 227 Arbeiter gehören der Gewerkschaft für Angestellte im Getränke- und Lebensmittelbereich sowie der Gewerkschaft der Chemiarbeiter an. COSATU kündigte Maßnahmen zu ihrer Wiedereinstellung und für Rücknahme des Arbeitsgesetzes an. — (sie)

Namibia: Generalstreik

Der größte Generalstreik in der Geschichte Namibias fand am 20./21. Juni statt. Über 70000 Arbeiter beteiligten sich daran, nachdem die Forderungen des Nationalen Verbandes der Namibischen Arbeiter abgelehnt worden waren. In Windhuk beteiligten sich zwischen 70 und 90 % der Beschäftigten an dem Generalstreik. Die Diamantenmine CDM in Oranjemund und die Uraniummine Rössing in Arandis wurden zu 100 % bestreikt. Die südafrikanische Regierung setzte Militär ein, um gegen die Aktionen der Gewerkschaften vorzugehen. Im Windhuker Township Katutura patrouillierte ständig ein großes Aufgebot von Militär. Zahlreiche Namibier wurden festgenommen. Die Gewerkschaften forderten mit ihrem Generalstreik u.a. den Abzug des südafrikanischen Militärs von den Schulen und aus den schwarzen Wohngebieten und die Freilassung der politischen Gefangenen. Der Generalstreik folgte auf den zweimonatigen Streik der namibischen Schüler, die sich

dem Generalstreik anschlossen. Ein hochrangiges Mitglied der Marionettenregierung in Namibia äußerte die Befürchtung, daß nach Schulboykott und Generalstreik der Kampf um die Unabhängigkeit Namibias einen Aufschwung erzielt habe. — (sie)

Keine Amnestie für politische Gefangene

Der französische Justizminister Arpaillage verfügte Anfang Juli die Aufhebung der Einzelhaft für wegen sogenannter terroristischer Delikte verurteilte oder in Untersuchungshaft befindliche Gefan-

gene. Ob darunter auch *alle* Gefangenen der Action Directe fallen, bleibt abzuwarten. Die sozialistische Regierung deutete aber an, daß wegen Mordes Angeklagte bzw. Verurteilte ausgenommen bleiben sollen. Die AD-Gefangenen hatten in monatelangen Hungerstreiks zu Beginn des Jahres gegen Haft- und Prozeßbedingungen gekämpft. Die politische Rechte lief im Parlament Sturm gegen die Verfügung: Die Gefängnisse würden zu „Terrorismuszentralen“. Bei der Verabschiedung eines Amnestiegesetzes im Parlament wurden die politischen Gefangenen ausdrücklich ausgenommen. — (sie)



Ca. 1 Mrd. US-\$ soll der achtmonatige Aufstand der palästinensischen Massen Israel bislang gekostet haben. Über 50 % des bisherigen Haushalts Israels verschlingen Ausgaben für Militär, Zinsen und Tilgung von Schulden. Seit Monaten halten im israelischen Gesundheitswesen die Auseinandersetzungen an. Die Krankenhäuser arbeiten nur nach einem reduzierten Plan. Anfang Juli gingen 3000 Krankenschwestern in die „Ferien“ und über 1000 Fahrer begannen einen Streik, sie fordern allesamt höhere Löhne. Die Regierung verlangt zur Sanierung des „Roten Davidsterns“ die Stilllegung der Hälfte der Gesundheitsstationen und eines Teils des Fuhrparks. Zwischen 15000 und 50000 Israelis warten auf Operationen. Die Regierung beabsichtigt, diese durch zusätzliche Überstunden in den nächsten neun Monaten nachholen zu lassen. — (sie)

Volksabstimmung über die Frage der zukünftigen Nutzung des Areals 44% der Basler für den Erhalt der „Alten Stadtgärtnerei“ stimmen. Die Hoffnungen, daß der Basler Regierungsrat nach einem so knappen Ergebnis einlenken würde und in einen — von den „StadtgärtnerInnen“ mehrfach angebotenen — Dialog über eine Einigung zu beiderseitigem Nutzen eintreten würde, erwiesen sich jedoch als trügerisch. „Die Benützer werden aufgefordert“, hieß es in einem Kommuniqué des Regierungsrats vom 31.5., „das Areal der Alten Stadtgärtnerei bis zum 6. Juni 1988 zu räumen.“ Dem Volksentscheid vom 8.5. müsse „Nachachtung“ verschafft werden. Offenbar ging es der Basler Regierung längst nicht mehr nur um ihre konkreten Parkpläne; sie wollte mit den sich in der und um die „Stadtgärtnerei“ sammelnden Gruppen und Initiativen aufräumen.

Diese Politik setzte die bürgerliche

Regierungsmehrheit gegen eine — insbesondere in den Wochen vor der Räumung — immer breiter werdende Solidaritätsbewegung für die Nutzer der Stadtgärtnerei durch, die bis weit ins bürgerliche Lager selbst reichte. Die „Progressiven Organisationen der Schweiz“ (POCH) und die Grüne Partei griffen den Basler Regierungskurs ebenso an wie die sozialdemokratische SP. Die beiden Regierungsräte der Basler SP distanzieren sich mit einer persönlichen Erklärung vom Entscheid der Regierung — ein für die Schweiz durchaus ungewöhnlicher Vorgang, wo die Regierung entsprechend der Mehrheitsverhältnisse aus Vertretern der gewählten Parteien besteht und Konsensentscheidungen wichtig sind. 500 Schüler streikten in der Woche vor der Räumung, Studenten der Basler Hochschule riefen zum Vorlesungsboykott auf, namhafte Einzelpersonen, wie etwa der Direktor des kantonalen Lehrerseminars, protestierten

gegen den Räumungsentscheid der Basler Regierung.

Die bürgerlichen Parteien versuchen nun, die Opposition zu spalten. Sie wollen zum einen die SP-Regierungsräte zum öffentlichen Bekenntnis zwingen, ihr Protest gegen den Räumungsbeschluß habe zu „Gewalttaten“ ermutigt. Zum andern läuft eine öffentliche Hetzkampagne gegen „friedliche“, durch Randalierer „mißbrauchte“ Demonstranten, die, so Polizeichef Schnyder, als „Schutzschilder“ für die „Chaoten“ fungiert hätten. Ob diese Befriedigungstaktik der Reaktion aufgeht, ist durchaus nicht sicher. Die über 7000, die trotz Einschüchterung und Hetze, trotz Demonstrations- und Versammlungsverbots gegen die Räumung demonstrierten und von der Stadt ein Ersatz-Areal forderten, zeugen von der Stärke der Opposition.

Quellenhinweis: WoZ. Nr. 22, 3.6., Nr. 26, 1.7., Nr. 27-29, 8.7. - (jüg)

— Veröffentlichungen —

Nachschlagewerk über westdeutsche Konzerne

„Informationen über die Mächtigen in unserem Land“ verspricht der Verlag mit einem Nachschlagewerk über die hundert größten Konzerne in der BRD, ihre Beteiligungen, Vorstände und Aufsichtsräte. Auf 298 Seiten zusammengetragen, fallen diese Informationen freilich oft ziemlich kurz aus. So erwähnt der Verfasser bei der Karstadt AG als Eigentümer u.a. „mehrere private Großaktionäre“. Daß dazu u.a. die Familie Opel zählt, fehlt. Solche Nachsicht gegenüber den reichen Familien, die diese Konzerne steuern — oft nur über geringe Beteiligungen — und die Profite kassieren, durchzieht leider das ganze Buch. „Die zwölf Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank sind die wahren Eigentümer der Republik“, behauptet der Verfasser im Vorwort. Dieser Irrtum wird ihn wohl dazu verleitet haben, bei zahlreichen Konzernen die dahinter agierenden großen Familien nur am Rande zu erwähnen. Immerhin: Daß der Baron von Finck mit 6% an der Allianz beteiligt ist, die Familie Siemens mit über 10% am Siemens-Konzern, die Familie Quandt die BMW-Mehrheit besitzt, erfährt man ebenso wie viele Verbindungen der aufgeführten Konzerne zum Rüstungs- und Nukleargeschäft. Auch die neuesten Umsatz- und Beschäftigtenzahlen aller Unternehmen sind zusammengetragen. Als Nachschlagewerk über Konzerne ist das Buch deshalb brauchbar, über die wirklichen Eigner dieser Konzerne erfährt man aber bei Autoren wie Engelmann entschieden mehr.

(Rüdiger Liedtke, Wem gehört unsere Republik? Eichborn Verlag, Ffm. 1988, 298 S. — rül)

„Machtmanagement“ und „Deutsche Fragen“

Michael Stürmer, Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte in Erlangen, Kanzlerberater und -redenschreiber, hat seine FAZ-Ergüsse von 1985 bis 88 in einem Bändchen zusammengefaßt: „Deutsche Fragen oder Die Suche nach der Staatsraison“. Wer sich kurz und bündig einen Eindruck von der CDU-Strategiediskussion verschaffen will, findet hier offene, geballte großdeutsch-europäische Antworten.

Hauptanliegen Stürmers ist, in der aktuellen NATO-Debatte und bei der weiteren Ausgestaltung der EG/WEU für ein europäisches Neuordnungskonzept im Interesse des BRD-Imperialismus die größtmögliche Zustimmung innerhalb dieser Kriegsbündnisse zu erreichen: „Dem Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes können sich die Deutschen nicht entziehen, ohne Scha-

den zu nehmen an ihrer Seele und an der Republik. Aber die weltpolitischen Bedingungen und Folgen der Deutschen Frage zu vergessen, ist auch nicht erlaubt. Das deutsche Interesse stellt vorerst drei Aufgaben: Das wirtschaftliche Gewicht der Bundesrepublik für das freie Europa einzusetzen, *durch* Europa ihre politische Verwundbarkeit aufzuheben und *mit* Europa die Ost- und Deutschlandpolitik zu entwickeln.“ (Hervorh. im Org.) Stürmer plädiert auf allen Gebieten für ein „High-Tech-Europa“, in dem die „deutschen Stärken in Wirtschaft, Finanzen und Technik“ voll zur Geltung gebracht werden, für ein „kaltblütiges und verantwortliches Machtmanagement im westlichen Bündnis“ und für eine NATO-/EG-einheitliche Interpretation der deutschen Geschichte: „Dieses Land leistet viel für Freiheit und Sicherheit des Westens ... Es hat gegen die von Hitler ruinierte Nationalgeschichte 40 Jahre verantwortungsvoller Politik und demokratischer Kultur in die Waagschale zu werfen. Zählt das alles nichts? ... Ein Bündnis aber braucht einen gemeinsamen Boden ... man kann, von außen gesehen, auf die Dauer nicht beides haben: Die guten Deutschen im Bündnis und die bösen Deutschen als Maßstab moralischer Verworfenheit ...“ (geschrieben aus Anlaß der weltweiten Kritik am Bitburg-Gang von Reagan und Kohl).

Stürmer, ganz im Sinne Noltes, „kritisiert“ den deutschen Faschismus als Teil des „Weltbürgerkrieges seit 1917“, als radikale „Anti-Revolution“ gegen alle anderen Revolutionen, also im Kern als Reaktion auf die Oktoberrevolution. Und entsprechend diesem Geschichts- und Feindbild sind auch schon die aktuellen Gegner ausgemacht: „Es gibt im Lande eine Illusion des Friedens, die vorgreifende Kapitulationen umfaßt“, also Kampf der Wehrunwilligkeit! Sodann graut es Stürmer vor denjenigen, die „in selbstgestrickten Sweatern“ „Zweifel an Wissenschaft und Technik“, Marke Wackersdorf oder nach Art des Hauses Daimler-Benz, haben und in ihrem Protest dagegen nicht stehen bleiben vor den „Normen der parlamentarischen Demokratie und dem Friedensgebot des Rechtsstaates“ und wirft die Frage auf: „Hat heute aber jene Volksfront- und Antifa-Mythologie wieder Zukunft in Medien und Parteien ... Trägt der antitotalitäre Konsens der Verfassung noch, gegen die nationalsozialistische Vergangenheit gerichtet und gegen die kommunistische Gegenwart, gar gegen eine solche Zukunft?“ Wenn einer wie Stürmer „schmerzhaft Überprüfungen“ dieser Opposition fordert, drängt sich einem die historische Frage auf: à la Wehrmachtsgerichte oder KZ? — (mab)

DGB zur Deregulierung des Fernmeldewesens

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat Gerd Junne von der Universität Amsterdam eine Literaturstudie über technologiepolitische Perspektiven einer Deregulierung des Fernmeldewesens erstellt. Auf der Grundlage reichhaltiger Literaturauswertungen hat der Autor die Entwicklung in den USA, Japan und Großbritannien untersucht. In diesen drei Ländern ist die Deregulierung und Privatisierung des Fernmeldebereichs am weitesten fortgeschritten, sie wurden von der Regierungskommission Fernmeldewesen als Positivbeispiele angeführt.

Der Autor nahm die behaupteten Vorteile der Deregulierung zur Grundlage seiner Gliederung und führte jeweils für die drei Länder die aus ersten Untersuchungen erkennbaren Entwicklungen an. Zunächst führt er die speziellen Ausgangsbedingungen an, danach kommt er zu den Auswirkungen: Die Entwicklung der Konkurrenz im Fernmeldewesen; das Investitionsvolumen; die Auswirkungen auf die Industriestruktur; die Veränderungen der Innovationsfähigkeit; die Beschäftigungseffekte der Deregulierung; die Auswirkungen auf das Preisniveau und die Tarifstruktur; die Auswirkungen auf die Qualität des Services.

In den ersten Punkten kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß die Zulassung von konkurrierenden Fernmeldegesellschaften nicht weniger, sondern detailliertere staatliche Eingriffe notwendig macht. Zur genauen Bestimmung der Operationsbedingungen und damit die alte Monopolgesellschaft neue Mitbewerber nicht niederkonkurriert. Es kommt zu einer internationalen Konzentration, da der nationalstaatliche Schutz der nationalen Unternehmen entfällt. Deswegen treten gerade die großen Telekommunikations-Unternehmen für die Deregulierung ein.

In den drei untersuchten Ländern kam es zu einer Umverteilung zugunsten des Unternehmenssektors durch eine Senkung der Ferntarife und Erhöhung der Ortstarife. Ebenso kommt es — entgegen den potentiellen Möglichkeiten der Telekommunikation — zu einer Verstärkung der regionalen Unterschiede, da der Ausbau der Netze vor allem zwischen den Zentren stattfindet. Die Privatisierung schafft die Möglichkeit der Rationalisierung, da gewachsene Schutzrechte durch das Argument der Konkurrenz ausgehebelt werden. Die Folge ist eine größere Spreizung der Einkommensverteilung in den Fernmeldeunternehmen.

Die Schrift umfaßt 56 Seiten plus Literaturverzeichnis. In den einzelnen Kapiteln werden in kurzer Zusammenfassung die festgestellten Ergebnisse dokumentiert. Wer genauere Kenntnis

gewinnen möchte, wird auf die in der angegebenen Literatur vorhandene ausführliche Dokumentation verwiesen. Als umfassende Informationsgrundlage über die behaupteten Vorteile der Deregulierung und Privatisierung des Fernmeldewesens ist sie gut verwendbar.

(Technologiepolitische Perspektiven einer Deregulierung des Fernmeldewesens; Informationen zur Humanisierung der Arbeit und zur Technologiepolitik vom 4. Mai 1988; DGB) — (thh)

Befreiungspädagogik in Südafrika

Autoren des Buches „Schule und Erziehung gegen Apartheid — Befreiungspädagogik in Südafrika“ sind Ludwig Helbig und Neville Alexander. (Verlag: ISP-Pocket 34, Frankfurt am Main 1988) Helbig kennt die Ereignisse der letzten Jahre im besetzten Azania als politischer Tourist, trotz des internationalen Aufrufes: „Boykottiert Südafrika“. Er bringt Beiträge, die sich auf bloße Fakten beschränken, aber in seinen theoretischen Erklärungen ist er schwach. Neville Alexander nimmt an der politischen Entwicklung im Lande teil als Aktivist und Theoretiker. Als Sprecher der Studentenschaft hat er der alternativen Erziehung wesentliche Impulse gegeben.

Auf Seite 53 schreibt Helbig: „Als Außenstehender sollte man vorsichtig sein bei der Bewertung innersüdafrikanischer Kontroversen.“ Unmittelbar darauf greift er aber die vom PAC geführte afrikanistische Strömung an: Er wie auch Alexander sprechen sich beide für die Unterwanderung statt die Zerschlagung des Siedlerausbildungssystems aus, und Helbig kritisiert ausdrücklich azanische Pädagogen wie Es'kai Mphahlele, der für ein antikolonialistisches Erziehungswesen eintritt, das nicht neben dem jetzigen Erziehungswesen existieren kann. Konsequenterweise kritisiert er auch nicht das Hauptübel Kolonialismus.

Ärgerlich ist, daß der ANC erwähnt, der PAC dagegen totgeschwiegen wird. Alexander stellt BCM (Black Conscious Movement) so dar, als ob sie die Werke der von ihm hochgeschätzten Theoretiker Grossi und Paulo Freire bedingungslos übernommen hätten. Das trifft nicht zu.

Helbig und Alexander scheinen den Trend — zweitklassige Bücher über Azania in der BRD zu verbreiten — fortzusetzen. Das Buch wirbt für die finanzielle Unterstützung des Khanya-College, ein alternatives Erziehungsprojekt, geleitet von Alexander in Johannesburg und Kapstadt. „Zugleich stellt die Verbindung mit einer US-Universität einen gewissen Schutz des Khanya-College vor staatlicher Repression dar ... das Khanya-Colleg ist zugleich eine ‚Nebenstelle‘ der Universität von Indiana in den USA.“ (S. 123, 126) — (pm)

Bertelsmann Stiftung

Preisverleihung für „innovative“ Tarifpolitik

Der weltgrößte Medienkonzern Bertelsmann unterhält eine Stiftung. Sieben Mio. DM stehen jährlich für „kreative Stiftungsarbeit“ zur Verfügung. Seit 1977, dem Gründungsjahr, sind es über 38 Mio, womit der Konzern Forschungsarbeit und Modellversuche in seinem Interesse fördert. „So wie viele Konzepte im Hause Bertelsmann sowohl wirtschaftliche Ursachen haben als auch gesellschaftspolitisch begründet sind, muß auch die Einrichtung der Bertelsmann Stiftung in zweierlei Licht gesehen werden. Die dominierende Zielsetzung bei der Stiftungsgründung ist sicherlich die Sicherung der Unternehmenskontinuität gewesen. Nach den heute abgeschlossenen Verträgen wird die Stiftung später einmal das Kapitalvermögen der Familie Mohn übernehmen“¹⁾, schreibt Reinhard Mohn, Alleinvorstand der Stiftung und Aufsichtsratsvorsitzender der Bertelsmann AG in seinem Buch „Erfolg durch Partnerschaft“. Und weiter heißt es dort: „Die Bertelsmann Stiftung will nicht nur wichtige gemeinnützige Vorhaben finanziell fördern, sondern auch bei der Gestaltung ihrer Förderungstätigkeit die im Hause Bertelsmann vorhandenen fachlichen und führungstechnischen Kenntnisse berücksichtigen.“²⁾

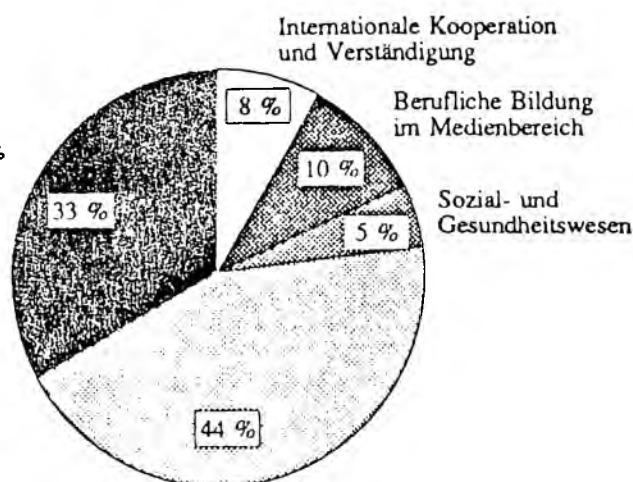
Der gesellschaftspolitische Führungsanspruch des Konzerns kommt u.a. in dem Forschungsschwerpunkt „Führungstechnik und Ordnungsstrukturen“ zum Ausdruck. Mit dem Aufbau eines „entscheidungsorientierten Informations- und Berichtswesens“ sei ein we-

sentlicher Beitrag für ein gestaltendes Krankenhausmanagement bereitgestellt worden.

Eine andere Tätigkeit der Stiftung war die Preisverleihung an die Tarifvertragsparteien Bau, Chemie und Metall. Im April dieses Jahres verlieh die Bertelsmann Stiftung zum erstenmal den Carl Bertelsmann-Preis (300 000 DM). Dieser Preis soll jährlich vergeben werden zur Prämierung von Innovationen, die einen wesentlichen Beitrag zur „Evolution der demokratisch verfaßten Gesellschaft, besonders der Institutionen und Strukturen im Bereich der Wirtschaft und Kommunikation“ geleistet haben. Kurt Biedenkopf, selbst Mitglied im Stiftungsbeirat, hielt die Laudatio zur Preisverleihung. „Wir würdigen damit die Art und Weise, wie diese Leistungen erbracht wurden: Im Geiste der Zusammenarbeit und mit dem Wunsch und dem Ziel, unser Land voranzubringen und den sozialen Frieden zu sichern,“ heißt es dort. Die Rede von Biedenkopf verdiene die Beachtung der Gewerkschafter, kommentiert die DGB Zeitschrift Quelle, und meint, die Jury (Vorsitz: Reinhard Mohn), bestehend aus „sehr prominenten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft“, hätte endlich einmal die Arbeit der Gewerkschaften anerkannt. Doch worum ging es Biedenkopf in seiner Rede, worum geht es dem Medienkonzern und seiner Stiftung. Im ersten Teil seiner Laudatio rühmt Biedenkopf die freie Marktwirtschaft, die mit ihren Bestandteilen der Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie

Hochrechnung 1986/87

Mediennutzung und Leseförderung
darin
Stadtbibliothek Gütersloh 7 %
Medienprojekt
Evangelisch-Südtisches
Gymnasium 13 %



Führungstechnik und
Ordnungsstrukturen

die außerordentlich erfolgreiche Entwicklung dieses Landes ermöglicht hätte. „Ideologische Konfrontationen wurden abgebaut“, die Tarifparteien haben dazu entscheidend beigetragen. „Weil es gelungen ist, und das ist insbesondere ein Verdienst der Beteiligten selbst, die Konflikte, die zwischen den Tarifparteien bestehen, auf das hinzuführen, was wirklich im Streit steht: Die wirtschaftlich unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung einer Ordnung, deren Grundlage wir alle gemeinsam tragen.“

Im einzelnen wurden folgende Ergebnisse der Tarifaueinandersetzungen ausgezeichnet: Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, der Zentralverband des Baugewerbes und die IG Bau wurden ausgezeichnet, weil sie 1955 bereits begonnen haben, Sozialkassen einzurichten, Einrichtungen in gemeinsamer Verantwortung der Tarifpartner, die Stiftung Berufshilfe gegründet zu haben und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand bereits im Jahre 1965 abgeschlossen haben. Der Bundesarbeitgeberverband Chemie und die IG Chemie erhielten den Preis aufgrund des Abschlusses des neuen Entgelttarifvertrages, in dem Unterschiede zwischen Arbeiter und Angestellten abgeschafft wurden. Dies sei ein Abbau sozialer Differenzierung. Weiter wurde gewürdigt der Abschluß des Tarifvertrages Teilzeitarbeit, das Bemühen der Tarifparteien der Chemie, Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß den Weg in die Facharbeiterausbildung zu ermöglichen. Weiter sei anerkennenswert, den Umweltschutz in die Betriebsverfassung aufzunehmen. Die Auszeichnung des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und der IG Metall begründete Biedenkopf mit den ersten Schritten zur Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für Arbeiter im Jahr 1956 und den vielen Anstrengungen, welche die IG Metall zur Klärung des Verhältnisses von Mensch und Technik unternahm, das Rationalisierungsschutzabkommen 1968 und 1978 und die seit 1984 unternommenen Anstrengungen zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in die betriebliche Praxis.

Muß Biedenkopf selber zugeben, daß die Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter Ergebnis erbitterter Kämpfe war, so ist es unverfunden, dafür auch die Gegenseite, die Arbeitgeberverbände, auszuzeichnen. Zum Entgelttarifvertrag der chemischen Industrie haben wir in dieser Zeitschrift schon verschiedentlich Stellung genommen (Politische Berichte 16/87, 22/87 und 8/88). Die Wirkung besteht nicht in der Abschaffung einer Differenzierung, der zwischen Angestellten und Arbeitern, sondern in der Schaffung von viel stärkeren Differenzierungen entsprechend der veränderten Beschäftigungs-

struktur durch die Einrichtung von mehr Lohngruppen als vorher. Nur durch die Anerkennung eines von den Kapitalisten entwickelten Leistungssystems ist Höhergruppierung möglich. Und vor allem werden die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen von den Tarifierhöhungen abgekoppelt. Ebenso der Einbruch, den die Metallkapitalisten bei den Kämpfen um die Arbeitszeitverkürzung erzielen konnten: Die Festlegung, daß tariflich nur die Rahmenbedingungen ausgehandelt werden, die Umsetzung aber auf betrieblicher Ebene erfolgt, führt zur immer stärkeren Anpassung der Arbeitszeiten an den Geschäftsgang der Kapitalisten. Dies hat bei der IG Metall zu Überlegungen gegen Flexibilisierung und Differenzierung in der Tarifpolitik geführt. (Siehe Politische Berichte 9/88).

Wie die Arbeit der Gewerkschaften in Zukunft aussehen soll, das kommt zum

den neu gestellt werden.“ Globale Problemlösungen werden in ihrer Bedeutung zurücktreten. Dies wird insbesondere für das Verhältnis der Gesetzgebung und des staatlichen Handelns gelten. Die Bewältigung der neuen Probleme durch die Nächstbeteiligten wird an Bedeutung zunehmen. Das Verhältnis von staatlicher Gesetzgebung und Tarifautonomie wird in eine neue Entwicklungsphase treten. Für die Bewältigung der anstehenden Veränderungen müsse die Tarifautonomie gestärkt werden. „Und wir müssen darauf achten, daß wir Entwicklungschancen nicht durch voreilige gesetzgeberische Festschreibung versperren.“ Der europäische Binnenmarkt werde zu einer „indirekten Konkurrenz der Sozialsysteme führen, vor allem solange die Finanzierung des Sozialsystems über den Arbeitsvertrag erfolgt.“ Nicht „erkämpfte Rechte“ wur-



Treffen von Arbeitnehmervertretern aus dem Bertelsmann Konzern aus Spanien, Portugal, Italien, Österreich und der BRD.

einen in der Preisverleihung zum Ausdruck, zum anderen hat Reinhard Mohn dazu ausführlich Stellung genommen. „Abschließend möchte ich noch einmal die wichtigsten Forderungen herausstellen, welche die Arbeit unserer Gewerkschaften in Zukunft bestimmen sollten: Kooperationsbereitschaft statt Konfrontationsstrategie; Mehr Selbstverwirklichung in der Welt der Arbeit; Mehr Eigenverantwortlichkeit statt Solidarität; Statt Nivellierung stärker leistungsbezogene Vergütungen; Beteiligung der Mitarbeiter an ihrem Unternehmen; Liberalere und flexiblere Tarifpolitik; Sachgerechte Mitwirkung auf allen Ebenen des Unternehmens.“³⁾

Mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt fordert Biedenkopf die Gewerkschaften auf, sich den neuen Bedingungen zu stellen. „Standortfragen wer-

den gewürdigt, wie es in der „Quelle“ heißt, sondern zum einen wird die Integrationskraft des Tarifvertragssystems beschworen und als Grundlage für die Begrenzung der Klassenaueinandersetzungen gelobt. Als besonders „kreativ“ werden diejenigen Bestandteile der Tarifiergebnisse bewertet, die den Weg für die neuen Verwertungsbedingungen des Kapitals ebnen. Also Niederlagen in den Tarifaueinandersetzungen, Einfallstore für die Angriffe auf Besitzstände und Bedingungen für die Verschärfung der Konkurrenz der Lohnabhängigen untereinander werden ausgezeichnet.

Quellen: (1) Erfolg durch Partnerschaft, Reinhard Mohn, 1986, Seite 75; (2) Seite 77 ebenda; (3) Seite 201 ebenda; Weitere Quellen: Handelsblatt vom 18.4.1988; DGB Zeitschrift Die Quelle, 39. Ausgabe, Mai 1988; Festrede Kurt Biedenkopfs zur Preisverleihung. — (hao)

Erörterungstermin zur WAA

Neunburg vorm Wald. Der Erörterungstermin für die zweite Teilerrichtungsgeheimigung der WAA soll der „demokratischen Beteiligung“ dienen und ist aber ein großes Theater. Anträge der WAA-Gegner: Verlegung in eine größere Halle — abgelehnt; Ablehnung des Veranstaltungsleiters, der Ministeriumsvertreter und des TÜV-Bayern wegen Befangenheit — abgelehnt. Der TÜV-Bayern hat z.B. in einem internen Papier im Zusammenhang mit Gutachten zu Atomanlagen festgehalten: „Nicht der Behörde widersprechen. Vorreden der Behörden — soweit irgend möglich — bestätigen. Anderen Gutachteraussagen nicht widersprechen, auch wenn sie falsch waren.“

Dringlichkeitsanträge der Grünen im Landtag auf Erörterung auch am Wochenende, damit berufstätige Einwanderer teilnehmen können, wurden abgelehnt. Am ersten Erörterungstag kamen etwa 3000 Einwanderer. Die Polizei hat zwei Einwanderer vorübergehend festgenommen („Verdacht auf eine öffentliche Aufforderung zu Straftaten“), weil sie Aufkleber auf dem Auto hatten. — (uth)

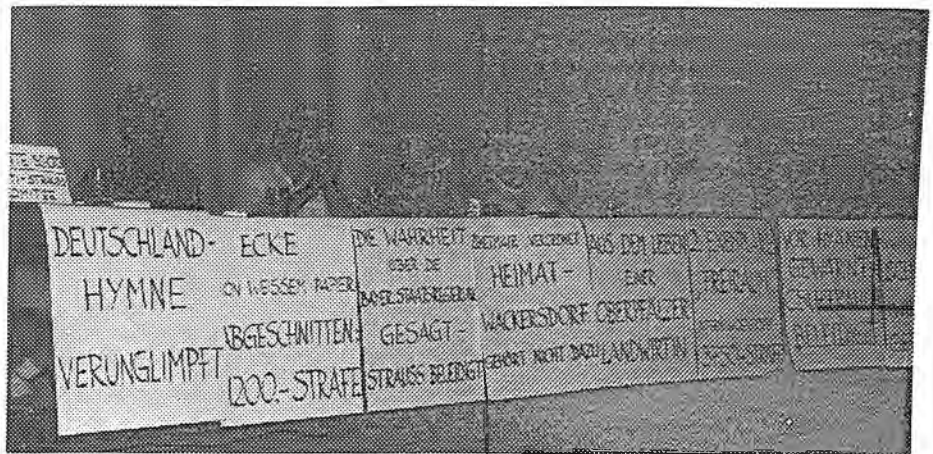
Verfahren in Memmingen nach Abtreibungen

Die Welle von Strafverfahren war in Gang gesetzt worden, nachdem die Kartei eines Memminger Frauenarztes beschlagnahmt worden war. Das Verfahren gegen diesen Arzt wird im Herbst beginnen. 94 Strafbefehle und 5 Verurteilungen sind inzwischen rechtskräftig. 91 Verfahren wurden eingestellt, weil sich in 74 Fällen „kein hinreichender Tatverdacht“ und in 12 Fällen „eine geringe Schuld“ ergab. Der Rest wurde eingestellt, weil der Aufenthaltsort der Beschuldigten unbekannt ist.

Die Staatsanwaltschaft stöberte nach Auswertung von Prozeßaussagen der angeklagten Frauen auch ihre Ehemänner und Bekannten auf und klagte sie an, den Abbruch finanziert oder unterstützt zu haben (z.B. mit Arztadresse). Das Gericht verhängte gegen diese Geldstrafen bis zu 3000 DM.

Inzwischen erhielten alle verurteilten Frauen aus Nicht-EG-Ländern ein Schreiben des Ausländeramtes, in dem es heißt, daß „diese Verurteilung einen Ausweisungsgrund darstellt.“ Die Stadt wolle davon noch einmal absehen und die Verurteilten vorerst nur „ausländerrechtlich verwarnen“. Sobald dem Ausländeramt „neue strafbare Handlungen“ bekannt würden, müßten die Frauen „mit ausländerrechtlichen Maßnahmen zur Beendigung ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik“ rechnen.

Zahlreiche Gruppen kritisieren die „beispiellose Hatz auf Frauen in Not“ und die Ausländerverfolgung. — (baf)



Am 8. Juli fand im Anschluß an eine Veranstaltung des Anti-Strauß-Komitees eine Demonstration zum bayerischen Innenministerium statt. Gauweiler drängte die Stadt, ein Verbot gegen die Demonstration auszusprechen. Die Stadt wies dieses Ansinnen zurück. Auf der Veranstaltung (400 Leute) hielt u.a. der Kurdistan Arbeitskreis einen Beitrag und führte einen Büchertisch durch. — (dil)

Aktion für Barauszahlung der Sozialhilfe

Rendsburg. Am 1.7. besuchten 30 Asylbewerber und der AK Ausländer/Inländer das SPD-Kreisbüro, um endlich die versprochene Abschaffung der Gemeinschaftsverpflegung und Barauszahlung der Sozialhilfe in Kreis und Land praktisch zu fordern. Der Referent des Sozialministers Jansen machte vage Versprechungen wie vierjähriger Ausstieg aus der GMV. Die Regierung will den Landes-Erlaß vom 20.6.86 zurücknehmen, der Kreise und kreisfreie Städte zwingt, Asylbewerber in Sammelunterkünften unterzubringen. Welch ein Hohn. Die SPD-Bundesregierung hat am 1.8.82 im Asylverfahrensgesetz in § 23 festgeschrieben, daß „in jedem Kreis und kreisfreien Stadt mindestens eine Gemeinschaftsunterkunft vorhanden sein“ müßte. In diesen Lagern soll es lt. SPD nach § 120 BSHG weiter Sachleistungen geben. Nur „dezentrale“ Asylbewerber erhalten die Sozialhilfe in bar. Ab 1.10.88 soll ein neuer Erstattungserslaß gelten. — (lus, sah)

Glastrennscheibe im Ausländeramt beseitigt

Goslar. Nach monatelangen Auseinandersetzungen sind die Glastrennscheiben an den Tresen des Ausländeramts am 7. Juni abgebaut worden. Den Entschluß dazu teilte der neue Oberstadtdirektor Primus (FDP) mit. Die Scheiben waren vor ca. zwei Jahren für die im Ausländeramt Beschäftigten eingebaut worden, um sie vor ansteckenden Krankheiten, wie sie vor allem von Asylbewerbern mitgebracht wurden, zu schützen. Obwohl diese unhaltbaren „Gründe“ inzwischen vom Gesundheitsamt widerlegt wurden, weigerte sich der bisherige Oberstadtdirektor, die Scheiben

abbauen zu lassen. Die Initiative zur Förderung des Wahlrechts „Zusammen leben — zusammen wählen“ erreichte mit Unterstützung von GAW (Grün-Alternative Wählergemeinschaft) und SPD im Rat, einer Demonstration mit 40 Leuten und Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Rundfunk) ein kleines Ziel gegen die Schikane im Ausländeramt. — (suo)

Protest gegen Abschiebungen

Westberlin. Am 13. Juli protestierten ungefähr 200 Leute ab sechs Uhr früh auf dem Tegeler Flughafen gegen zwei Abschiebungen. Während auf 3959 Asylsuchende die sogenannte Altfallregelung vom Oktober 87 angewendet wird, so daß sie vorerst nicht abgeschoben werden, will Innensenator Kewenig bei 269 Menschen die Abschiebung unbedingt durchsetzen. Der größte Teil der Betroffenen sind Libanesen. Von den bedrohten Flüchtlingen sind 107 wegen meist geringfügiger Verstöße gegen Straßengesetze als Straftäter eingestuft. Bei den ersten beiden Opfern der geplanten Abschiebewelle handelte es sich um eine Frau aus Ghana und einen Libanesen. Zwei Stunden behaupteten sich die Demonstranten gegen die Polizei, die sie vom Flughafengelände vertreiben wollte. Um die Abschiebungen durchführen zu können, wurden Hamburger Gitter quer durch die Abfertigungshalle aufgestellt. Die Polizei ging hart vor. Eine Demonstrantin erlitt Gehirnerschütterungen, andere wurden getreten und gewürgt. Die Unbarmherzigkeit der Behörden zeigt auch die neue Polizeigeheimsanordnung, die für die Abschiebebehäftigte gilt: Besuchsverbote für Deutsche, Licht aus um 22 Uhr, es wird konsequenter eingeschlossen, dafür ist der Hofgang Pflicht. AL und die „Aktion Fluchburg“ haben aufgefördert, Flüchtlinge zu verstecken. — (chk)

Verlags- und Druckzentrum Stuttgart

Freies Wochenende und Fünftagewoche sind verloren

In der Druckindustrie ist der Manteltarifvertrag (MTV) gekündigt. Die IG Druck und Papier hat angekündigt, daß sie dem Bestreben der Kapitalisten, den Samstag zum Normalarbeitstag zu machen, Einhalt gebieten will. Die Druckkapitalisten haben jedoch in den vergangenen Jahren Tatsachen geschaffen, die sie nicht kampflos aufgeben werden.

Im Verlags- und Druckzentrum Stuttgart wird der noch geltende MTV der Druckindustrie systematisch außer Kraft gesetzt. Das betrifft vor allem die Arbeitszeit. Eine vollständige Übersicht ist unmöglich, denn die Belegschaft ist aufgespalten in z.Z. 13 verschiedene Ein-

richtung abgeschlossen, welche die individuelle Fünftagewoche bekräftigt, außer wenn samstags gearbeitet wird. Doch dann soll gelten: „... es können — auch ungleichmäßig — maximal zehn Arbeitstage auf zwei Wochen verteilt werden.“ Als 1985 die Arbeitszeit verkürzt wurde, stimmte der Betriebsrat einer Betriebsvereinbarung zu, die die Schichten für die Abteilungen unterschiedlich festsetzt und innerhalb der Abteilungen noch weiter aufgegliedert. Zusätzlich gilt Gleitarbeitszeit. Die Betriebsleitung hat so die Arbeitszeiten optimal an den Produktionsablauf angepaßt, statt mehr Arbeitsplätzen gab es weniger, für die Beschäf-

und Korrektur. Aber auch dort wird man mindestens alle sechs Wochen samstags eingeteilt, das bedeutet: Fünf Tage Früh- (Montag bis Freitag), sechs Tage Spätschicht (Samstag bis Donnerstag), ergibt elf Tage am Stück, danach vier Tage frei von Freitag bis Montag. In der Montage und in der Textgestaltung liegt die Sonntagsarbeit ebenfalls vor der Spätschichtwoche. Der freie Tag wird aber erst in der nachfolgenden Frühschichtwoche gewährt. Das bedeutet vier Tage Frühschicht und sechs Tage Spätschicht. Kommt Samstagsarbeit dazu, in der Montage aufgrund von Personalmangel inzwischen alle vier Wochen, so ergibt das im Extremfall zwölf Arbeitstage am Stück. In der Dispo (Layout, Umbruch und Produktionssteuerung) liegt die Sonntagsarbeit vor der Frühschichtwoche, in der auch der freie Tag gewährt wird. Das bedeutet fünf Tage Spätschicht, einen Tag Spätschicht plus vier Tage Frühschicht. Wird samstags gearbeitet, ergibt das sieben Tage Spätschicht am Stück. Hier wird noch zusätzlich gegen die Arbeitszeitordnung verstoßen: Sie verlangt eine Mindestruhezeit zwischen den Schichten von elf Stunden. In der Dispo endet die Arbeit sonntags für die Schicht Nacht-2 zwischen 24 und 1 Uhr. Am Montag beginnt die Tagschicht zwischen 7 und 8.15 Uhr. Die Geschäftsführung argumentiert, daß in der Dispo der freie Tag zu ca. 40 Prozent am Montag gegeben wird. Aber dadurch wird nicht der Verstoß beseitigt, sondern nur die Zahl der Betroffenen gemindert. — (ulk)



Am Bildschirmarbeitsplatz. — Die Druckkapitalisten greifen die Arbeitszeitregelungen im Manteltarifvertrag an; Bildschirmpausen werden oft verweigert.

zelfirmen, deshalb wird hier der Satzbetrieb als Beispiel genommen.

In MTV § 3 Arbeitszeit heißt es: „Die wöchentliche Arbeitszeit ist für den einzelnen Arbeitnehmer auf 5 Tage zu verteilen.“ Es gilt also eine individuelle Fünftagewoche. Die Betriebszeit kann davon abweichen: „In Ausnahmefällen ... kann die Arbeitszeit auch auf 6 Tage verteilt werden. Hierzu bedarf es einer Betriebsvereinbarung.“

Die Umstellung von Blei- auf Fotosatz 1976 brachte statt der Sechs- die Fünftage-Woche. Jeder zweite Sonntag war Arbeitstag, dafür gab es in der folgenden Woche frei — ergibt maximal zehn Arbeitstage in zwei Wochen und nicht mehr als fünf am Stück. Seit 1979 wird „Sonntag aktuell“ produziert, das bedeutet regelmäßige Samstagsarbeit. Damals wurde eine Betriebsvereinba-

tigten ist die Leistungsabforderung enorm gewachsen. Inzwischen hat die Geschäftsführung die individuelle Fünftagewoche weitgehend beseitigt. Dies wurde ihr erleichtert, weil in der Betriebsvereinbarung die Lage der freien Tage für Samstags- und Sonntagsarbeit nicht ausdrücklich festgelegt ist. Ebenso wenig ist festgeschrieben, daß die Sonntagsarbeit bzw. Samstag/Sonntag vor der Spätschichtwoche liegen.

Anfangs lagen Samstags- und Sonntagsarbeit (an denen Spätschicht gearbeitet wird) immer vor der Spätschichtwoche. Der freie Tag wurde in der Woche danach gegeben, so daß zumindest bei freiem Samstag in den zwei Wochen zusammen maximal zehn Tage gearbeitet wurden und maximal fünf Tage am Stück. Dies gilt inzwischen nur noch für die Abteilungen Texterfassung

Spionagevorwurf

Acht Monate für Postgewerkschafter

Hamburg. Der dritte Senat des Oberlandesgerichts hat am 28. Juni den Gewerkschafter Gerd Hauke wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit“ (§ 99 StGB) für die DDR zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. G. Hauke will gegen dieses Urteil Revision einlegen.

Hauke soll am 28.8.1987 im Paketpostamt 2 in Hamburg-Altona mit der Bemerkung, dem MAD eins auswichen zu wollen, ein mit 3.50 DM frankiertes Paket des MAD mit den Buchstaben D, D und R beschriftet haben, um es in Richtung DDR schicken zu wollen. Hauke wurde vorübergehend festgenommen und von der Bundespost gekündigt.

Das Oberlandesgericht verurteilte, obwohl weder die Sendung in der DDR ankam, noch ein Auftrag irgendeines Geheimdienstes irgendeines Staates nachweisbar ist, noch eine konspirative Tätigkeit vorlag. Die Prozeßgruppe am Paketpostamt, die Hauke unterstützt, erklärte im Vorfeld des Prozesses: „Es

soll demonstriert werden, daß es sehr wohl möglich ist, den Tatbestand der geheimdienstlichen Agententätigkeit auch auf einfache Arbeiter auszu-dehnen.“

Der Oberpostdirektion (OPD) ist es mit Hilfe des Gerichts gelungen, ein Exempel am DPG-Vertrauensmann Hauke zu statuieren. Denn Paketföhlleitungen sind aufgrund der Arbeitshetze an der Tagesordnung, Beschwerden über Föhlleitungen auch. Das Paketpostamt hat 50 % Teilzeitbeschäftigte (66 % Frauen) und durch die schwere und intensive Arbeit die höchste Krankheitsquote im Bereich der OPD Hamburg. Es traf Hauke, weil dieser einer Gruppe angehörte, die versuchte, den Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen zu organisieren und zu unterstützen. Diese Gruppe führte auch Kritik an der Politik des Amtsgruppenvorstandes der DPG und des Personalrats, die viele Angriffe der OPD nicht bekämpften. Im Vorfeld des Verfahrens gegen Hauke erwies sich der Amtsgruppenvorstand der DPG nicht fähig, diese Auseinandersetzungen um gewerkschaftliche Politik gegen die Leitung im Paketpostamt auch als solche zu behandeln, sondern er gebärdete sich staatstragend und ließ Hauke fallen; so teilte er auf Anfrage des Staatsschutzes demselben mit, man habe Hauke auf der 1. Mai-Demonstration im Block von Autonomen gesehen und überhaupt, es hätte nie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gegeben. — (jim, Prozeßgruppe, stg)

Repression

Heftige Kritik an Gauweiler

München. Wenn alles gut läuft, dann wird sich nach der Sommerpause Dr. Peter Gauweiler vor einem Untersuchungsausschuß verantworten müssen. Dies hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann während einer Dringlichkeitsdebatte im Bayerischen Landtag am letzten Freitag angekündigt.

Die Oppositionsparteien SPD und Grüne haben in dieser Debatte Gauweiler jegliche Eignung abgesprochen, in einem demokratischen Rechtsstaat die Polizei zu leiten. Max von Heckel (SPD) trug ein langes Register von Klagen über Gauweilers unsinnige Anweisungen, autoritäres und pseudomilitärisches Gehabe vor. Vor diesem Untersuchungsausschuß müßten die zahlreichen Vorwürfe geklärt werden, die inzwischen gegen Gauweiler erhoben werden.

An dieser Stelle nur einige wenige Beispiele. Mal habe er seinen Heimweg durch Blaulicht zu beschleunigen versucht, dann wieder Polizisten gedrängt, grundlos Blaulicht aus belanglosem Anlaß zu setzen, oder gegen den Wider-

stand von Angehörigen bei der Beisetzung eines Polizisten in Eichstätt Beamte in Stahlhelm antreten lassen. Auch ungewöhnliche Hubschrauber-Abholflüge seien vorgekommen, und vom Polizeiverwaltungsamt habe er sich eigens einen Spezial-Halter für seine persönliche Waffe anfertigen lassen. In München habe er sich mehrfach von Verwaltungsgerichten über die Unrechtmäßigkeit seiner von oben durchgesetzten Versammlungsverbote belehren lassen müssen.

Nach einer ausweichenden Einlassung von Gauweiler und dem Vorwurf der Diffamierung beendete die CSU die Debatte.

In den letzten Wochen hat das bayerische Innenministerium in München insgesamt drei Veranstaltungen versucht zu verhindern. Am 7. Juli fand eine Veranstaltung des Sprecherrats der LMU zu den Themen Reproduktionstechnologie, Genforschung in München, Flüchtlingspolitik und Sextourismus, den Verhaftungen von Ingrid Strobl und Ulla Penslin statt. Am 8. Juli fand im Schwabingerbräu eine Veranstaltung des Anti-Strauß-Komitee statt. Am Mittwoch, den 13. Juli, fand dann unter starker Polizeibelagerung eine Veranstaltung des Anti-Atom-Plenums statt. Alle Veranstaltungen waren gut besucht. Gauweilers Verbotspraxis scheiterte. Inzwischen steht die Stadt in Auseinandersetzung mit dem bayerischen Innenministerium. Der Stadtrat hat in einer fraktionsübergreifenden Erklärung die Gauweiler-Langsche Politik kritisiert. Trotz dieser bis in die Reihen der CSU hineinreichenden Kritik hält die Staatsregierung ihre Linie und unterstützt Gauweilers Kurs. So wurde ein Bericht von Lang und Gauweiler über die grundsätzliche Handhabung des Versammlungsrechts auf der Ministerratssitzung letzte Woche zustimmend zur Kenntnis genommen. Kritik und Widerstand werden deshalb in München noch längere Zeit mit scharfer Unterdrückung beantwortet werden. (SZ vom 16./17.7.88) — (dil)

SPD-Regierungserklärung Für die Ärmsten bleibt kaum was

Schleswig-Holstein. Am 28.6. gab der neue SPD-Ministerpräsident Engholm seine Regierungserklärung ab. Als eine wesentliche Aufgabe wird festgehalten: „Eine Gesellschaft, in der nicht bewußt benachteiligt, ausgegrenzt, gedemütigt wird“. Die SPD erklärt den mehr als 120000 Sozialhilfeempfängern, überwiegend Arbeitslose und Kleinstrentner, sie sollen „künftig durch eine soziale Grundsicherung im Rahmen der Arbeitslosen- bzw. der Rentenversicherung abgesichert (werden) . . . (und ihnen

sollten) . . . vermehrt die Möglichkeiten des zweiten Arbeitsmarktes eröffnet werden.“ Keinerlei Kritik daran, daß die Zwangsarbeit für 1,50 DM/Std. für Sozialhilfeempfänger beständig ausgeweitet wurde. Der zweite Arbeitsmarkt, also AB-Maßnahmen und Fördermaßnahmen, die alle aus der Arbeitslosenkasse gezahlt werden, ändert für die Sozialhilfeempfänger wenig. Wer vorher 1,50 DM pro Stunde bekam, wenn er im Altenheim die Wäsche wusch, wird es natürlich als Glück ansehen, wenn er jetzt in ABM ein Jahr lang 7,- DM/Std. bekommt. Sein Leben kann er davon nicht



Engholm: „Gemeinsinn und Sozialität statt Eigennutz . . .“

bestreiten und ist weiterhin auf öffentliche Hilfe angewiesen. Kein Wort auch davon, daß sich die SPD einfach für die Erhöhung der Sozialhilfesätze einsetzen will, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Zum Ausländerwahlrecht: Hier windet sich die SPD gewaltig und legt sich auf nichts fest. „Wir wollen . . . die politischen Voraussetzungen für die Akzeptanz des kommunalen Ausländerwahlrechts schaffen und nach sorgfältiger verfassungsrechtlicher Prüfung dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes dazu vorlegen.“ Dies wird aber nicht zu den Kommunalwahlen 1990 angestrebt. In Rendsburg fordert die Ratsversammlung die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechtes, allerdings erst nach dreijährigem Aufenthalt.

Für die Asylbewerber will die Landesregierung „ein Anwalt der Verfolgten und Bedrückten“ sein. Die Gemeinschaftsverpflegung will sie jedoch nicht abschaffen.

Wenn die Initiativen und Gewerkschafter ihre Forderungen nicht kräftig und öffentlich vortragen und die Landesregierung unter Druck setzen, so werden diese „im SPD-Selbstgang“ auf jeden Fall nicht durchgesetzt. — (sah)

fuba-Arbeitsorganisation

„Leitstände“ und „Qualitätszirkel“ eliminieren Kopfarbeit

Bad Salzdetfurth. Bei *fuba* beendet die Unternehmensberatung nach über einem Jahr ihre Tätigkeit. Zum Abschluß läßt sie „Qualitätszirkel“ einrichten, um die „Mitarbeit aller Beschäftigten am Fortschritt des Betriebes zu ermöglichen“. Nicht nur Qualitätsverbesserungen seien Ziel dieser Gruppenbesprechungen, die zuerst auf Abteilungsebene eingerichtet werden, sondern auch Verbesserungen im Fertigungsablauf und seiner Organisation. Sogenannte Moderatoren — Vorarbeiter, Bandleiter/innen, Facharbeiter oder Techniker mit Berufs- und Betriebserfahrung — werden zwecks Leitung der Qualitätszirkel geschult und auf betriebliche Expansion eingeschwo-

versorgen, defekte Baugruppen selbständig tauschen usw. Die Facharbeiter durften bislang bei technischen Problemen Rückfragen bei den Entwicklungsingenieuren, der Qualitätssicherung oder den anderen Prüfungsabteilungen halten. Alles Dinge, die einerseits den reibungslosen Fertigungsablauf beeinträchtigen, so die Unternehmensberater, andererseits solche „Kopfarbeiten“ zuließen, die der Arbeitsmonotonie entgegenwirken und gleichzeitigen Intensivierungsversuchen wirksam widerstanden.

All diese Tätigkeiten müssen jetzt ausschließlich durch drei Vorarbeiter/Bandleiter und einen Materialkommissionierer (Zwischenlagerist) wahrgenommen

Flankierend zu den Leitständen nehmen „Qualitätszirkel“ ihre Tätigkeit auf. Die *fuba*-Nachrichten (halbjährlich erscheinende Firmenzeitung) von Juni 1988 kommentieren dies so: „Ein Qualitätszirkel, abgekürzt QZ, ist eine kleine Gruppe von sechs bis acht Mitarbeitern, die

- * Probleme aus dem eigenen Tätigkeitsbereich aufgreift,
- * Lösungsvorschläge erarbeitet,
- * im Rahmen ihrer Kompetenzen aus eigener Kraft oder mit Hilfe anderer die Lösungen realisiert . . .

Nur wenn die Qualitätsforderung des Kunden voll erfüllt wird, zusätzlich der Preis stimmt und die Liefertermine wirklich eingehalten werden, wird der Kunde langfristig zu uns stehen . . .“

Damit sind Absichten und Zielbestimmungen genannt: *fuba*-Produkte sollen besser, billiger und schneller hergestellt werden. Folge der Arbeitsneuorganisation — durch Zergliederung der Arbeitsabläufe geprägt — ist auch ein bestimmter Verlust von bisher sofort einfließenden Erfahrungen relativ selbständig arbeitender Menschen in den Produktionsprozeß. Diese Erfahrungsverluste sollen die „Qualitätszirkel“ auffangen bzw. ersetzen: „Durch Qualitätszirkel wollen wir die Mitarbeiter aller Organisationsebenen und aller Tätigkeitsbereiche als Träger von Ideen, Erfahrungen und Fertigkeiten in die Gestaltung ihrer eigenen Tätigkeiten einbeziehen . . .“ (*fuba*-Nachrichten)

Die „Qualitätszirkel“ werden von ausgebildeten „Moderatoren“ geleitet (s.o.), ein „Koordinator“ (bei *fuba* der Leiter der Qualitätssicherung) ist verantwortlich für „erfolgreiche“ Gruppenergebnisse und der „Lenkungsgruppe“ rechenschaftspflichtig: „Jede abgeschlossene Qualitätszirkelarbeit wird von . . . ihrem Moderator vor der Lenkungsgruppe präsentiert. Ihr gehören je ein Mitglied der Geschäftsführung, des Betriebsrates sowie der zuständige Hauptabteilungsleiter und der Koordinator an . . . Starttermin ist der 1. August 1988 . . .“ (*fuba*-Nachrichten)

Der Betriebsrat steht den Änderungen innerhalb der Arbeitsorganisation mehrheitlich positiv gegenüber, weil die Einführung der „Qualitätszirkel“ angeblich mit innerbetrieblicher Qualifizierung einhergehen soll. Wenn dem auch so ist, steht allemal fest, daß diese Form von „Weiterbildung“ oder „Qualifizierung“ erfahrungsgemäß der Anpassung an betriebliche Erfordernisse dient. Ausbildung von Facharbeitern, und darum geht es den Kapitalisten, zu CNC-Bedienern oder zu Computerüberwachern in rechnergestützten Prüfungsabläufen usw. ist das eigennützige und stark eingeschränkte Qualifizierungsziel.

Die Entfremdung von den Arbeitsinhalten wird somit — zumindest auf Ebene der Abteilung — drastisch forciert. — (mal)



Bei Bosch heißen sie „Lernstätten“, bei *fuba* „Qualitätszirkel“; Erfahrungen der Belegschaft werden gegen sie gerichtet. Bild: Bosch-Zünder-magazin, 21.4.1988

ren. „*fuba* muß besser als die Konkurrenz werden — in allen Belangen“, so das Leitmotiv der Unternehmensberatung.

Vorbereitend richteten die Berater „Fertigungsleitstände“ zur Verbesserung der Logistik ein. Fertigungssteuerung und -planung, Arbeitsvorbereitung, Fertigungsleitung und verschiedene Vertriebshereiche werden zur Kooperation verpflichtet und kontrollieren sich damit gegenseitig.

Seit einem halben Jahr besteht der „Fertigungsleitstand“ im Bereich Endmontage/Systemprüfung. Für die Arbeiterinnen und Facharbeiter in dieser Abteilung bedeutet die Änderung der Arbeitsorganisation erneute Einschränkungen bei den relativ selbständigen Tätigkeiten. Vor Einführung des Leitstandes konnte jede Arbeiterin sich mit Material

werden. Prüferinnen und Endprüfer haben sich nur noch um fest umrissene und stark eingeschränkte Arbeitsbereiche zu kümmern. Ihre Tätigkeiten werden in naher Zukunft durch detaillierte Arbeitspläne bestimmt, die für komplexe Großanlagen noch nicht existieren. Durch diese erneute Untergliederung der Arbeitsgänge sind die Voraussetzungen geschaffen, um in den Zeitlohnbereichen massive Intensivierungen Schritt für Schritt durchzuführen.

Solche Intensivierungen obliegen dem „Fertigungsleitstand“. Sogenannte Planzeiten, indirekte Vorgabezeiten, haben Meister und Vorarbeiter zu kontrollieren. „Störungen“ im Fertigungsablauf können von den Prüfern und Monteuren nicht mehr für individuelle Freiräume genutzt werden. Die Verdichtung des Arbeitstages nimmt somit zu.

Polizeiterrror am 1. Mai Offener Brief und Protokolle

Westberlin. Am 1. Mai war die Polizei in Westberlin nach einem Fest auf dem Lausitzer Platz in Kreuzberg mit äußerster Brutalität gegen Bewohner des Stadtteils vorgegangen. Eine Verletztengruppe hat sich zusammengetan und wendet sich jetzt mit einem offenen Brief an Parteien, Gewerkschaft, Kirchen, Humanistische Union, Rechtsanwaltsvereinigungen. Ihr Vertrauen in den „Rechtsstaat“ ist erschüttert.

Offener Brief: Wir Unterzeichner sind alle durch Polizeiübergriffe am 1./2. Mai 1988 geprügelte, verletzte und schwerverletzte Bürger dieser Stadt. Wir haben Bein-, Rücken-, Schulter-, Hand-, Bauch- und z.T. schwere Kopfverletzungen davongetragen. Ein Mitbürger schwebt in Lebensgefahr und hat Milz und Niere verloren. Wir sind noch heute, mehr als einen Monat nach den Vorfällen, schockiert und fassungslos. Es geht nicht an, daß Passanten und Café-Besucher alleine durch ihre Anwesenheit zum Draufschlagen reizen. Sie wissen ja, daß außer uns auch Pressevertreter und Polizeiführer verprügelt und verletzt wurden. Damit sich Vorfälle wie diese nicht wiederholen, halten wir Folgendes für notwendig. Es muß das Recht eines jeden Bürgers sein, das amtliche Gegenüber identifizieren zu können. Die ungehinderte Arbeit der Presse bei Polizeiaktionen muß gewährleistet sein. Verfassungsrechtlich garantierte Grundrechte der Bürger und Rechtsvorschriften müssen von der Polizei gewährleistet und eingehalten werden. Rechtsverstöße der Polizei müssen konsequent verfolgt werden. Wir als Verletzte halten den Schlagstockeinsatz, Tritte und das Benutzen von Schildern als Waffe für unverantwortlich. Anhand von einigen Fällen möchten wir die Polizeiübergriffe auf uns dokumentieren. Wir fordern die Parteien zu einer schriftlichen Stellungnahme auf, die wir gegebenenfalls auch veröffentlichen werden, die übrigen Organisationen bitten wir, uns zu unterstützen.

Aus dem Protokoll von Michael Crafonara: „In der Nacht vom 1. zum 2. Mai um ca. 22.30 Uhr wollte ich auf dem Weg zu einer Diskothek die Oranienstr. passieren. Die Polizei hatte jedoch den Heinrichplatz abgeriegelt . . . die Polizei (forderte) zum Räumen der Oranienstr. in Richtung Skalitzer Straße auf. Ich war mit dem Fahrrad unterwegs und leistete der Aufforderung sofort Folge. Die Polizei jedoch lief sofort knüppelschwingend los, ohne eine weitere Ankündigung. Gezwungenermaßen auf der Flucht, wurde mir auf der Höhe Oranienstr. 2-3 ein Stock ins Vorderrad gestoßen. Ich stürzte zu Boden. Einer der Polizisten kam direkt auf mich zu gelaufen. Da ich zu schwach war, so



Die Polizei probt den Bürgerkrieg

schnell aufzustehen, konnte ich nur noch meine Arme über den Kopf halten. Eben noch liegend bzw. hockend, bekam ich dann auch schon einen Schlag mit dem Knüppel auf den Rücken. Unter Schock fuhr ich nach Hause, unwissend über meinen Zustand. Die Polizei unter 110 weigerte sich, mir einen Notarzt zu schicken . . . Meine Niere und meine Milz mußten in zwei schweren Operationen entfernt werden . . . Ich war zwei Tage unter Lebensgefahr und sieben Tage auf der Intensivstation.“ — (chk)

Republikaner Funktionär unterstützt NPD

Elmshorn/Barmstedt. Es dürfte inzwischen bekannt sein, daß die Republikaner bzw. ihre Funktionäre gegen Antifaschisten gerichtlich vorgehen, die sie als Nazis oder Faschisten bezeichnen. Mindestens in einem Fall konnten die Republikaner dabei eine hohe Verurteilung von 3 500 DM Geldstrafe erreichen.

Zwei Tage vor den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen verteilte Heinz Mahncke, der mit seiner Lebensgefährtin Lydia Hauke je 12,5% der Anteile des Res-publica-Verlages besitzt und Journalist für die Parteizeitung „Der Republikaner“ ist, Flugblätter der NPD in Barmstedt. Er wurde dabei von einem Genossen der DKP fotografiert und zur Rede gestellt. Mahncke stellte gegen den Genossen Strafanzeige wegen Nötigung, Bedrohung, Beleidigung und Wahlbehinderung und entfaltete eine wilde Hetzkampagne in einem Flugblatt gegen die DKP. Aus dem Vorgang des Fotografierens leitet er ab: „Mahncke ist geschichtskundig. Er wußte, daß Kommunisten für den Tag der Diktaturüber-

nahme Karteien als Steckbriefe anlegen, damit sie alle aktiven Gegner des kommunistischen Genickschuß- und Archipel-Gulag-Paradieses sofort ins Zuchthaus oder nach Sibirien abschleppen können . . .“ Am Tage der Wahl, als er den Genossen als Wahlbeisitzer erkannte, beschwerte er sich sofort beim Wahlleiter und im Rathaus. In seinem Flugblatt schlußfolgert er verleumderisch: „Inzwischen wurde bekannt, daß auch in Schleswig-Holstein bei Parteien, die der DKP mißliebig sind, auf einigen Wahlzetteln ein zweites Kreuz entdeckt wurde, wodurch solche Stimmen dann als ungültig erklärt wurden. Frage an die Barmstedter Bürger: Wie gefällt es Ihnen, wenn Chaoten und Kommunisten Wahlplakate zerstören, stehlen oder beschmieren? Friedrich Riedel, der Kandidat der Nationaldemokraten für Barmstedt, berichtet, daß nahezu alle von den Nationaldemokraten aufgestellten Wahlstellschildern oft bereits Stunden (danach) von offenbar kommunistischen Abräumkommandos gestohlen, zerstört oder überschmiert wurden . . .“ Die Barmstedter Zeitung übernimmt am 10.5. die Version Mahnckes vollständig, unterdrückt aber die Presseerklärung der DKP bis heute, die wir aus der Juni-Ausgabe der DKP-Zeitung „Kommunistisches Echo“ zitieren: „Mit der Entscheidung vom 26.5.88 ist es Heinz Mahncke . . . bei Androhung eines hohen Ordnungsgeldes oder Ordnungshaft ab sofort verboten, wörtlich oder sinngemäß folgende Behauptungen aufzustellen und/oder zu verbreiten: Er wäre beim Verteilen von Wahlzetteln für die NPD von Jürgen Schmidt genötigt, beleidigt oder bedroht worden. Die gleiche einstweilige Verfügung wurde für seine Unterstellung „DKP-Vertreter in den Wahlvorständen hätten Stimmzettel für die NPD manipuliert, daß diese ungültig geworden seien“, angeordnet.“ — (dim)



Heinz Mahncke

Internationale Verkehrsausstellung

Verkehrspolitik maßgeschneidert für Expansion und Profit

Hamburg. Vom 1.-12.7. fand in Hamburg die „Internationale Verkehrsausstellung IVA '88“ statt. Verkehrspolitik hat in einer Hafenstadt, über die gut 10 % des gesamten westdeutschen Außenhandels getätigt wird, eine zentrale Bedeutung. Handelskammerpräsident Möhrle fordert vom Senat eine „Verkehrspolitik aus einem Guß“. Alle Verkehrsträger sollen optimal für Exportoffensive und Profitmaximierung eingesetzt werden. Bis zur Einführung des EG-Binnenmarktes 1992 und der „Liberalisierung“ des LKW-Verkehrs sollen in Hamburg Verkehrsprojekte von Bund und Land in Milliardenhöhe durchgesetzt werden. „Hamburg kann seinen Metropolverpflichtungen gegenüber dem Nachbarraum nur gerecht werden, wenn die überregionale Verkehrsanbindung ausreichend gewährleistet ist“, forderte die Handelskammer 1987. Ortsansässige Konzerne drängen auf ihre Durchsetzung gegen den Widerstand in Bevölkerung und Bezirksparlamenten. Die IVA sollte genutzt werden, um all diese Projekte populär zu machen und den Widerstand zu isolieren. Die Kritik an dieser Sorte Verkehrspolitik kann sich nicht erschöpfen in der Bevorzugung bestimmter Verkehrsträger gegenüber anderen. Sie muß die Organisierung aller Verkehrswege im Interesse imperialistischer Expansion und Profitmaximierung angreifen. (Die Autoren dieses Artikels arbeiten zusammen im „Aktionskreis Eisenbahn statt Autowahn“.)

Luftfahrt

Nach Philips sind Lufthansa und Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) die beschäftigungsstärksten Industriebetriebe in Hamburg. Beide stellten in Kooperation ein Airbus-Cockpit auf der IVA aus, in dem Besucher Starts und Landungen simulieren konnten.

Weniger volksnah geben sie sich in ihren Werken. Die Lufthansa hat ihre Reparatur- und Wartungswerft am Flughafen Fuhlsbüttel. Um im expandierenden Flugverkehr im Wartungsgeschäft die Nase vorn zu haben, erweiterte sie ihr Werksgelände, um u.a. die größte Jumbo-Wartungshalle Europas zu bauen. Der Senat sorgte für die Niederwallung des im Wege stehenden Parzellengebietes. Auch der Ausbau des Flughafens wird in erster Linie dem Lufthansa-Konzern zugute kommen. Bis 1992 will die stadteigene Hamburger Flughafengesellschaft 700 Millionen DM investieren, um die Passagierkapazität auf 9 Millionen jährlich zu erhöhen und die

Frachtingschlagsanlage zu erweitern. Ausdrücklich „... mit dem Ziel, ihr die Finanzierung von Investitionen zum Ausbau der technischen Basis der DLH zu erleichtern“, hat der Senat der Flughafengesellschaft für 71 Mio. DM öffentlichen Grund vermacht und ihr Kapital aus Steuermitteln um 45 Mio. DM aufgestockt. Bei über 5 Millionen Fluggästen 1987 und einem Frachtvolumen von 61 000 Tonnen starten und landen schon jetzt über 300 Maschinen täglich mitten im Stadtgebiet. Lehrer in Fuhlsbüttel stellten überdurchschnittliche Konzentrationsschwächen ihrer Schüler fest, und die Apotheker meldeten einen

Auch MBB, die jüngst ihren Airbus-Verkauf an die DDR an einen Wartungsvertrag mit der Lufthansa geknüpft haben, werden Kosten bei ihrer Expansion durch den Stadthaushalt abgenommen. Mit 100 Mio. DM will der Senat MBB subventionieren. U.a. soll dem Konzern eine Hochschule für computergestütztes Konstruieren und Fertigen vor die Tür gesetzt werden.

Schienenverkehr

„Der Bahn gehört die Zukunft“ schrieb das Hamburger Abendblatt anlässlich der IVA. Nicht gemeint hat sie den Perso-



Allein für die Container-Anlage der stadteigenen HHLA machte der Senat 166 Mio. DM aus dem Stadthaushalt locker.

abnorm hohen Umsatz an Schlafmitteln. „Hamburg hat den standortpolitischen Vorteil, einen citynahen Flughafen zu haben. Diesen Vorteil sollte man im Interesse der Wirtschaft dieser Stadt nicht verspielen“, schrieb die Handelskammer im Juni.

Im Juli wurde eine neue Frachtroute der Lufthansa eingerichtet: Norwegischer Lachs wird über Hamburg mit einem Fracht-Jumbo nach New York geflogen. Lufthansa ist nach den Japanischen Airlines zweitgrößte Fracht-Fluggesellschaft der Welt. Damit das Frachtgeschäft weiter expandieren kann, wird jetzt vom Bund die Autobahnanbindung für 600 Millionen DM finanziert.

Die Ortsumgehung Fuhlsbüttel will der Senat nicht nur mit Hunderten von Millionen finanzieren, sondern mit seiner ganzen politischen Macht gegen den zahlreichen Protest durchsetzen — bis zur völligen Entrechtung der Bezirksparlamente.

nennahverkehr. Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) zwischen Hamburger Hochbahn und Bundesbahn hat pünktlich zur IVA die Tarife für Kurzstrecken erhöht und angekündigt, weitere Buslinien einzustellen, weil man 25 Mio. DM sparen müsse. Dagegen investiert die Bundesbahn 230 Mio. DM in ihr „Heimat-Betriebswerk“ in Hamburg-Eidelstedt, in dem ab 1991 die 41 Inter City Experimental-Züge (ICE) gewartet werden sollen. Zwei der drei ICE-Züge werden, aus Basel und München kommend, in Hamburg enden. Schon 1987 kritisierte die Handelskammer Hamburg Verzögerungen im Personennah- und Güterverkehr, weil für die Intercity-Züge kein eigenes Gleis zur Verfügung steht. 1983 wurden über 22 Mrd. Tonnen im Güterverkehr der Eisenbahn in Hamburg umgeschlagen. Dazu steht den Kapitalisten einer der größten Rangierbahnhöfe Europas in Maschen zur Verfügung. Würde die

Bundesbahn ähnliche Sondertarife wie für den Rheinmündungs-Güterverkehr anbieten, so die Handelskammer, könne der Hinterlandtransport auf der Schiene noch ausgeweitet werden. Ansonsten ist der „Weltrekordler auf der Schiene“ (406 Stundenkilometer) eindeutig auf Geschäftsleute und deren Anhang ausgerichtet. Gesamtinvestitionen von 35 bis 40 Milliarden DM für ein Prozent der Passagiere!

Zum „Star“ der IVA machte die Presse die Magnetschwebbahn Transrapid. Am ersten Tag der Ausstellung taufte Exbundeskanzler-Frau Loki Schmidt einen Transrapid-Wagen auf den bezeichnenden Namen „Europa“. Drei Wochen später entschied die Bundesregierung, die erste öffentliche Strecke von Hamburg nach Hannover zu bauen. 3,3 Mrd. DM soll sie kosten. Finanziert werden soll sie von Industrieunternehmen, Bundesbahn und Bundesmitteln. In Hamburg soll sie drei Bahnhöfe bekommen: Flughafen, Innenstadt und der hafennahe Stadtteil Harburg. Für Harburg liegt dem Forschungsminister schon ein Entwurf vor. Kosten: 10,8 Mio. DM. In

einem Rundfunkinterview machte Hamburgs Wirtschaftssenator Rahlfs (FDP) klar, worum es bei dem Projekt geht. Nicht um einen Engpaß in der Personenbeförderung, sondern um eine in der Praxis vorführbare Modellstrecke, um den Verkauf dieser Technologie ins Ausland zu fördern. Die Hersteller müssen sich beeilen. 1990 wollen japanische Konzerne die erste Magnetschwebbahn im täglichen Verkehr testen. Seitdem kleistert der federführende Thyssen-Konzern die Stadt mit seinen Transrapid-Plakaten und Werbung für „Spitzentechnologie“ voll.

Straßenverkehr

17 Mio. Tonnen wurden 1983 in Hamburg im Fernverkehr auf Lastkraftwagen empfangen oder versandt. Der Senat tut alles, um durch Brückenrenovierung, Ortsumgehungen (allein der ungehinderter Abfluß des LKW-Verkehrs vom Freihafen und Zollamt über Veddel zur Autobahn Richtung Hannover und Bremen kostet 240 Mio. DM) und Untertunneln den Warenverkehr zu beschleunigen.

Gegen vielfachen Protest soll Ende des Jahres mit dem Bau der 4. Elbtunnelfröhre begonnen werden. Pünktlich zur Einweihung der innerdänischen Trasse über den Großen Belt 1993 soll sie fertig werden. Ab 1997 soll es eine Brücken- oder Tunnelverbindung zwischen Dänemark und Schweden geben. „Für Hamburg hätte diese Verbindung, davon sind Wirtschaftler fest überzeugt, die Folge, daß es seine alte wirtschaftliche Drehscheiben-Funktion wieder erringen könnte, als Tor zur skandinavischen Welt“, schreibt das Hamburger Abendblatt. Und auch die Handelskammer betont in Vorbereitung ihres Unternehmenforums „Zukunftsstandort Küste“ den Standortvorteil des Küstenraumes mit seiner „Brückenfunktion zum skandinavischen Raum“. 500 Mio. DM Bundesmittel stehen für den Bau zur Verfügung, und der Senat hat das Planfeststellungsverfahren schnell in die Ferienzeit verlegt, um den Protest zu behindern. Die Anwohner kämpfen schon seit Jahren gegen die enorme Lärmbelastung und Schadstoffbelastung der Luft, die zu den höchsten in Hamburg zählt. — (mij)

Aktionswoche zur Ausstellung

Im Vorfeld der Internationalen Verkehrsausstellung vom 1. bis 12. Juni 1988 trafen sich in Hamburg Organisationen, die im verkehrspolitischen Bereich arbeiten, um eine Aktionswoche parallel zur IVA zu planen.

Aktiv daran beteiligt waren u.a. BUND, Fahrgastinitiative Hamburg, Grüne Radler, Forum gegen Osttangenten (Fuhlsbüttel), Aktionskreis „Eisenbahn statt Autowahn“, Verkehrs Club Deutschlands (VCD), Jusos, GAL, Eisenbahner für den Frieden. Die Koordination bot eine breite Palette von Veranstaltungen und Aktionen zum Thema Verkehr an.

Eine Auswahl: „Fahrradfreundliche Städte“, „Aktion Stoppt die 4. Elbtunnelfröhre“, „Praktische Darstellung von Verkehrserziehung als Sozial- und Umwelterziehung“, Podiumsdiskussion „Verkehrspolitische Großprojekte contra Umweltschutz“.

Zwei der am besten besuchten Veranstaltungen (je ca. 80 Teilnehmer) waren „Verkehr verkehrt — Wege aus der Autogesellschaft“ mit dem sozialistischen Journalisten und Autor Winfried Wolf, veranstaltet vom Aktionskreis „Eisenbahn statt Autowahn“, und „Alternatives Verkehrskonzept für Hamburg“ mit dem Verkehrsplaner Ingo Uttech.

Am Vergleich dieser beiden Veranstaltungen zeigt sich auch das Dilemma dieser Aktionswoche. Beim Thema „Verkehr verkehrt“ stellte Winfried Wolf die Verkehrsverhältnisse in ihren ökonomischen und politischen Gesamt-

zusammenhang und knüpfte daran seine grundsätzliche gesellschaftliche Kritik. Er veranschaulichte, wie die gegenwärtige Verkehrspolitik zu massiven Umweltbelastungen, Vergeudung gesellschaftlichen Reichtums, zum Bankrott der Bundesbahn und zum Niedergang des öffentlichen Nahverkehrs führt. Daraus wurde eine rationale Utopie einer Verkehrspolitik entwickelt, die eine radikale Verkürzung der Wegstrecken, den Ausbau des öffentlichen — vor allem schienengebundenen — Verkehrs und die Zurückdrängung des individuellen PKW- und LKW-Verkehrs beinhaltet.

Hiermit und durch die Diskussion wurden wichtige Grundlagen für einen erfolgreichen Kampf um eine antikapitalistische Verkehrspolitik aufgezeigt. Im Gegensatz dazu wurden beim Thema

„Verkehrskonzeptionen für Hamburg“ Alternativen aufgezeigt (leider zu sehr technisch ausgerichtet), doch die Frage nach den wirtschaftlichen und politischen Interessen, die hinter der herrschenden Verkehrspolitik stehen, und somit die Frage nach der Durchsetzbarkeit von Alternativen wurde nicht aufgeworfen. Diese Linie war in den meisten Veranstaltungen wiederzufinden.

Wo Möglichkeiten bestanden hätten, eine antikapitalistische Kritik der Verkehrspolitik zu thematisieren, gab es kaum Teilnehmer. So z.B. bei der Veranstaltung „Verkehr und Rüstung“ von „Eisenbahner für den Frieden“ oder der Stammtischrunde „Privatisierung öffentlicher Verkehrsunternehmen“. Die letztgenannten Veranstaltungen fielen aus wegen fehlender Teilnehmer. Es wurde deutlich, daß die Verbindung zwischen den Lohnabhängigen in den Verkehrsbetrieben/Gewerkschaften und den verkehrspolitisch orientierten Organisationen kaum besteht.

Diese Verbindung herzustellen und gleichzeitig die antikapitalistische Kritik der bürgerlichen Verkehrspolitik voranzutreiben, wird eine wichtige zukünftige Arbeit der revolutionären Sozialisten sein.

Insgesamt war die Aktionswoche ein Erfolg. Sie hat zur Aufklärung über die Barbarei des heutigen Verkehrswesens und zur Entwicklung von Alternativen beigetragen, und erstmals haben sich in Hamburg Verkehrsinitiativen und politische Organisationen in einer solchen Breite zusammengetan, um gemeinsam aktiv zu werden. Sie wurde durch einen Sternmarsch mit 4000 Teilnehmern abgeschlossen. — (Dschug., VSP)



Fahrrad-Demonstration durch den Elbtunnel

Siemens bleibt bei Schnüffelpaxis

München. Obwohl das Münchner Arbeitsgericht auf Grundlage des Paragraph 95 Betriebsverfassungsgesetz der Firma Siemens verboten hat, vom Verfassungsschutz private Regungen neuer Mitarbeiter durchleuchten zu lassen, will Siemens weiter an seiner Personalpolitik festhalten. Siemens-Direktor Gerd Federlin hält die dem Urteil zugrunde liegende Rechtsfrage weder ausreichend geprüft noch eindeutig entschieden. Deshalb werde Siemens Beschwerde beim Landesarbeitsgericht einlegen. — (dil)

Zentralwäscherei: Härtere Arbeit

Mannheim. Ein Lehrstück über die Folgen der Privatisierung kommunaler Betriebe bietet die ehemalige Krankenhauswäscherei, seit zwei Jahren zur kommunalen Gesellschaft Zentralwäscherei Rhein-Neckar umfunktioniert. Nicht nur, daß die Abkoppelung hauptsächlich für das Pflegepersonal bei der Patientenversorgung noch zusätzliche Arbeit bringt; die jetzt in der Presse bejubelte — weil den Stadtsäckel entlastende — Verringerung des

Defizits geht voll zu Lasten der Arbeiterinnen in der Wäscherei: 1987 wurde die Kiloleistung pro Arbeitsstunde um 16% gesteigert, die Wäschemenge nahm um 12% zu; die Beschäftigtenzahl — vorwiegend Frauen — wurde von 127 auf 108 reduziert, bei tgl. 15 Tonnen anfallender Wäsche. Das Defizit gegenüber der Stadt (1,36 Mio. DM für 1987) resultiert mit 750 000 DM aus der „Besitzstandsregelung“ für die Arbeiterinnen, die bei Gründung der Zentralwäscherei vom Klinikum übernommen worden sind. Sie werden nach den im Vergleich zu den erbärmlichen Textiltarifen höheren ÖDi-Tarifen gezahlt. — (iro)



Asylbewerber Sozialhilfe gekürzt

München. Auf einer Pressekonferenz der Stadtverwaltung zur Entwicklung der Sozialhilfe — rund 30 000 Menschen erhalten Sozialhilfe, und der Grundbetrag ist von bisher 420 DM auf jetzt 435 DM gestiegen — wurde bekannt, daß entsprechend den Vorgaben des Regierungsbezirks Oberbayern die Asylbewerber nur 85 Prozent des Regelsatzes erhalten und außerdem Hilfe im Krankheitsfall nur dann gewährt wird, wenn „Gefahr für Leib und Leben“ bestehe. Die SPD kritisierte diese „zynische Haltung“, die an ein „Relikt mittelalterlicher Armutsverwaltung“ erinnere. — (dil)

Pflegeschüler protestieren

Nürnberg. Am 26. Juni protestierten mehr als 100 Krankenpflegeschüler vor der Stadtratssitzung gegen die von der Bayerischen Staatsregierung erlassene und zum 1. August in Kraft tretende „Berufsfachschulordnung Krankenpflege und Hebammen“. Die Auszubildenden — die meisten bereits über 18 — befürchten, daß der in der Verordnung festgeschriebene Schülerstatus zu einer Beseitigung tariflich gesicherter Rechte, insbesondere einer Ersetzung des Auszubildendenentgelts durch BAFöG führt. Im städtischen Klinikum werden die Krankenpflegeschüler regelmäßig sonntags und im 3. Lehrjahr auch nachts eingesetzt. Der laufende Betrieb wäre ohne sie nicht

aufrechtzuerhalten. Mit Transparenten und Sprechchören — „Wir sind nicht 18 — Verschulung: Nein!“ — erreichten sie immerhin, daß der Stadtrat die Prüfung rechtlicher Schritte zusicherte. — (ola)

Ladenöffnung je nach Geld

Prof. Klaus Barth, Uni Marburg, hat zusammen mit einem Verbraucherforschungsinstitut das Einkaufsverhalten untersucht. 73% sind demnach der Meinung, daß die Geschäfte ausreichend lange geöffnet sind (Berufstätige: 68,6%). Überdurchschnittlich häufige Klagen über „nicht lange genug“ kommen nur von Leuten zwischen 14 und 39 Jahren (25%), mit Hochschulausbildung (26%) oder mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 3000 DM im Monat (21%). Je besser die Schulbildung, je höher das Einkommen, umso beliebter der Dienstleistungsabend. (Neue Ärztliche, 13.7.88 — ael)

Gegen Stellenstreichungen

Hamburg. Das Bündnis Türkischer Einwanderer hat gegen die geplanten Streichungen von 26 Stellen im Bereich Förder- und Sondermaßnahmen für ausländische Schüler an den Schulen protestiert. Das Bündnis wies darauf hin, daß in den allgemeinbildenden Hamburger Schulen jedes fünfte oder sechste Kind ein Einwandererkind ist, in manchen Schulen sei sogar jedes zweite Kind ein nichtdeutscher Schüler. — (rad)



USA: Streik im Atom-U-Boot-Bau. Die Gewerkschaftsmitglieder des Metallgewerkschaftsrates MTC in Groton, Connecticut, bezogen Streikposten bei der Schiffbau-Abteilung des Rüstungskonzerns General Dynamics Corporation, nachdem sie die Forderung der Geschäftsleitung nach Einfrieren der Löhne auf drei Jahre sowie nach Gewinnanteilen statt Lohnerhöhungen zurückgewiesen hatten. Die 10 200 Arbeiter, die Atom-U-Boote bauen, sind Mitglieder von 10 Gewerkschaften, die gemeinsam durch den New London Metallgewerkschaftsrat verhandeln. Die Gewerkschaften verlangen Lohnerhöhung und Begrenzung der Teilzeitschäftigten Bild Streikposten. — (gba)

HBV-Hauptfrauenausschuß

Beschlüsse der Bundesfrauenkonferenz

Am 24. April war die Bundesfrauenkonferenz der HBV aus Zeitgründen abgebrochen worden. Im Mittelpunkt dieses ersten Teils hatten Beschlüsse zur Frauenförderung und Teilzeitarbeit gestanden. Am 17.6. wurden die weiteren Beschlüsse von einer um ca. 40 Delegierte erweiterte Hauptfrauenausschußsitzung diskutiert und verabschiedet. Diese Sitzung befaßte sich mit den Blöcken Arbeitszeitbedingungen, §218, sexuelle Belästigung, Beschlüssen zu HBV-internen Bedingungen, Frieden und Abrüstung, Steuer-, Renten-, und Gesundheitspolitik, Berufsverbote, Südafrika, Ausländer, Faschismus und Umweltpolitik. Einige wichtige Beschlüsse, die gefaßt wurden, wollen wir hier dokumentieren:

Einstimmig wurde folgender Beschluß zur Arbeitszeitordnung verabschiedet:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihren arbeitnehmer- und familienfeindlichen Gesetzentwurf zur Änderung der Arbeitszeitordnung zurückzunehmen.

Die Arbeitszeitordnung (AZO), Fassung von 1938, muß verändert werden in Richtung Einschränkung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Wir fordern ein Arbeitszeitgesetz, das mindestens folgende Punkte enthält:

Festschreibung der 40-Stunden-Woche, verteilt auf 8 Stunden an 5 Werktagen (dieses soll die Norm des Arbeitstages sein); Mehrarbeit muß festgehalten werden als jede Stunde über der 40-Stunden-Woche bzw. über der tariflichen / einzelvertraglich festgelegten Arbeitszeit. Sie muß mit Zuschlägen (Freizeit oder Geld) vergütet werden; Die Pausenregelung, die z.Zt. für Frauen gültig ist, muß auf alle Arbeitnehmer ausgedehnt werden; Ausdehnung des Nachtarbeitsverbots auf alle Arbeitnehmer/innen, da Nachtarbeit nicht reparable gesundheitliche Beeinträchtigung bedeutet. Dort, wo sie unumgänglich ist, müssen die Bedingungen verbessert werden: Ausgleich in Freizeit, frühere Pensionierung, Arbeitszeit verkürzen und stärker bezahlen; Verbot der Sonntagsarbeit bei engen Ausnahmen (z.B. Krankenhausbereich).

Die HBV-Bundesfrauenkonferenz fordert den HBV-HV und GA auf, die Beschäftigten über den neuen verschlechternden Gesetzentwurf zu informieren; Widerstand zu formieren mit dem Ziel, die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern und stattdessen ein Arbeitszeitgesetz entsprechend dem DGB-Entwurf durchzusetzen.“

Dieser Antrag soll dem Gewerkschaftstag vorgelegt werden.

In verschiedenen Beschlüssen wird erneut gegen den Dienstleistungsabend Stellung bezogen (Auszug):

„Wir fordern, daß die Gewerkschaft HBV auch weiterhin versucht, mit allen Mitteln:

die Veränderung des Ladenschlußgesetzes zu verhindern, durch Fortsetzung des Kampfes um Tarifverträge - auch ohne Allgemeinverbindlichkeit - das späteste Arbeitszeitende im Verkauf abzusichern. Dort wo Arbeitsgerichte diesen Kampf für 1988 untersagt haben, muß 1989 in Tarifverträgen das Arbeitszeitende geregelt werden. Die Betriebsräte des Einzelhandels zu unterstützen, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitbestimmungsrechten gegen unzumutbare Arbeitszeiten zur Wehr zu setzen und keinen Betriebsvereinbarungen zuzustimmen, die im Verkauf Arbeitszeiten nach 18.30 Uhr einführen sollen.“

Die Abteilung Frauen der HBV-Hauptverwaltung wurde beauftragt, bis spätestens 1990 eine Aktion zum Frauenarbeitschutz durchzuführen.

In Beschlüssen gegen den §218 heißt es: „Wir setzen uns für

eine ersatzlose Streichung des §218 ein und für Maßnahmen zur effektiven sozialen Absicherung von Frauen, die Kinder bekommen . . . Den Frauen muß durch angemessene medizinische und psychologische Betreuung in dieser schwierigen Situation geholfen werden, wenn sie es wollen.“ Mit der Ergänzung dieses letzten Halbsatzes sollte insbesondere auch gegen die Zwangsberatung noch deutlich abgehoben werden. Im nächsten Beschluß gegen den §218 forderte die Konferenz darüberhinaus unter anderem: Für Familien mit Kindern größere und billigere Wohnungen; genügend Kinderkrippen und Ganztagseschulen; Ausbau der bezahlten Freistellung bei Erkrankung eines Kindes.

Darüberhinaus wurde der Hauptvorstand aufgefordert, sich beim DGB-Bundesvorstand dafür einzusetzen, daß eine zentrale Demonstration gegen das Beratungsgesetz durchgeführt wird.

In einem weiteren Beschluß wird die Bundesregierung aufgefordert, umgehend die gesetzlichen Voraussetzung zu schaffen, daß unmoralische und unseriöse sogenannte Heiratsvermittlung von Frauen, vor allem von den Philippinen, aber vermehrt auch aus anderen Ländern unter Strafe gestellt wird.

Zusätzlich zum kommunalen Wahlrecht wurden einige wichtige Beschlüsse zur Lage der ausländischen Frauen und Asylanten gefaßt. Darin heißt es: „Daher fordern wir: Eine eigenständige, d.h. vom Mann unabhängige Aufenthaltsberechtigung für alle ausländischen Frauen, die in der Bundesrepublik leben; Wegfall des vierjährigen Arbeitsverbots für Ehefrauen und des zweijährigen Arbeitsverbots für Familienangehörige; Gleichstellung mit Deutschen bei der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter; keine Beschränkung des Familiennachzugs; gesetzliches Verbot rassistischer, ausländerfeindlicher Propaganda.“ Im Beschluß gegen die Asylgesetzgebung wird die Wiederherstellung des Asylrechts gefordert und menschenwürdige Existenzbedingungen für die Asylanten, d.h. die Auflösung der Sammellager; Barauszahlung der Sozialhilfe in ungekürzter Höhe und Recht auf eigene Verpflegung; Aufhebung des Arbeitsverbots und Aufhebung des Feizügigkeitsverbots; regelmäßige medizinische Betreuung und staatlich finanzierter Deutschunterricht und Schulpflicht für die Kinder.

In allen Beschlüssen gegen die Steuerpolitik wird die Steuerreform abgelehnt. Gefordert wird insbesondere: „Die Abschaffung des Ehegattensplittings, da dies einseitig die Hausfrauenehe insbesondere für Spitzenverdiener bevorzugt; Steuerbegünstigungen dürfen nicht an Eheschließung, sondern müssen ausschließlich an Kinderbetreuung und/oder die Versorgung pflegebedürftiger Menschen gekoppelt werden. Die Bundesfrauenkonferenz fordert Kindergeldzahlung anstelle des derzeit gültigen Kinderfreibetrags, weil mit diesem die Steuerersparnis mit steigendem Einkommen zunimmt.“ Weiter heißt es: „Das Existenzminimum muß langfristig gezielt von der Steuer befreit werden. Der steuerliche Grundfreibetrag plus Haushaltsfreibetrag (zur Zeit DM 4752.- / 9504.-) muß um DM 2000.- / 4000.- (ledige/verheiratete) angehoben werden. Spitzeneinkommen sollen hiervon ausgenommen werden.“

Nachdem auf der ersten Konferenz bereits an Brief an die südafrikanische Botschaft verabschiedet worden war, wurde erneut einstimmig in einem Beschluß die Freilassung der Sechs von Sharpeville und anderer politischer Gefangener in Südafrika gefordert. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen. Darüberhinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, endlich wirksame Sanktionen inklusive Wirtschaftsboykott gegen Südafrika zu verabschieden und sich international dafür einzusetzen. In einer weiteren Entschließung wurde die Anerkennung der PLO und des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes beschlossen und der Abzug Israels aus den besetzten Gebieten gefordert. In einer Entschließung gegen den Faschismus wird eine ideologische und politische Offensive der Gewerkschaften gegen die Faschisten und ein Verbot bzw. die Auflösung der neo-faschistischen Parteien und Gruppierungen gefordert. — (ull)



Kinofilm: Als die Liebe laufen lernte

Anti-Aufklärung über Aufklärungsfilme

Es ist relativ leicht, in der filmischen Darstellung historische Vorgänge ins Lächerliche und Verschrobene zu ziehen — ausgewählte Ausschnitte von Verhaltensweisen und Aussagen genügen, wenn das ohne Erläuterung bleibt, wie sie aus den gesellschaftlichen Bedingungen und Kämpfen entstanden sind, wer dabei welche Interessen verfolgte. „Als die Liebe laufen lernte“, ein Zusammenschnitt von Sexuaufklärungsfilmen aus den späten sechziger Jahren, operiert mit diesem Mittel. In einer Sammlung von scheinbaren Stilblüten erscheint rückblickend die sogenannte sexuelle Revolution als etwas, worüber man heute nur noch den Kopf schütteln und lachen kann.

Was in dem Zusammenschnitt aber sorgsam weggelassen wird, ist eine Darstellung der gesellschaftlichen Kräfte, gegen die sich diese Aufklärungsfilme richteten. Man erfährt z.B. nicht, daß es zahlreiche Gesetze gab, die das Sexualverhalten der Leute entsprechend den Sittengesetzen der Hlg. Kirche streng regelten. Man erfährt auch nicht, daß in der schulischen Erziehung klerikal verordnete Unwissenheit und Verdrummung über die Geschlechterbeziehungen die Regel waren — stattdessen wird der Eindruck erweckt, die meisten

Leute seien eben irgendwie verklemmt gewesen, weswegen man ihnen bei der Sexuaufklärung mit komischen Professoren pseudowissenschaftlich kommen mußte.

Nahegelegt wird auch, daß aus demselben Grund — Rückständigkeit der Leute — fast alle diese Aufklärungsfilme Propaganda machen fürs Familienglück, für die Erfüllung der Frau in der Mutterschaft. Die tatsächlichen Vorgänge stellt das auf den Kopf:

Die massiven Änderungen in den Lebensumständen, insbesondere die Zunahme der Frauenarbeit, hatte zu Problemen in der Reproduktion der Lohnabhängigenhaushalte geführt, insbesondere bei der Versorgung der Kinder. In doch nicht wenigen Gewerkschaften und Betrieben wurde darüber diskutiert, daß gesellschaftliche Einrichtungen nötig sind, die Dienstleistungen anbieten, wie sie vorher in der Familie erledigt wurden, etwa Kindergärten bei jedem größeren Betrieb, kontrolliert durch den Betriebsrat. Konservative Kreise reagierten hierauf. Ein bedeutenderer Teil der Konservativen erkannte, daß offene Sexualunterdrückung, aufs Ekelhafteste mit Staatseinschaltung in die Geschlechterbeziehungen gemischt,

nicht mehr zu halten war. Die Konservativen suchten eine Rückzugslinie, die sie in der Entpolitisierung und Individualisierung fanden: Glück, Liebe, Zufriedenheit seien Dinge, die die Leute eben lernen müßten, „seid nett zueinander ...“ — daß dazu materielle Mindestumstände gehören, die die Gesellschaft zu garantieren hat, war so aus der Diskussion. Es entstand die entsprechende Literatur und auch Kinofilme, angefangen von Oswald Kolle, der in den rechten Illustrierten Quick und Neue Revue veröffentlichte, bis hin zu Käthe Strobl, Familienministerin in der Regierung Brandt, die den Aufklärungsfilm „Hel-

ga“ aus der Staatskasse finanzierte.

Der Zusammenschnitt verfälscht aber nicht bloß die Vergangenheit, er verfolgt durchaus aktuelle Absichten. Darauf spekulierend, daß dem Zuschauer die Aids-Propaganda von Süßmuth, Gauweiler & Co schon einfallen wird, endet der Film mit einem Zitat Oswald Kolles, der Partnertausch und Grupensex als bald gängiges Heilmittel für „langweilig“ gewordene Ehen empfahl und prophezeite. Das so aufgeklärte Gehabe über die komischen Aufklärer von damals propagiert reaktionäre Staatseinschaltung in das Sexualverhalten heute. — (alk)

Kinofilm: Sammy und Rosie tun es

Arme Boheme unter Margaret Thatcher

Sammy ist Inder und lebt in London von der Steuerberatung für Künstler. Rosie, seine Freundin, ist vermutlich Sozialarbeiterin, genaues erfährt man nicht. Eines Tages bekommen sie Besuch von Sammys Vater, der in Indien in der Regierung war und Sammy viel Geld anbietet, wenn er ihn aufnimmt. Angeblich wird er verfolgt. Außerdem will er eine alte Jugendliebe treffen und sein Lebensende im „zivilisierten London“ verbringen. Bald entdeckt der Vater, daß London voller Slums und Krawalle ist, weshalb es ihm „wie

Beirut“ erscheint. Rosies Freundinnen finden heraus, daß Sammys Vater in Indien für Folterungen von Oppositionellen verantwortlich war, und stecken das Rosie. Die ist empört und verlangt von Sammy Parteinahme gegen den Vater — sprich: Ablehnung von Vaters Geld. Die bekommt sie auch, geht aber trotzdem kurz darauf mit einem Schwarzen ins Bett — in einem heruntergekommenen Wohnwagen auf einem noch heruntergekommenen Ruinengelände irgendwo in London. Dieser Schwarze taucht im Film immer wieder



auf, redet auch gelegentlich, aber was er sagt, ist im Grunde ganz gleichgültig. Er ist vor allem „schön“ athletisch. Während der Szene von Rosie und dem Schwarzen im Bett — abwechselnd werden auch noch Sammy mit einer Fotografin und der Vater aus Indien mit seiner alten Jugendliebe im Bett eingeblendet — singen vier Schwarze vor dem Wohnwagen ein Ständchen. Das ist eigentlich schon die ganze Handlung. Am Anfang und Ende werden noch ein paar zynische Bemerkungen von Margaret Thatcher über die „Aufräumung“ der Innenstädte eingeblendet, wird eine Schwarze in ihrer Wohnung von der Polizei erschossen, und am Ende erhängt sich der Vater aus Indien. Aber all das und zusätzlich noch eine Straßenschlacht von Slumbewohnern mit der

Polizei bildet nur die Kulisse für die Geschichte von Sammy und Rosie. Die Moral soll wohl lauten: Die Welt ist schlecht, Margaret Thatcher eine Heuchlerin, Widerstand gegen die Reaktion sinnlos. Aus Erfahrung und Lebensstil einer — wenngleich noch etwas armen — akademischen Boheme kann man vielleicht zu solchen Schlüssen kommen, sarkastisch tun — und am Ende Laufbahn machen. Diese ziemlich unverhüllt vorgetragene Propaganda macht den Film, den liberale Blätter wie der „Spiegel“ als „anarchistisch“ und dergleichen loben, bei allen realistischen Ausschnitten über den Alltag einer akademischen Boheme in einer imperialistischen Metropole wie London am Ende auch so unangenehm. — (rül)

Kinofilm: Die Dämonen

Propaganda für eine christliche Erneuerung

Der Film „Die Dämonen“ des polnischen Regisseurs Andrej Wajda kam bereits 1987 in die bundesdeutschen Kinos. Große Publikumserfolge und Umsätze waren von vornherein wenig zu erwarten, dazu ist das Thema, die Verfilmung des gleichnamigen Dostojewski-Romans, zu speziell auf die Intelligenz zu geschnitten. Wajda hielt sich im wesentlichen auch an die Romanvorlage, zum Vorteil des Films aber gereichte dies nicht — wie so häufig bei Romanverfilmungen. Dostojewskis umfangreicher Roman wurde zu einem Fragment reduziert, gerade dort, wo dieser die Lebensverhältnisse der gesellschaftlichen Klassen in Rußland Mitte des 19. Jahrhunderts schildert. Wajdas Film ergeht sich in der Ausbreitung derjenigen Romanteile, die die geknechteten, leidenden Menschen darstellten und die Scheußlichkeit des Lebens bloßlegten, aber das Leiden an sich poetisierten. Dostojewskis Roman enthält sicherlich viel Kritik und Anklage gegen die russischen Verhältnisse des

19. Jahrhunderts, auch wenn beides perspektivlos bleibt. Wajda jedoch propagiert hier heraus als Ausweg die christliche Erneuerung. Dies hat ihm von bürgerlicher Seite Beifall eingebracht, sieht sie in dem Film auch eine Kritik an den Verhältnissen in der Sowjetunion und in Osteuropa.

Die Handlung ist kurz erzählt: Eine Gruppe von Anarchisten plant „Terrorakte“ in einem kleinen russischen Städtchen, die schließlich nach einem Arbeiterstreik verübt werden und im sinnlosen Anzünden von Häusern bestehen. Innerhalb der Gruppe kommt es zu einem Fememord, der die Sinn- und Perspektivlosigkeit verstärken soll und die moralische Verderbtheit von Revolutionären aufzeigen soll. Zum Schluß steht einzig als Hoffnung das Gleichnis des Evangelisten Lukas von den Dämonen, die aus dem Menschen heraus in eine Herde Säue fahren. Auf Rußland bezogen, soll dies heißen: die Selbstreinigung der russischen Gesellschaft durch christlichen Glauben. — (sie)

Versicherungen

Deregulierung durch Selbständige

Die Zahl der angestellten Außendienstbeschäftigten bei den privaten Versicherungen hat in den vergangenen Jahren eine erhebliche Änderung erfahren. Waren 1974 noch 40400 angestellte Beschäftigte mit dieser Tätigkeit beauftragt, so ist ihre Zahl 1984 bereits auf 34500 gesunken. Damit waren die angestellten Außendienstmitarbeiter überproportional vom allgemeinen Beschäftigungsrückgang betroffen: Rund 45% der verlorengegangenen Arbeitsplätze entfielen auf diesen Bereich, dessen Anteil an der Gesamtbeschäftigung 19,3% (1974) bzw. 17,4% (1984) betrug. Spiegelbildlich dazu hat sich die Zahl „selbständiger“ Außendienstmitarbeiter erhöht. Nach einer Untersuchung über „Deregulierung von Arbeitsbedingungen durch selbständige Beschäftigungen“ am Beispiel des Versicherungsaußendienstes sind heute zwischen 50000 und 60000 sogenannte selbständige Außendienstmitarbeiter im Versicherungsbereich tätig. Diese „Verselbständigung“ geht hauptsächlich zwei Wege: Erstens werden ausscheidende Angestellte durch Selbständige ersetzt bzw. wird ein zusätzlicher Bedarf an Außendienstpersonal durch Selbständige abgedeckt. Zweitens werden Angestellte durch Überredung, meistens jedoch durch Druck (mangelnde Produktivität u.ä.) in den Status des „Verselbständigten“ gedrängt. In rund 80% dieser Fälle geht die Initiative von den Versicherungsgesellschaften aus. Gingen die Versicherungskapitalisten bislang davon aus, daß sich angestellte Außendienstbeschäftigte kraft des Direktionsrechtes besser an die Kandarre nehmen lassen, so hat mit anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit dieser Gesichtspunkt an Bedeutung verloren. Die faktische Selbständigkeit wird um so geringer, wie Beschäftigungsalternativen seltener und damit die Folgen von Sanktionen — insbesondere Vertragsbeendigung durch die Versicherungsgesellschaft — schwerwiegender werden. Nachdem die Frage des Direktionsrechtes also nicht mehr ausschlaggebend ist, treten Kostenüberlegungen in den Vordergrund. Kostenunterschiede können daraus resultieren, daß die Entgelte (Provisionen) der Vertreter schlicht niedriger sind als die bei Angestellten vom Versicherer zu erbringenden Leistungen (Provision, Sozialzulage, Urlaubsentgelt, Entgelt bei Krankheit, Sonderzahlungen, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Fahrtkostenerstattung und Spesen). Tatsächlich ist dies vielfach bereits der Fall; insbesondere bei neu abgeschlossenen Vertreterverträgen haben offenbar die Provisionen in den letzten Jahren eine rasante Talfahrt hinter sich gebracht.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit Kostenkalkülen steht das Streben der Unternehmen nach Flexibilität, mit anderen Worten der Beseitigung arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften, tariflicher Mindestarbeitsbedingungen und betrieblicher Mitbestimmung. Bei den Einkommen selbständiger Einfirmenvertreter ist eine recht breite Streuung festzustellen. Im Zuge der quantitativen Ausweitung des selbständigen Außendienstes dürfte jedoch der Anteil der niedrigen Vertreterereinkommen deutlich an Gewicht gewonnen haben. Zumindest bei den in den letzten Jahren geschlossenen Vertreterverträgen gleicht die nominell nach wie vor höhere Provision der Vertreter nicht mehr das Fehlen der Leistungen aus, die Angestellten zustehen. Aufgrund der Untersuchungen dürfte das monatliche Einkommen der „Verselbständigten“ bei weniger oder wenig mehr als 2000 DM liegen. Für freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung dürften oft die Mittel fehlen. Ersparnisbildung als Vorsorge für Arbeitslosigkeit erscheint unmöglich.

Vorgefunden wird also eine unternehmerische Kostenstrategie, die sich, anders als die Rationalisierung im Verwaltungsbereich der Versicherungswirtschaft, nicht in er-

ster Linie technisch-organisatorischer Mittel bedient, sondern der Wahl des mit dem Beschäftigten geschlossenen Vertragstyps. In den vergangenen zwei Jahren ist es in der Frage der Verhinderung derartiger Arbeitsverhältnisse zu einiger Bewegung gekommen. Betriebsräte versuchen engagiert und meist gegen den hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber, ihr Mitbestimmungsrecht beim Einsatz von Selbständigen im Betrieb zu nutzen. Die nur punktuelle Einbeziehung „Verselbständigter“ in den Geltungsbereich der Betriebsverfassung kann jedoch die Ausgrenzung von Arbeitsrecht und Tarifvertrag nicht dauerhaft ersetzen. — (mam)

§ 218

Die Union diskutiert übers Menschenbild

Dieser Tage ließ die SPD-Bundestagsfraktion praktisch gleichzeitig zwei Initiativen los: Kanzler Kohl möge unter Mitwirkung seiner Partei aus dem Amt geschafft werden, und: Kanzler Kohl solle der Entwicklung der Ostpolitik durch alsbaldigen Besuch der DDR voranhelfen. Es ist nicht gemeint, daß Kohl zum a.D. gemacht werden und nach drüben gehen soll, vielmehr wird die widersprüchliche Beurteilung des Kanzlers und seiner Partei erkennbar, die Kritik schwankt zwischen: so gut wie weg! und: bleiben dran bis nach 2000! Das Wortprotokoll des Wiesbadener Parteitages der CDU vom 13. bis 15. Juni liegt jetzt vor und zeigt seinem Leser, daß die Union eine Perspektivdiskussion führt, die zur Begründung einer Art christlichen Fundamentalismus hinstrebt und für die ganze Breite menschlichen Verhaltens staatliche Normen setzt. Diese Politik ist extrem antiemanzipatorisch, weil sie jede menschliche Regung durch die öffentlichen Gewalt prüfen lassen will, die berechtigt sei, zu fördern und zu strafen. Im folgenden soll die Entfaltung dieser Strategie an Hand von Redebeiträgen, die den § 218 betreffen, dargestellt werden.

Kohl für deutsche Arbeitskräfte

Kanzler Kohl, der immer weiß, wo der Schuh eigentlich drückt, wies schon bei seiner Einleitungsrede der Debatte um

den § 218 den richtigen Stellenwert zu. Er spricht von einer „demographischen Herausforderung“ und führt weiter aus:

„Liebe Freunde, hier ist eine ganz ungeschminkte Bestandsaufnahme notwendig. Das Ergebnis muß uns zutiefst betreffen machen. Alfred Grosser, ein Mann, der Deutschland kennt wie wenige, hat vor einiger Zeit in Paris erklärt — ich zitiere es mit meinen Worten —, er verstehe die Deutschen nicht ganz: Sie beschäftigten sich überwiegend mit Fragen des Umweltschutzes. Das sei zwar verständlich, aber über das wichtigste würden sie nicht reden, nämlich über die Tatsache, daß in der Bundesrepublik so wenig Kinder geboren werden — mit all den negativen Folgen, die das für uns haben wird ... Jeder weiß, daß diese Entwicklung nicht kurzfristig zu verändern ist. Die Dramatik liegt ja vor allem darin — und das begreifen nur sehr wenige —, daß sich diese Entwicklung noch beschleunigt ... Das ist doch ein Thema, das uns aufrütteln muß und das wichtiger ist als die Diskussion darüber ist, ob wir 40, 39, oder 38,5 Stunden in der Woche arbeiten.“ (S. 31)

In seiner zusammenfassenden Antwort auf die Generaldebatte des ersten Tages erläuterte Kohl noch einmal etwas dazu:

„Liebe Freunde, in einem Augenblick, in dem die körperliche Arbeit in den meisten Betrieben immer weiter zurückgeht, in dem wir eine Umwandlung der Gesellschaft von der klassischen Arbeitergesellschaft zur Angestelltengesellschaft erfahren — ich brauche Ihnen das alles nicht zu erläutern, Sie wissen das —, wird hierzulande so getan, als hätten wir auf Dauer einen Überschuß an Arbeitskräften. Den haben wir nicht. Ich bitte wirklich, das zu bedenken, wenn sie weiter über Arbeitszeitverkürzung nachdenken ... Unter diesem Gesichtspunkt bin ich um jeden unserer Landsleute froh, der aus Ost-, Mittel-, und Südosteuropa zu uns kommt. (S. 109)“

Kohl interessiert sich für Geburtenziffer, Altersruhezeit und Einwanderung, weil er ein dauerhaftes Überangebot an Arbeitskräften will. Die besondere Qualität der „Landsleute aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa“ besteht in dem Ja zum Deutschtum, das man von Ihnen erwartet. Nicht an irgendwelchen Arbeitern fehlt es, sondern an Kräften, denen von Kindesbeinen an Deutschtum eingefloßt wurde, sei es durch die Schule, sei es durch die Eltern.

Danach war einfach klar, daß Deutschland mehr deutsche Kinder braucht, und auch, woher diese Kinder kommen sollen. Sie sollen aus Schwangerschaften entstehen, die unter Umständen ablaufen, wie sie heute oft zum Abbruch führen.

Infolgedessen sah der Parteitag in der hohen Zahl unfreiwilliger Schwangerschaften — sie wird ja wohl die Zahl der Abbrüche nochmals übersteigen — kein Problem. Man war sich stillschweigend einig, daß bei einem solchen Geburtenfehl jedes Zustandkommen einer Schwangerschaft als Pluspunkt zu werten sei. Ausnahmen, dezent genannt von Geißler, Wallmann u.a., bildeten lediglich die Notzucht an der Mutter und die Behinderung des Kindes, im ersten Falle fehlt sittlich die Eignung als Erbsohn bzw. -tochter, im zweiten Fall physisch.

Süßmuth in Christi Liebe helfend

Strittig blieb zunächst, ob das Austragen der Schwangerschaft mehr durch hilfsbereite Zuwendung zu den Nöten einer Schwangeren geschehen solle oder durch Klärung der Strafnormen.

Rita Süßmuth führte dazu aus:

„Der Gott der Christen ist kein Gott der Angst, der Abschreckung und der Strafe. Er ist ein liebender und ein helfender Gott, der auch dies von uns einfordert.“

Wir wollen den Schutz des Lebens, die Sicherung durch klare Rechtsnormen. Auch wenn es kein Verfassungsgerichtsurteil gäbe, auch wenn es kein Gesetz gäbe, wären wir aufgefordert und verpflichtet, das Leben zu schützen. Wir tun es doch nicht um der Gesetze willen, sondern um der Menschen willen, um ihrer Werte und Achtung willen.

Wir haben in der Bundesrepublik die Erfahrung machen müssen — oder machen sie noch —, daß das Strafrecht, — wir



CDU-Parteitag, Juni 1988. Kohl spricht von „demographischer Herausforderung“.

haben eines der strengsten in Bezug auf den Schutz des Lebens, diesen Schutz des ungeborenen Lebens noch nicht gewährleistet. Es kommt entscheidend darauf an, die Menschen selbst zu erreichen, sie zu überzeugen von der unbedingten Schutzbedürftigkeit, von der Kraft, die vom Leben ausgeht, und von der Hilfe, die wir einander bringen können und durch die wir uns wechselseitig bereichern. Bringen wir diese Vorstellung über, daß wir dem Leben auf der Spur sind und es jedem Menschen ermöglichen wollen, Leben auch weiterzugeben. (S. 188)“

So leitet Rita Süßmuth ihr Plädoyer für das Beratungsgesetz ein. Sie setzt das Verhältnis des Christengottes zum Menschen als Maßstab für das Verhältnis zwischen der Staatsmacht und einer Schwangeren. Es ist ein Denkmodell, in dem der Staat an die Stelle des Christengottes tritt und die Schwangere an die Stelle des hilfs- und liebesbedürftigen Menschen. Die Allmacht Gottes und die Ohnmacht des Erdenwurms, hier die Allmacht, Gutes zu tun und dort die Ohnmacht, Böses zu lassen, ein wahrhaft tröstliches Bild, eingerahmt durchs Beratungsgesetz.

Albrecht setzt auf Gottes Gewalt

Die Bannung der Schwangeren in die Position der Sünderin gegen das Leben bereitet den Boden für die kernige Extremposition, die Dr. Albrecht in der Debatte bringt:

„Ich habe im Theologiestudium in meiner Jugend gelernt, daß Jesus Christus durch seinen Kreuzestod die Menschen erlöst hat und daß das Reich Gottes denen zugesprochen ist, die an ihn glauben und ihn als ihren Herrn anerkennen. Ich habe aber auch gelernt, daß wir noch nicht im neuen Jerusalem — biblisch gesprochen — leben, daß wir noch nicht den neuen Himmel und die neue Erde haben, sondern wir leben im alten Äon, wie die Theologen sagen, und der steht immer noch unter dem Gesetz der Erbsünde. Wenn es eine Erfahrung gibt, die ich in zwölf Jahren Regierungsverantwortung gemacht habe, dann ist es diese: wie tief diese Erbsündestruktur überall wieder durchschlägt. Es ist eine Schlußfolgerung, die ich daraus gezogen habe — es ist ja eine Diskussion, die wir mit unseren Kirchen, vor allen Dingen mit der evangelischen Kirche, führen müssen —: Wer glaubt, die Erbsündestruktur der Welt mißachten zu können, der schafft nicht das Gute, sondern das Unheil. Wer glaubt, Friedenssicherung machen zu können, indem er sich auf den guten Willen aller Menschen verläßt und nicht die Erbsündestruktur ernst nimmt, der schafft den Krieg. Auch bei diesem schweren Problem müssen wir uns fragen, wie wir mit der Erbsündestruktur, der wir nicht entweichen können, tatsächlich fertig werden. Ich möchte deshalb auch nicht harmonisieren. Wenn ich eine leise Kritik, Rita Süßmuth, an den Ausführungen, die Sie gemacht haben — die großartig waren —, habe, dann ist es, daß mit dem Begriff der Liebe nach meiner Überzeugung das nicht gelöst werden kann. Es ist ein wichtiger Beitrag. Aber es bleibt etwas Ungelöstes. Es muß auch das sittliche Gebot klar sein. Es darf keinen Zweifel daran geben, daß es sich hier um unverfügbares Leben handelt. Es ist auch die Aufgabe eines Staates, der Rechtsstaat sein will, daß er alles einsetzt, was in seiner Macht ist, um dieses Leben zu schützen. Nur ... müssen wir auch erkennen, daß unsere Macht begrenzt ist. (S. 196)“

Bei Ernst Albrecht leitet sich der Auftrag des Staates ebenfalls aus der Religion her. Er sieht den Staat als Rächer der Sünde. Für den Fall, daß gerade keine Sünde aktiv anliegt, bleibt immer noch vorzubeugen, die Erbsündestruktur liegt auf der Lauer.

Sowohl bei Bundesministerin Süßmuth wie bei Ministerpräsident Albrecht ist ein seltsam unbürgerliches Verhältnis zum Staatsapparat zu merken. Rita Süßmuth sieht als Aufgabe der öffentlichen Gewalt, den Strauchelnden auf einen guten Weg zu weisen. Sie setzt voraus, daß das Wissen um den guten Weg beim Staat ist, sie faßt nicht, wie es bürgerliche Tradition wäre, den Staat als etwas durch und durch Kontrollbedürftiges



Rita Süßmuth und Ernst Albrecht zum Thema: Die Allmacht Gottes und die Allmacht des Staates.

auf, sondern den Menschen. Gerade die Zugehörigkeit zum bzw. formelle Anerkennung durch den Staatsapparat befähigt den Menschen, das Gute zu wirken. Die beratende Person ist der beratenden Person vorgesetzt. Das ist ein durch und durch knackautoritäres Denken. Von Beratung kann jedenfalls keine Rede sein, denn zur Beratung gehört das Recht der beratenen Person, selbst zu entscheiden. Es geht um Beeinflussung, wie sie dort möglich ist, wo im Hintergrund die Drohmittel sichtbar sind.

Die lästerliche Überhebung, mit der Rita Süßmuth ihr sozialpolitisches Wirken vergötzt, sollte normalerweise Widerspruch von christlicher Seite auslösen, spricht sie doch dem einzelnen Christen das Gewissen ab und setzt diplomierte Fachkräfte an dessen Stelle. Auch bleibt erstaunlich, wie sich in einem angeblich aufgeklärten und religiöser Raserei abholden Land wie der BRD Ministerpräsident Albrecht ohne Umschweife als Schwert Jesu stilisieren kann, gemäßigt, nach eigenem Bekunden, nicht durch Respekt vor der Person der Mitmenschen oder gar durch Zweifel in die Richtigkeit des eigenen Urteils, sondern nur durch die faktischen Grenzen seiner Macht.

Ein Staat wie Gott der Allmächtige

Wie es denn möglich wäre, gleichzeitig weniger Gesetze gegen den Abbruch der Schwangerschaft und mehr Gesetze zur Eindämmung der Manipulation an Embryonen und Erbgut zu fordern, fragen polemisch mehrere Unionsdelegierte an die Adresse der Grünen (die in dieser Debatte für alles Linke herhalten müssen). — Wer den Staat als Instrument der herrschenden Klasse versteht, bemerkt auch, daß sowohl die Verschärfung des § 218 wie auch die Legalisierung von Manipulationen mit Embryonen und menschlicher Erbsubstanz dem Durchgriff der herrschenden Klasse auf das Gattungsverhalten des Menschen dienen. Zur Begründung ihres Strebens nach umfassender Herrschaft finden die Reaktionäre im Glauben an den omnipotenten Gott eine umfassende Denkstruktur vorgefertigt. Wer Schaf ist, lasse sich züchten, scheren, schlachten.

Alle Seitenangaben zu Protokoll des 36. Bundespartei-tags der CDU, her ausgegeben von der CDU-Bundesgeschäftsstelle der CDU, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus — (maf)

Politische Gefangene in der Türkei

Interview mit Dursun Karatas, angeklagt im Dev-Sol-Prozeß

Im Massenprozeß gegen Dev Sol, in dem rund 1500 Menschen angeklagt sind, hat die Staatsanwaltschaft nach jüngsten Meldungen 88 Todesurteile beantragt. Einige der Angeklagten sind schon seit 1979 im Gefängnis, ohne daß in ihrem Fall bisher ein Urteil gesprochen wurde. Sie sind z.T. so lange in Haft, daß das jeweils höchste Strafmaß kürzer ausfallen muß, als ihre Inhaftierung schon andauert. In vielen Fällen stützt sich die Anklage auf Aussagen, die unter Folter erpreßt wurden.

Die bürgerliche Presse in der BRD schweigt über die anhaltende Verfolgung von revolutionären und fortschrittlichen Kräften in der Türkei fast vollständig. Im Frühjahr nahm eine in die Türkei gereiste Delegation aus der BRD an einer im

Militärgefängnis Metris (Istanbul) stattfindenden Verhandlung im Massenprozeß teil. Sie hatte dabei die Gelegenheit, mit einem der Angeklagten, Dursun Karatas, zu sprechen. Am gleichen Tag gab dieser im Gerichtssaal eine Erklärung der Gefangenen ab: „Die Ergebnisse des 12. September bekämpfen“. In dem Interview, das wir im folgenden abdrucken, berichtet Dursun Karatas über den achtjährigen Kampf in der Gefangenschaft und über die Entwicklung der politischen Lage in der Türkei. Er erläutert die Auffassungen von Dev Sol zur Geschichte der revolutionären Linken in der Türkei und zur Notwendigkeit einer Einheitsfrontpolitik und die Stellung zum nationalen Befreiungskampf in Kurdistan.

— (scc)

D. Karatas: Wie fanden Sie die türkischen Gerichte?

Delegation: Sehr interessant. Alle schlafen (die Richter). Sehr kalt ... (Gerichtssaal)

D. Karatas: Wann kehren Sie zurück?

Delegation: Sonnabend.

Was wollen Sie über die linke Bewegung in der Türkei und in der BRD, über die revolutionäre Bewegung sagen?

D. Karatas: Was ist gemeint, die Linke in der BRD, allgemein oder die Revolutionäre in der Türkei?

Delegation: Beide.

D. Karatas: Zunächst unseren Aufruf an alle Demokraten und Menschenrechtsorganisationen im Ausland, sie sollen die Realitäten in der Türkei sehen, daß in der Türkei das Regime des 12. Septembers andauert. Die Demokratisierung unter der Özal-Regierung ist nur ein

Spiel, ein Täuschungsmanöver. Der 12. September besteht mit der Verfassung, dem Hochschulgesetz, den Gewerkschaften, den Gesetzen, den Vereinen und den Folterungen fort.

Es gehört zu Ihren Pflichten, dies der demokratischen Weltöffentlichkeit zu vermitteln und Druck auf die Özal-Regierung auszuüben. In der Türkei entwickelt sich der revolutionäre Kampf von neuem. In dieser Hinsicht sehen wir die Zukunft positiv. Vielleicht kann man das im Ausland nicht so erkennen. Aber wir glauben, daß nach einer Weile die Massenbewegungen und Solidaritätsbewegungen zunehmen werden, das wird jeder sehen. Wir möchten, daß parallel dazu die Solidaritätsbewegung im Ausland zunimmt. Wir haben heute eine Kampagne eröffnet, um die Justiz des 12. Septembers anzuklagen. Unsere Familien und verschiedene demokratische Organisationen unterstützen dies. Wir erwarten hierfür auch aus dem Ausland breites Interesse und Unterstützung. Wir glauben, daß Ihre Solidaritätsaktionen auf die Regierung Einfluß ausüben werden. Die besten Beispiele dafür haben wir 1983 erlebt. Damals fanden Hungerstreiks statt. In Istanbul waren an die 2000 Personen in einem 27tägigen Hungerstreik. Er wurde besonders in der BRD unterstützt. Es gab eine große Kampagne mit Hungerstreiks sowohl der bundesdeutschen Linken als auch der Revolutionäre aus der Türkei, mit Unterschriftensammlungen und Protesttelegrammen von Intellektuellen und Schriftstellern an die Regierung. Wir glauben, daß solche Aktionen wieder gemacht werden können. Wir kennen die dortigen Bedingungen nicht genau, was gemacht werden kann und was nicht, aber dies können wir in etwa sagen. Das ist es, was ich zur Solidarität sagen wollte. Wir grüßen alle von ganzem Herzen.

Delegation: Sie haben über den Hungerstreik in Sigmaringen berichtet und auch

über Ihre eigene Lage. Sie sagten dabei, Sie könnten auch daran teilnehmen, falls die Forderungen nicht erfüllt werden. Können Sie dies noch mal erläutern?

D. Karatas: Seit den ersten Tagen des 12. Septembers wurden zahlreiche Menschen ins Gefängnis gesteckt, zehntausend, ja sogar an die hunderttausend. Eines der Hauptziele des 12. Septembers war es, die Massen apolitisch zu machen, und so auch die Gefängnisinsassen. Dazu wurden Repressalien, ideologische Propaganda und Folter angewendet. Eines der Folterwerkzeuge bildete die Einheitskleidung. Genauer gesagt, um Menschen ihrer Identität zu berauben und von ihren Gedanken abbringen zu können, wurde auf die Einheitskleidung zurückgegriffen. Diese Einheitskleidung haben die Revolutionäre, haben wir abgelehnt. Das Gesetz über das Tragen der Einheitskleidung durch Häftlinge wurde erst im August 1987 herausgebracht. Dabei versuchte man schon im Januar 1984, uns zum Tragen der Einheitskleidung zu zwingen. Es gab Widerstandsaktionen, sogar recht viele. Die Angeklagten in unserem Prozeß hatten vier Todesopfer zu beklagen. Vier unserer Freunde starben im Hungerstreik. Damals konnten wir die Einheitskleidung nicht abschaffen, mit der damaligen Widerstandskraft nicht, aber es wurden einige Verbesserungen erreicht, und es wurde eine Tradition des Widerstandes gegen die Einheitskleidung geschaffen und zugleich ein Bewußtsein, warum dies notwendig ist. Aus diesen Aktionen gingen neue hervor, zuletzt nahmen die im Juli—August 1987 begonnenen Hungerstreikaktionen in der gesamten Türkei einen noch größeren Umfang an. Bei diesen Aktionen starb Didar Sensoy, eine Angehörige der Häftlinge, vor dem Parlamentsgebäude. Trotzdem schaffte die Regierung die Einheitskleidung nicht ab. Sie hatte es sich in den Kopf gesetzt, die Häftlinge zu bessern oder, wie es



Solidaritätsaktion in Köln, 1983

modern heißt, zu rehabilitieren. Aber nach der Verweigerung der Einheitskleidung, nach den immer wieder durchgeführten Hungerstreiks, nach dem Druck von außen durch die Öffentlichkeit und die Angehörigen, nach all dem Widerstand in den Gefängnissen konnte die Regierung ihre Entschlossenheit nicht mehr aufrechterhalten, sie hat de facto die Abschaffung der Einheitskleidung erklärt.

Am 30. Tag der Aktion in Sıgırmacılar ist die Einheitskleidung abgeschafft, aber es gibt andere Probleme. Die Leute werden beim Gang zum Gericht angeketet, sie leben in Einzelhaft in Sıgırmacılar. Die als Sıgırmacılar 2 bezeichnete Haftanstalt hat noch keine Gemeinschaftszellen. Die Fenster sind sehr klein, das Essen wird in Näpfen durch vergitterte Öffnungen hineingereicht. Die Besuche finden nicht wie normal statt, die Telefone werden abgehört, ebenso die Rechtsanwälte am Telefon. Ich glaube, Sie sind im Besitz der Forderungen der Häftlinge aus Sıgırmacılar. Sie sind im Hungerstreik, damit all dies abgeschafft wird. Seit drei Tagen verhandeln sie, wie wir gehört haben. Wir glauben, daß sie weiter machen werden, falls kein positives Ergebnis dabei herauskommt. Wenn der Hungerstreik länger dauert, sind wir gezwungen, Aktionen zu ihrer Unterstützung zu beginnen, und wir glauben, daß andere Gefängnisse bestimmte Anstrengungen machen werden, um ihre Unterstützungsaktionen durchzuführen. Nur glauben wir nicht, daß der Widerstand lange andauern wird, wir hoffen, daß er auf jeden Fall endet. Das heißt, der Widerstand wird andere Dimensionen bekommen, ob er heute endet oder nicht. Denn wir werden unbedingt unsere üblichen Rechte erkämpfen. In der Türkei ist das Solidaritätsgefühl zwischen den Gefängnissen sehr stark. Also, wenn in einem Gefängnis eine Widerstandsaktion läuft, dann ist es unmöglich, daß ein anderes Gefängnis unbeteiligt bleibt. Im allgemeinen wird Solidarität geübt, denn unsere Probleme sind überall gleich. Wir sind mit unseren Freunden vereint.

Delegation: In einem früheren Gespräch haben Sie uns eine Einschätzung der Linken der Türkei, der Reformisten, der TKP geliefert.

D. Karatas: Es ist wohl nützlich, einen kurzen Abriss der Geschichte der Linken der Türkei zu geben. Seit den 20er Jahren wird die Tradition der Linken der Türkei durch die TKP symbolisiert. Diese war bis in die 60er Jahre auf die Aktivitäten beschränkt, die in einem engen Rahmen einer Gruppe von Intellektuellen blieb. So verging in einer 50jährigen Periode eine Zeit von gut 30–40 Jahren, in der man sich an den Kemalismus, den wir als Diktatur des Kleinbürgertums, als Vertreter der kleinbürgerlichen Ideologie bezeichnen, anhängte.

Das heißt, es gab keine unabhängige Vertretung der Ansichten des Proleta-



Demonstration von Frauen vor dem Militärputsch vom 12. September

riats und der werktätigen Bevölkerung, keinen entschlossenen Kampf um die Macht. Und die Niederlagen hatten sie (die TKP) mit jedem Tag geschwächt, um 1951 war sie aus der politischen Arena verschwunden. In den 60er Jahren gab es die Entstehung der Arbeiterpartei der Türkei (TİP). Wir können sagen, daß damit zum ersten Male Bedingungen entstanden waren, in denen die Linke der Türkei zu einer Massenbewegung wurde. Aber die TİP besaß keine Linie, die sie zu einer Arbeiterpartei, zu einer Massenbewegung machte. Nach 1960 entstand ein verhältnismäßig demokratisches Umfeld, was bedeutet, daß die junge Generation durch die Übersetzung der Klassiker des Marxismus-Leninismus diese kennenlernte. Da aber die junge Generation den Marxismus-Leninismus noch nicht vollständig rezipieren konnte, konnte sie keine revolutionäre Strategie für die Türkei entwickeln, das heißt, sie konnte den Marxismus nicht ganz begreifen. Und sie reihte sich in die TİP ein, fast alle taten das. In diesem Sinne gewann die TİP eine Massenbasis.

Mit der Rezipierung des Marxismus-Leninismus erkannte man den Fehler der parlamentarisch-reformistischen Linie der TİP. So kam es zu verschiedenen Spaltungen. Die Anhänger der Doktrin der nationalen Revolution, die sozialistischen Revolutionäre und die Linie, die beide ablehnten. Als Ergebnis dieser These. Antithese, Synthese entstand in der Türkei 1971 eine bewaffnete Bewegung. Die Botschaft, die diese bewaffnete Bewegung den Volksmassen vermittelte, lautete, daß das erste Ziel des Kampfes, der Sturz der bürgerlichen, faschistischen Regierung, nur durch

bewaffneten Kampf möglich und der parlamentarische Weg nicht gangbar ist. Hierauf bauten die als Volksbefreiungspartei der Türkei — Front (THKP-C) bekannte Organisation und der Kampf der Volksbefreiungsarmee der Türkei (THKO) auf. Das heißt, die Tradition des bewaffneten Kampfes kam erstmals 1971 mit der THKP-C und der THKO auf. Zugleich begann in der Türkei innerhalb der Linken eine Formierung. Dies können wir in zwei Kategorien einteilen: Die einen sahen den Weg zur Revolution in der Türkei im bewaffneten Kampf und waren der Überzeugung, eine Revolution könne nur durch bewaffneten Kampf verwirklicht werden, die anderen glaubten, eine Revolution könne ohne die Notwendigkeit eines bewaffneten Kampfes durchgeführt werden. Die letztgenannte Überzeugung entstand im Umfeld der Arbeiterpartei der Türkei (TİP), der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSİP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). So sehr sie auch betonten, daß sie bewaffnete Aktionen nicht ablehnten, so wenig hat man bis jetzt von einer Organisation oder Aktion, die auf einen bewaffneten Kampf abzielen, gesehen. Also, wir betrachten die Linke der Türkei im Prinzip in zwei Kategorien, die, welche den Weg zum Sturz der bestehenden Herrschaft im bewaffneten Kampf sehen, und jene, welche es auf friedlichem Wege versuchen.

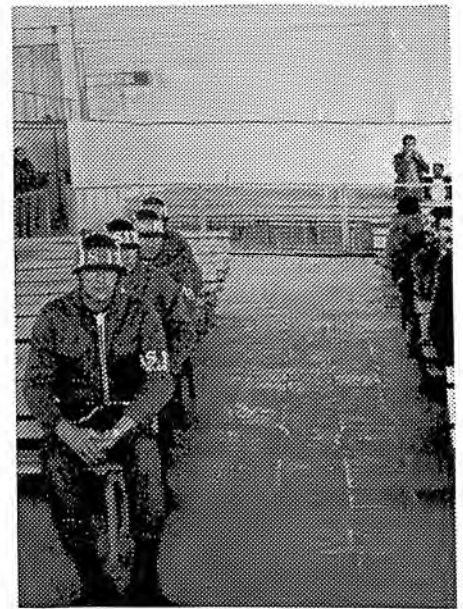
Heute ist die von THKP-C vertretene Politik in mehrere Gruppen zersplittet. Die THKO vertritt nicht mehr ihre alte Linie. Leute sind aufgetaucht, die andere Ansichten, andere Strategien vertreten. Aber wenn wir sie als ganzes betrachten,

so können wir sie wieder in zwei Kategorien einteilen: die, welche den bewaffneten Kampf vertreten, und die, welche ihn ablehnen. Die „Linke Einheit“, in der, wie ich glaube, sieben bis acht Gruppen unter der Führung der TKP vertreten sind, steht völlig auf der Linie von Gorbatschow, die gegen die Atomwaffen als Hauptwiderspruch kämpft, dies als Friedensdienst ansieht und mit allen Regierungen eine Übereinkunft sucht, um die Gefahr eines Atomkrieges zu vermindern. Unserer Meinung nach ist dies eine Linie, die Revolution verhindert und den Kampf der Volksmassen zurückwirft. Sie ist abzulehnen. Sie ist nicht marxistisch-leninistisch, sagen wir. Und das Ergebnis ist, daß die Politik der „Linken Einheit“ in einem Lande wie dem unseren niemals eine konsequente Politik hervorgebracht hat. Sie wird geformt durch das, was Leute in der UdSSR sagen. Das heißt, gestern vertraten sie, was Chruschtschow sagte, und heute vertreten sie, was Gorbatschow sagt. Dabei kritisiert Gorbatschow doch Chruschtschow, gestern verteidigten sie Stalin, heute verteidigen sie Gorbatschow. Dabei verurteilt Gorbatschow Stalin. In diesem Sinne fehlt den Freunden jede Konsequenz.

Wir sagen, daß der für die Türkei spezifische Weg über die „Strategie des politisierten militärischen Kampfes“ führt. Dies ist eine Linie, die auf dem bewaffneten Kampf beruht, aber die übrigen legalen demokratischen, ökonomischen, ideologischen und politischen Kampfformen nicht ablehnt. Kurz gesagt, diese Linie liegt nahe bei der Linie von Kuba, El Salvador und Nicaragua. Wir vertreten eine solche Linie. Unserer Meinung nach besitzt die „Linke Einheit“ keine starken Kräfte in der Türkei. So sehr auch die TKP über ihren eigenen Rundfunksender behaupten mag, daß sie alles in der Türkei anführt, wer in der Türkei lebt, weiß, daß dem nicht so ist. Zweifellos hat sie z.T. Kräfte, aber diese sind auf Verbindungen zu Arbeitern in den Gewerkschaften und zu Bürokraten beschränkt, darüber hinaus hat sie keine Kräfte von Bedeutung. Wenn Sie fragen, ob die anderen linken Gruppen stark sind, nein, unserer Meinung nach auch nicht. Die Linke der Türkei hat seit dem 12. September große Rückschläge hingenommen, aber sie rafft sich wieder auf. In diesem Sinne gibt es eine Entwicklung, zwar noch keine große Sache, aber immerhin greifbar, das sehen wir. Aber diese Entwicklung ist unserer Meinung nach nicht zum Nutzen der „Linken Einheit“. Sowieso ist die „Linke Einheit“ und die TKP oder, wie sie jetzt heißt, TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei), auf einer Linie der Verständigung mit der Regierung angekommen. Das ist eine Linie, die den revolutionären Kampf verbaut. Diese lehnen wir ab. Natürlich gibt es dazwischen andere Linien, d.h. die die TBKP und THKP

ablehnen. Wir können diese auch in verschiedene Kategorien einteilen, aber sie haben bisher nicht den Weg der Verständigung mit der Regierung gewählt, aber es gibt Unterschiede zu uns hinsichtlich der Taktik und Strategie. Trotzdem sind wir für ein Bündnis gegen Imperialismus und Faschismus mit allen linken Gruppen in der Türkei außer den Anhängern von „Aydinlik“, die in der Vergangenheit Revolutionäre an die Bourgeoisie verraten haben. Wir sind der Überzeugung, daß trotz aller Unterschiede zwischen den linken Gruppen Gemeinsamkeiten für den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus gefunden werden können. Wir bemühen uns darum. Aber die Linke der Türkei besitzt in diesem Punkt nicht genügend Erfahrung, hat dabei große Probleme, es wird nicht leicht sein.

Während ich dies erzählte, möchte ich folgendes sagen. In Hamburg wurde Erol Aydin getötet. Ich glaube, Sie wissen das. Damit versuchte man, unserer Bewegung zu schaden. Man behauptete, Dev-Sol hätte Erol Aydin umgebracht. Aber später gestand der Täter (wie hieß er noch?), ihn aus Versehen erschossen zu haben. Ich möchte folgendes erklären und der ganzen Welt mitteilen: In der Geschichte unserer Bewegung wurde nie eine Waffe auf linke Patrioten und Revolutionäre gerichtet. Dev-Sol hat sich nie mit dem Blut von Patrioten und Revolutionären besudelt. In diesem Sinne haben wir immer Auseinandersetzungen innerhalb der Linken verurteilt. Anhänger von anderen linken Gruppen haben unsere Freunde umgebracht oder verletzt, sie hinderten uns daran, Politik zu machen. Trotzdem haben wir niemals Vergeltung geübt. Denn wir wußten, daß dies eine Sackgasse ist. Im Falle des Erol Aydin haben wir immer wieder erklärt, daß er nicht von unseren Freunden getötet worden ist. Aber man glaubte uns nicht. Ich weiß nicht, vielleicht haben Sie in der BRD uns auch nicht geglaubt. Aber schließlich gestand Yilmaz Ulusoy (ja, ich erinnere mich, er heißt Yilmaz Ulusoy) in einem Brief, der in der „Tagesschau“ erschien, daß er seinen eigenen Freund aus Versehen getötet habe. Wir lehnen solche Auseinandersetzungen innerhalb der Linken ab, sie sind zu verurteilen, meinen wir. Es gibt kein Problem innerhalb der Linken, das nicht durch Gespräche und Diskussionen gelöst werden könnte. Wir richten diesen Aufruf an die gesamte Linke, besonders an die Revolutionäre aus der Türkei im Ausland. In der Vergangenheit kam es innerhalb der Linken zu vielen Morden, zahlreiche revolutionär gesinnte Patrioten wurden getötet, viel Blut vergossen. Das muß angeklagt werden. Wir müssen uns damit in vernünftiger Weise befassen und die Gründe für die begangenen Fehler finden. Wenn sie nicht gefunden werden, dann wird es in Zukunft zu noch ernstern Zwischenfällen kommen, zu noch schwereren bewaffneten Ausein-

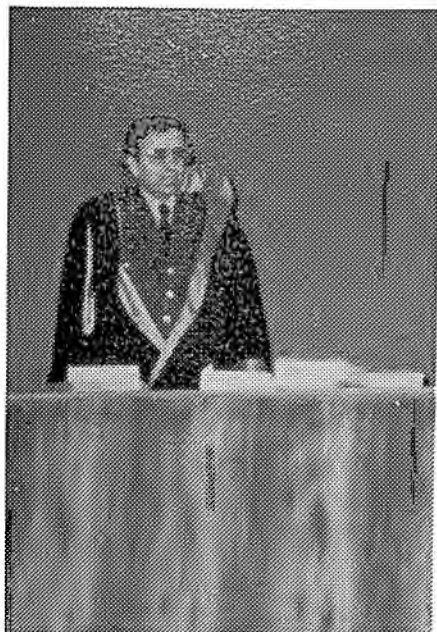


Soldaten als Gefangenenwärter ...

dersetzungen und Massakern. Der einzige Weg ist, den Fehlern der Vergangenheit erbarmungslos nachzugehen, die Verantwortlichen zu suchen und die materiellen Gründe zu finden.

Delegation: Worin liegt der Unterschied der heutigen Verhandlung zu denen, die Sie früher erlebt haben, welche Gründe dafür gibt es Ihrer Einschätzung nach?

D. Karatas: Die Türkei ist ein ökonomisch und politisch instabiles Land. Das heißt, alle unterentwickelten Länder wie das unsere sind instabil. Ungefähr alle zehn Jahre kommt eine Junta. In der Geschichte der Türkei gab es zuvor den 12. März 1971 und 1960 den Putsch des Kleinbürgertums und einiger bürgerlicher kemalistischer Kräfte. Am 12. September gab es den Putsch der Evrens, welcher heute verurteilt werden muß, sagen wir. All das ist ein Ergebnis der ökonomischen, politischen und sozialen Instabilität. Es herrscht Ausbeutung, Ausbeutung durch den Imperialismus, die herrschenden Kräfte bekämpfen sich, der Kampf der Volksmassen, der revolutionäre Kampf verschärft sich wegen der zunehmenden Ausbeutung. Das Monopolkapital hat sich nicht wie in Europa mittels seiner inneren Dynamik entwickelt, es ist vielmehr schwach. Deshalb bleibt es sowohl bei der Lösung seiner inneren Widersprüche als auch bei der Eindämmung des Kampfes der Volksmassen hilflos. Deshalb schiebt es von Zeit zu Zeit alle demokratischen Prinzipien beiseite und wendet sich dem offenen Faschismus zu. Und zwar ist unserer Meinung nach der Faschismus in der Türkei permanent, manchmal offen, manchmal versteckt. Wenn er versteckt ausgeübt wird, dann wird etwas gespielt, was wir Demokratie-Spiel nennen. Das heißt, während Unterdrückung und Gewalt herrschen, versucht man durch die scheinbare Aufrechterhaltung einiger Rechte die Existenz von Demokratie zu beweisen. Aber es ist ein Land, in dem



... Ankläger und Richter (z.T. schlafend) im Militärgericht von Metris

es eigentlich keine Demokratie, keine Freiheit gibt. Wenn eine Junta da ist, werden die herrschenden Kräfte dreister, alle demokratischen Rechte werden abgeschafft. Aber wie die Experimente in verschiedenen Ländern der Erde gezeigt haben, kann man wegen der Forderungen verschiedener Klassen und Schichten, wegen der Ausweitung des Klassenkampfes und wegen der inneren Widersprüche diesen offenen Faschismus nicht auf Dauer institutionalisieren. Man versuchte es mit dem 12. März und dem 12. September. Aber in der Zeit des 12. März konnte man auf Grund des sich entwickelnden bewaffneten Kampfes das vorgesehene Programm nicht vollständig durchsetzen. Nur mit dem 12. September konnte es verwirklicht werden. Die Durchführung des Programms des 12. Septembers, richtiger des Faschismus, geschah in gewissem Sinne wegen der Sünden der Linken. Die Linke wehrte sich nicht genug. Sie wurde überrascht, schwer mitgenommen, ein Teil zog sich nach Europa zurück. Weil eben kein Kampf geführt wurde, der den Faschismus und sein Spiel stören konnte, ist der 12. September noch beständiger und programmatischer. Wenn heute noch die Justiz und die Institutionen des 12. Septembers bestehen, so hat die Linke in gewisser Weise schuld daran. Aber auch das Desinteresse der demokratischen Weltöffentlichkeit und der sozialistischen Länder gegenüber der Junta, die mangelnde Solidarität und Unterstützung sind schuld. Wir sind der Überzeugung, wenn unter den demokratischen revolutionären Kräften auf der Welt genügend Solidarität wäre, daß der US-Imperialismus in den Ländern wie dem unseren solche Regierungen nicht einsetzen könnte oder zumindest unter größeren Schwierigkeiten. Aber heute gibt es keine ausreichende Solidarität auf der Welt.

Heute werden in Palästina, wir sehen

es im Fernsehen, Menschen von Israelis Arme und Beine gebrochen, aber das Echo darauf ist sehr dünn. Das heißt, weil auf der Welt der Kampf und die Solidarität der demokratischen Kräfte schwach sind, können die herrschenden Kräfte zusammen mit dem US-Imperialismus an jedem beliebigen Ort nach Wunsch eine Junta einsetzen. Natürlich ist ein weiterer wichtiger Grund die innere Dynamik der Länder und die Situation der dortigen revolutionären Kräfte. Aber wir können die revolutionären Kräfte nur im Rahmen ihrer historischen Entwicklung kritisieren. Die Linke der Türkei ist eine neue, junge Bewegung. Der revolutionäre Kampf, der bewaffnete Kampf in der Türkei hat erst eine Geschichte von 20 Jahren. In dieser Zeit hat er zwei Schläge versetzt bekommen. Trotzdem versucht er weiter zu bestehen. Am 12. März erlitten wir Verluste. Am 12. September erlitten wir wiederum neue Verluste, aber wir versuchen, wieder auf die Füße zu kommen, in diesem Sinne haben wir einige Schwierigkeiten.

Wir konnten nicht genügend Kräfte gegen den Faschismus organisieren. In diesem Sinne sind wir schuld an der Institutionalisierung des 12. Septembers und an seiner Fortdauer. Aber die Gründe dafür sind objektiv. Daneben sind die subjektiven Gründe von eingeschränkter Bedeutung, so meinen wir.

Die Veränderungen in der Justiz müssen parallel dazu gedacht werden. Die Junta kann den offenen Faschismus nicht offen praktizieren, bzw. die von uns faschistisch genannten Gesetze der Öffentlichkeit nicht zeigen. Deshalb begann man nach dem 6. November 1983, demokratische Verhältnisse vorzuspielen. Dies wirkte sich zum Teil auch auf die Gerichte aus. Aber eigentlich sind die Veränderungen bei den Gerichten und in den Gefängnissen auf den Kampf der Menschen zurückzuführen, die man rehabilitieren wollte. Zweifellos spielt

auch der Kampf draußen eine Rolle. Aber dessen Einfluß ist beschränkt. Die Ordnung kann sich nicht selbst instandsetzen. Solange sie das nicht kann, wird eine Politik des Lockerns und Anziehens der Schrauben angewandt. Während also eine Zeitlang starker Druck angewandt wird, muß man ihn auch mal etwas lockern, um größere Reaktionen zu vermeiden. Der 12. September hat mit seiner Verfassung und seinen Gesetzen an Wert eingebüßt, sein Niedergang hat eingesetzt, das wirkt sich auf die Justiz aus. Die Gerichte können uns nicht mehr wie früher aus dem Gerichtssaal verweisen, sie können uns vielleicht auch nicht mehr von der Verhandlung ausschließen, weil wir keine Einheitskleidung tragen, man prügelt nicht mehr, aber die Paragraphen 14!—142 (wie § 129a in der BRD — d. Übers.) und die Kriegsrechtsgerichte des 12. Septembers bestehen fort. Also, eigentlich hat sich nicht viel geändert. Aber in der Vergangenheit wurden wir nackt vorgeführt und geprügelt, das geht heute nicht mehr. Aber dafür haben wir hart gekämpft. Kurz, was ich sagen will, ist, die herrschenden Kräfte haben uns nichts geschenkt. Dieser Kampf der revolutionären Kräfte wurde mit der Unterstützung von Patrioten und Intellektuellen durchgeführt.

Zweifellos haben auch Revolutionäre, Demokraten und Menschenrechtsorganisationen im Ausland zu diesem Erfolg beigetragen. Dafür danken wir.

Delegation: Hat sich durch unsere Anwesenheit etwas geändert, soweit Sie es sehen können?

Da. Karatas: Natürlich, heute kann man sagen, durch den Besuch der Delegation aus Deutschland ist das Gericht beunruhigt worden. Besonders wenn Besuch aus dem Ausland kommt, bewertet man unsere Äußerungen als Denunziation der Türkei in Europa und macht daraus eine Frage der persönlichen Ehre. Demgegenüber sagen wir: „Euer Staat ist

Mitglied im Europarat, will Mitglied in der EG werden. Wenn Ihr im Europarat seid und in die EG wollt, dann müßt Ihr Euch den dortigen Gepflogenheiten anpassen. In dieser Hinsicht gibt es für uns kein Problem, die Türkei werde dort denunziert. Wir enthüllen lediglich die realen Zustände in der Türkei. Solange keine Europäer anwesend waren, haben wir diese Tatsachen enthüllt. Aber wenn Europäer anwesend sind, versucht Ihr uns zu behindern, damit Eure Vergehen nicht der Weltöffentlichkeit bekannt werden. Unsere Pflicht ist es, die Realitäten in der Türkei der demokratischen Weltöffentlichkeit zu übermitteln. Die Völker der Welt müssen die ganze Wahrheit kennen.“ Natürlich werden sie beunruhigt. Sowohl die Vertreter der herrschenden Kräfte als auch das Gericht wollen nicht, daß die Realitäten der Öffentlichkeit im Ausland zu Gehör kommen, denn sie behaupten ja, daß Demokratie herrscht. In einem Land mit Demokratie sind Gerichte, bei denen es kein Recht auf Verteidigung gibt, unvorstellbar. Aber in der Türkei gibt es kein Recht auf Verteidigung. Ebenso kann es in einem Land mit Demokratie Gerichte, die vom Militär kontrolliert werden, nicht geben. Aber in der Türkei werden z.Zt. Gerichtsverhandlungen unter militärischer Kontrolle durchgeführt, und es gibt Menschen, die seit acht Jahren in Untersuchungshaft sind. Das paßt doch nicht zu einer Demokratie. Aber man will nicht, daß diese Tatsachen im Ausland bekannt werden. Deshalb ist man beunruhigt. Natürlich müssen wir diesen Besuch ausnutzen, damit diese Tatsachen im Ausland bekannt werden. Wir haben dieses Gespräch geführt, damit unsere Botschaft verbreitet wird. Glauben Sie, daß klar geworden ist, was wir sagen wollen?

Delegation: Wir finden es hier sehr kalt.

D. Karatas: Man brachte uns zwei Jahre lang im Winter in Unterhosen und Unterhemden hierher, und zwar mit Schlägen. Sechs Stunden ließ man uns in der Kälte warten. Und wenn im Sommer die Sonne in eine Ecke kam, hinderte man uns daran, in die Sonne zu gehen, damit wir froren. Ich möchte hinzufügen, ich sage das nicht, um mich zu beschweren, sondern damit es bekannt wird, damit das Wesen des Faschismus bekannt wird.

Delegation: Konnten Sie heute zum ersten Mal in der Bekleidung, die Sie für sich ausgesucht haben, hierherkommen?

D. Karatas: Nein, seit dem 11. Februar 1986 können wir in eigener Kleidung zu Gerichtsverhandlungen gehen. Vorher haben wir die Einheitskleidung nie getragen, wir sind immer in Unterwäsche gekommen. Und zwei Jahre lang wurden die Verhandlungen in unserer Abwesenheit geführt. Und währenddessen lief die Verhandlung mit zwei, drei Leuten weiter, die nicht beim Widerstand mitmachten. Aber die Verhandlungen gingen zwei Jahre lang in unserer Abwesenheit

weiter. . .

S. Kukul: Nun, auch in Metris wurde unsere Haltung nicht angenommen, wir waren gespalten. Ein Teil der Gruppen, wohl die Mehrheit, trug die Einheitskleidung. Das war 1985. Wir führten ein Todesfasten durch, wobei vier unserer Freunde starben. Danach wurde eine lange Zeit diskutiert, ob die Einheitskleidung getragen werden sollte oder nicht. Neben unserem Prozeß (Dev-Sol) gibt es noch einen, den TIKB-Prozeß. Deren Angeklagte lehnten ab. Schließlich zogen diese die Kleidung an, ebenso die Häftlinge in Metris. Nur weil wir nicht von unserer Haltung abgingen, machte die Regierung einen Schritt rückwärts. Und später zogen die auch die Einheitskleidung aus.

Delegation: Was sind die hier im Dev-Sol-Prozeß angeklagten Häftlinge für Menschen? Sie geben hier Erklärungen ab, und Sie sind wohl dazu befugt. Deshalb möchten wir Ihre Ansichten zur Kurdenfrage und zu den Kurden kennenlernen.

D. Karatas: Eigentlich bin ich es nicht allein, der Erklärungen abgibt. Das können auch andere Freunde tun. Eigentlich haben Sie mich ausgewählt. Ich bin gekommen, weil Sie mich gerufen haben. Meine Ausführungen könnte jeder andere Freund machen.

Ich selbst bin kurdischer Abstammung, bin also Kurde. In der Türkei gibt es eine Kurdenfrage. Unserer Meinung nach ist die Türkei ein Land mit zwei Nationen. Es gibt zwei Nationen. Es gibt ein türkisches und ein kurdisches Volk. Die Kurden sind aller nationalen Rechte beraubt. Wir sagen, die Kurden müssen ihr Schicksal selbst bestimmen. Heute ist es in der Türkei verboten, das Wort Kurde in den Mund zu nehmen. In der Türkei zu sagen, es gibt Kurden, bedeutet Separatismus und heißt, eine Straftat zu begehen. Aber es gibt eine Realität, daß nämlich in der Türkei sechs bis sieben Millionen Kurden leben. Und diese Menschen sind all ihrer nationalen Rechte beraubt, sie können ihre eigene Sprache nicht benutzen, ihre eigene Kultur nicht leben, sie haben keinerlei Rechte. Genauer gesagt, alle Charakteristika, die sie zu einer Nation machen, werden verleugnet. In diesem Sinne gibt es eine Frage des Kampfes des kurdischen Volkes. Damit es nicht mißverstanden wird, wir sind keine kurdischen Nationalisten. Wir sind Marxisten-Leninisten und befürworten einen Klassenkampf, der einen nationalen Kampf nicht ausschließt, anstelle eines Kampfes um Selbstbestimmung getrennt für das türkische und das kurdische Volk. Also, das grundsätzliche Ziel des türkischen und des kurdischen Volkes ist der Sturz der bestehenden Oligarchie, der Herrschaft der türkischen Oligarchie und des Faschismus. Wir sagen, sie müssen sich in einer einzigen Organisation zusammenfinden, und zwar nicht nach Nationen, sondern nach Klassen. Aber das heißt

nicht, daß wir die kurdische Bewegung nicht unterstützen. Heute kritisieren wir die Linie der PKK und ab und zu ihre Aktionen, aber im allgemeinen unterstützen wir sie als eine kurdische patriotische Bewegung. Obwohl sie nationalistic Elemente in sich trägt, stellt sie heute eine Kraft gegen den Imperialismus und gegen die Oligarchie dar. Sie bekämpft diese, und wir unterstützen sie. In der Türkei gibt es eine Kurdenfrage, und dies ist, so glauben wir, in den Städten Europas weithin bekannt. In der Türkei können heute immerhin in der bürgerlichen Presse verschiedene Meinungen dazu geäußert werden. In gewisser Weise kann die Bourgeoisie nicht mehr die Erwähnungen des Wortes Kurde verhindern, und die Anerkennung wird sich noch ausweiten. Zwar sind wegen der Erwähnung des kurdischen Volkes und der Forderung nach dessen Selbstbestimmungsrecht Hunderte von Prozessen eröffnet worden, aber wir glauben, nach einer Weile werden diese Prozesse de facto eingestellt werden.

Delegation: Da gibt es viel zu diskutieren. Auch wir unterstützen im allgemeinen die Unabhängigkeitsbewegung des kurdischen Volkes. Aber genauso wie Sie üben wir Kritik an der PKK.

D. Karatas: Wir möchten hier auf eine Tatsache hinweisen. In Europa gibt es viele Organisationen und Gruppen, die die Unabhängigkeit Kurdistans fordern. Aber die meisten gibt es nicht in Kurdistan, aber die PKK. Die PKK führt, zwar mit Fehlern und Unzulänglichkeiten, einen Kampf, und das unterstützen wir. Deshalb ist sie zu respektieren. Sie hat Hunderte an Opfern zu beklagen. Die übrigen Gruppen befinden sich leider im Exil. Sie sind Emigranten. Deshalb nimmt die PKK unter ihnen den höchsten Rang ein.

S. Kukul: Die PKK hat viele Fehler und Unzulänglichkeiten. Auch wir kritisieren und lehnen ihre Organisationsform grundsätzlich ab, nämlich die Formierung auf nationaler Grundlage. Denn unserer Meinung nach ist heute die Befreiung des kurdischen und türkischen Volkes nur durch einen gemeinsamen Zusammenschluß möglich. Das ist der Weg der Selbstbestimmung des kurdischen Volkes. Im Alleingang ist eine Befreiung unmöglich.

Delegation: Wir haben in der BRD beobachtet, daß bei dieser Diskussion revisionistisch-reformistisch gesinnte linke Gruppen die Diskussionen mit der Frage beenden: „Bist Du für oder gegen die PKK“. — Und danach wird eine weitere Diskussion abgewürgt.

Was wir sagen wollen, ist, daß die PKK trotz allen Anlasses zur Kritik unterstützt werden muß, weil sie für ihre Unabhängigkeit kämpft, weil sie z.Zt. in Kurdistan aktiv ist.

D. Karatas: Dem stimmen wir ungefähr zu, jedoch kann man noch diskutieren, in welcher Hinsicht sie erfolgreich oder erfolglos sein wird. Diese Bewegung

kann sich erneuern und sogar korrigieren. Dies hängt auch etwas vom Kräfteverhältnis in der Welt ab, jedenfalls aus unserer Sicht.

Unserer Meinung nach auch ist es z.Zt. für die PKK nicht möglich, allein und auf dieser Kampfplattform ein unabhängiges Kurdistan zu errichten. In diesem Punkt sind wir uns ideologisch ungefähr einig. Es ist ganz natürlich, daß sich die Revisionisten in der Türkei gegen die PKK stellen. In der Geschichte der Linken der Türkei gibt es Statusquo-Denken. Historisch ist die Tradition des Kampfes innerhalb der Linken nicht vorhanden, sehr schwach. Reformismus herrschte vor. Das konnte erst 1971 zerbrochen werden.

Und deshalb wendet sich bei jeder bewaffneten Aktion außer den herrschenden Kräften auch die von uns revisionistisch bzw. reformistisch bezeichnete Linke dagegen. Sie versucht das zu verhindern. Denn das würde ihre reformistische Lebens- und Arbeitsweise umwerfen. Deshalb ist die reformistische Linke gegen jede radikale Aktion, und eine Theorie hat sie auch bereit.

Stets griffen sie die Politik des bewaffneten Kampfes mit den Worten „Das sind CIA-Agenten, Konterrevolutionäre und Provokateure“ an. Das war 1971 so und auch 1975–80. Das ändert sich nie. Aber in der Geschichte der Türkei ist die Tradition des Aufstandes sehr schwach, in diesem Sinne ist der Reformismus sehr stark. Das heißt, die Wurzel dieses Verhaltens ist, daß die Tradition von Aufständen in der Geschichte der Türkei und in den Volksmassen schwach oder gar nicht entwickelt ist. Der Reformismus findet hier seine materielle Grundlage. Zweifellos wird die reformistische Ideologie dadurch gut verständlich.

So ist es ganz natürlich, daß die Emigranten die PKK als „Konterrevolutionäre“ bezeichnen. Denn sie selbst haben nie in Kurdistan einen Kampf geführt und können es auch nicht tun. Ihrer Meinung nach ist jede bewaffnete Aktion in Kurdistan eine Provokation, die zu einem Völkermord führt.

Delegation: Ist es richtig zu sagen, der Unterschied zu den übrigen Gruppen in der BRD beruht nicht auf dem Namen PKK oder Dev-Sol, sondern im Grunde auf dem bewaffneten Kampf, den jene ablehnen?

D. Karatas: Ja, so ist es. Das war es, was ich erklären wollte. Es ist im Grunde nicht die Gegnerschaft zur PKK oder zu Dev-Sol, sondern zum bewaffneten Kampf. Ihre Definition ist richtig.

S. Kukul: Das ist eine Sache, die deren Lebensweise zerstört. Es gibt ein Gleichgewicht, das hat das System geschaffen und ihnen eine Rolle dabei zugeordnet. Wenn diese Rolle durch einen bewaffneten Kampf gefährdet wird, dann werden sie in dieser Rolle verunsichert, und dazu die Reaktion der Rechten, daher kommt ihre Gegnerschaft.

D. Karatas: Wir nennen es Statusquo-

Denken. Sie wollen nicht, daß der Status quo geändert wird.

S. Kukul: Eine Frage möchten wir stellen, wenn Sie erlauben. Wie kennen Sie Devrimçi Sol?

Delegation: In der BRD wurde Dev-Sol erstmals durch die Besetzung des Konsulats in Köln bekannt. Vorher wußte man

Und weiter, wenn Ho Chi Minh ein Terrorist ist, die Anhänger der FSLN in Nicaragua und die Revolutionäre in El Salvador Terroristen sind, dann sind wir auch Terroristen, richtig.

Delegation: Was in den herrschenden Kreisen befürwortet wird und gezwungenermaßen auch in der deutschen Presse,



Dursun Karatas im Militärgerichtssaal in Metris

nicht, daß eine Organisation namens Dev-Sol bestand. Erstmals erlangten sie durch die Besetzung des Konsulats Aufmerksamkeit. Danach wurde Dev-Sol in der deutschen Presse, genauer in der bürgerlichen Presse, als eine terroristische Bewegung dargestellt¹⁾, und deshalb gab es zunächst einige Schwierigkeiten für die bundesdeutschen Revolutionäre, Dev-Sol näherzukommen. Das lag jedoch nicht in erster Linie an Dev-Sol, sondern daran, daß die revolutionäre Bewegung in der BRD sehr klein und schwach ist.

Wegen ihrer Schwäche und Zersplitterung fanden es die Revolutionäre in der BRD richtig, mit der türkischen revolutionären Bewegung in der BRD zusammenzuarbeiten.

Deshalb entschieden sich viele, mit der früher und zahlreicher auftretenden Bewegung Dev-Yol zusammenzuarbeiten. Und wegen der falschen Informationen, die sie erhielten, schätzten sie Dev-Sol lange Zeit als eine terroristische Bewegung ein. Auch heute noch zeigen manche deutschen Revolutionären die Reaktion, „das ist eine terroristische Bewegung“, wenn in der Zeitung eine Nachricht über Dev-Sol erscheint.

D. Karatas: Wenn Terrorismus bedeutet, in einem Land wie dem unseren die Herrschaft durch bewaffneten Kampf zu erringen, dann sind wir Terroristen.

Wenn Terrorismus bedeutet, gegen die hitlerschen Faschisten, die alle Teile der werktätigen Bevölkerung überfallen, mit bewaffnetem Kampf Widerstand zu leisten, das Leben der Volksmassen zu schützen, ihren Lebensbereich von faschistischer Besetzung zu befreien und die Faschisten zu vertreiben, dann sind wir auch Terroristen.

ist, alles zu tun, um den revolutionären Kampf in der Türkei zu verhindern. Denn der EG-Beitritt der Türkei ist ja zu deren Nutzen. Deshalb kennen die Menschen in der BRD Nicaragua besser als den Kampf in der Türkei, die FSLN mehr als die türkische revolutionäre Bewegung.²⁾

D. Karatas: Wir danken sehr. Die Richter kommen.

Anmerkung von TAYAD (Verein für Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei) zum Interview:

Da in dem Interview einige Sätze versehentlich falsch übersetzt wurden, unsere Genossen aber dem entsprechend geantwortet haben, bleiben wir dem Originaltext treu. Die nachträglich von den Delegationsmitgliedern in der BRD korrigierten Sätze drucken wir als Fußnoten ab:

¹⁾ ... weil sie bewaffnet kämpft. Es war sehr schwer von seiten der bundesdeutschen revolutionären Linken, dagegen anzuarbeiten. Weil eben die revolutionäre Bewegung in der BRD sehr klein und schwach ist. Unsere eigene Situation, also die der Deutschen, ist Grund dafür, daß nur mit den anderen türkischen Organisationen, wie Dev-Yol z.B., zusammengearbeitet worden ist — über Jahre auch jetzt von seiten der Grünen z.B. Sie wissen deshalb auch über Dev-Yol einiges, aber bis heute wissen einige immer noch nicht, wer und was Dev-Sol ist. Deshalb passiert es noch in den Zeitungen, daß sie sich „vertippen“ und statt „Dev-Sol“ „Dev-Yol“ schreiben.

²⁾ Die Herrschenden in der Bundesrepublik haben ein Interesse daran, daß über das, was in der Türkei läuft, bei uns nichts verbreitet wird. Weil sie wollen, daß die Türkei das macht, was die Bundesrepublik und die anderen EG-Staaten sagen. Vier Millionen Menschen aus der Türkei leben und arbeiten in der Bundesrepublik. Es wäre also genug Informationsbedarf da. Aber bei uns wissen die Leute z.B. mehr über Nicaragua als über die Türkei.



SPD-Diskussion um Wirtschaftspolitik

Ende August will die SPD auf ihrem Parteitag neue wirtschaftspolitische Grundsätze beschließen. Die Antragskommission hat in Vorbereitung alle Versuche, Positionen gegen Lafontaines Lohnverzichtsthesen im Leitantrag unterzubringen, abgebügelt. Lafontaine, so wird berichtet, fühle sich schon als der „heimliche Sieger“. Er wirft in die Diskussion, daß eine aktive Tarifpolitik der Umverteilung, wie sie der klassische Reformismus verfolgte, heute nicht mehr möglich sei. Die Gewerkschaften versuchen der Parteivorstand damit zu beruhigen, daß man davon spricht, der Verteilungsspielraum für die Arbeitszeit sei nicht nur auf den Produktivitätszuwachs beschränkt, die Kapitalisten sollten in solchen Fällen Lohnzuschüsse erhalten.

Türkei: Wirtschaftskrise und Armut

Nach dem Putsch 1980 organisierten die Generäle eine faschistische Wirtschaft: Staatliche Lenkung sollte die Konkurrenz der Kapitalisten eindämmen, die Arbeiterklasse wurde aller Rechte beraubt. Unter der „Zivilregierung“ Özal begann ein Programm des Wirtschaftsliberalismus: Rückzug der öffentlichen Hand, Förderung privater Investitionstätigkeit, Freihandelszonen, Öffnung für Kapitaltransfer. Das Ergebnis dieser Politik ist eine Verarmung der Massen von ungekanntem Ausmaß, ein realer Kaufkraftverlust von 50% seit 1980 und Hunger. Die politischen Widersprüche spitzen sich zu. — Wir befassen uns mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Türkei.



Audi-Profit stimmt nicht

Ein umfassendes Programm zur „Ergebnisverbesserung“ hat der Audi-Vorstand verkündet. Die Mittel für den Vernichtungskonkurrenzkampf in der sich abzeichnenden Autokrise sollen bereitstehen: Belegschaftsabbau, Flexibilisierung der Produktion, Ausdehnung der Nutzungszeit, Druck auf die abhängigen Zulieferer, schneller und billiger zu liefern. Die Redaktion des „Kommunaler ALLtag“ (der Alternativen Linken Liste) interviewte Genossen verschiedener politischer Gruppen zu den Maßnahmen des Vorstands und zur Lage bei Audi in Neckarsulm. Etwas später erschien zur Audi-Hauptversammlung eine McKinsey-Studie: „Die Leistung pro Audi-Mitarbeiter liegt bis zu 47% unter den Werten der Konkurrenten.“

Ausländergesetz: Wünsche der Kapitalisten

Die Presse verbreitet, Zimmermanns neues Ausländergesetz sei schon fast gescheitert. Eine Verabschiedung seiner bislang nur in Vorentwürfen bekannten Pläne in dieser Legislaturperiode sei kaum mehr zu erwarten. Tatsächlich ist Zimmermanns Vorlage für ein „Ausländerintegrationsgesetz“ bei der FDP auf Zustimmung gestoßen, ebenso der Plan einer Spaltung zwischen „alten“ Ausländern und neu eintreffenden. Offen ist nur noch, wie im einzelnen die Rechtslage dieser „neuen“ Ausländer gestaltet werden soll. Das läßt vermuten, daß die Kapitalisten neue Rekrutierungen im Ausland planen. Welche Vorstellungen zum Ausländerrecht entwickeln die Kapitalistenverbände?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich. Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1 Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5 Köln 1 Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

Nachrichten Stahl und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Guntherstr. 6a. 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1 Zulpicher Straße 7 Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58. Konten Postgiroamt Köln BLZ 370 10050 Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lotzer für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kustler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF

Druck: Graphischer Betrieb Henke Rollenoffset Köln Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei: Vierteljährlich Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken